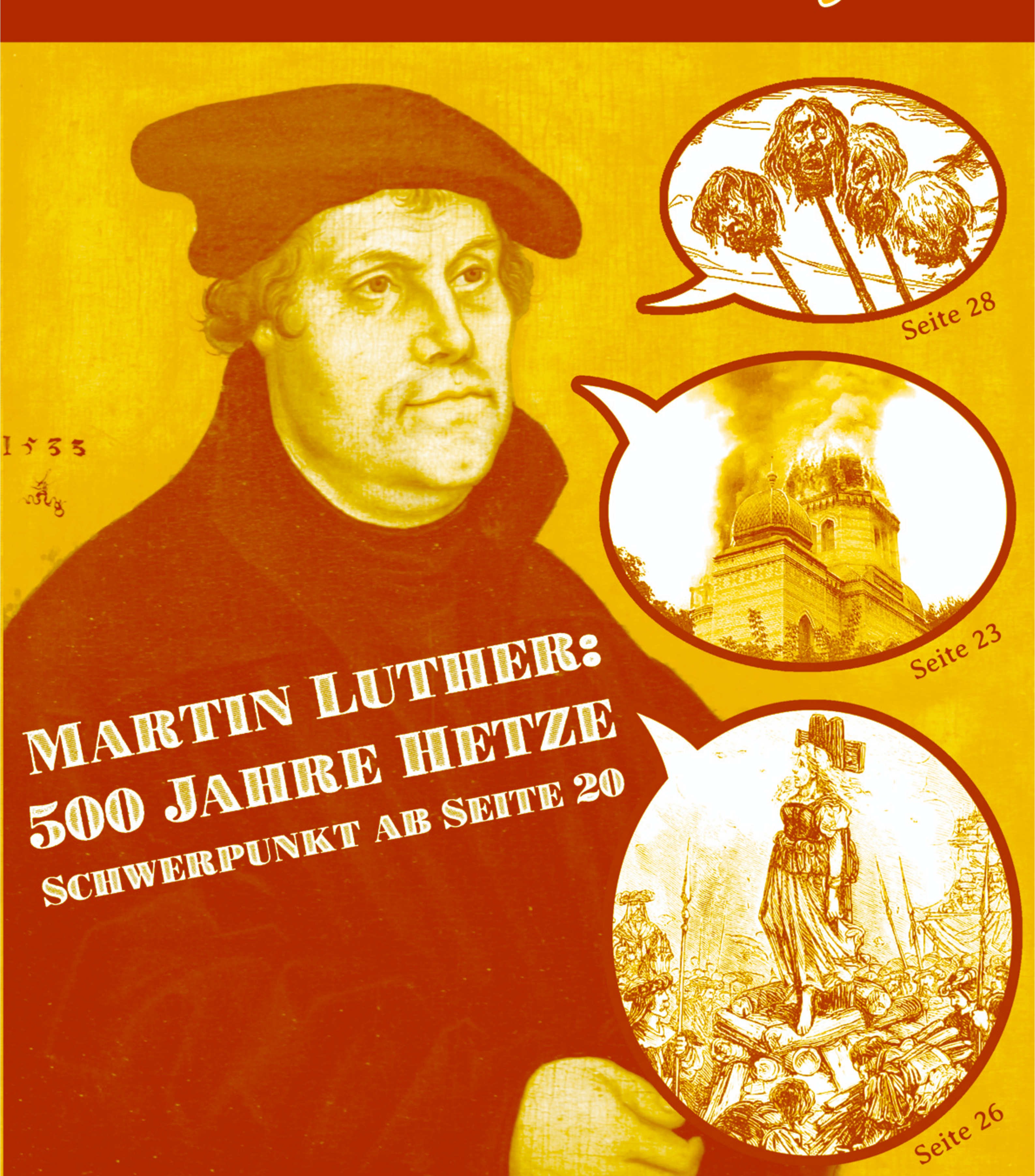
Herbst 2016
Nr. 71, 22. Jahrgang
Ladenpreis: 3,80€

Zeitung für Umweltschutz von unten

grünes blatt



Inhaltsverzeichnis

Editorial

jb Was soll das denn jetzt? Luther als Thema in dieser Zeitschrift? Wir finden: Ja, das ist sogar konsequent. Denn wir – bei allen Unterschieden der beteiligten Personen – waren immer eines: Eine Runde von Menschen, die die Zerstörung der Umwelt in einem Zusammenhang sah mit der Unterdrückung und Ausbeutung der menschlichen Erdbewohner_innen. Macht und Profitinteressen treiben all dieses an. Martin Luther war ein Prophet der Unterwerfung unter die Obrigkeit, ein Verkünder des Patriarchat, ein Hassprediger gegen Andersgläubige, ein geistiger Brandstifter gegen Aufständische, gegen Juden und die, die heute – immer noch erniedrigend – Behinderte genannt werden. Dass Luther schon lange tot ist, macht ihn für eine Kritik nicht uninteressant. Denn anders als bei anderen Schurken der Geschichte wird Luther auch heute noch abgefeiert, nicht nur aus kirchlicher Sicht, sondern auch als deutsch-nationaler Held. Dieser peinliche, menschenverachtende Freudentaumel wird am 31.10.2016 zu einem einjährigen Höhepunkt ansetzen, bis dann zum Abschluss das 500jährige Jubiläum des, wahrscheinlich erfundenen, Thesenanschlags an der Wittenberger Kirche gefeiert wird. Wir setzen dem eine scharfe Kritik entgegen – und wollen Religion und Kirchen dabei nicht schonen für das, was sie in den vergangenen Jahrhunderten an Verbrechen auf dem Gewissen haben.

Damit aber verlassen wir das Thema Umweltschutz nicht. Auch diese Ausgabe enthält etliche aktuelle Berichte über Aktionen und brisante Themen. Blättert weiter, Ihr werdet es selbst sehen. Und hoffentlich genießen. Das jedenfalls wünschen sich die an der Endredaktion beteiligten Menschen.

Diese Ausgabe wurde in der Projektwerkstatt in Saasen koordiniert (übrigens erstmals). Wer macht die nächste? Wer schreibt Texte? Wer hilft bei der Verbreitung und/oder Organisierung dieser Zeitschrift, die zu den wenigen offenen und unabhängigen Politmagazinen des Landes gehört...

Impressum

grünes blatt – Zeitung für Umweltschutz von unten
http://gruenes-blatt.de

Redaktion
grünes blatt
Postfach 320119
D-39040 Magdeburg
Fon: +49 3431/589 41 69
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de

Spendenkonto:
GLS Bank
IBAN: DE75 4306 0967 1101 7406 00
BIC: GENODEM1GLS

Verlag
SeitenHieb Verlag
Duburger Str. 47 | D-24939 Flensburg
www.SeitenHieb.info
Info@SeitenHieb.info
+49 461 14683333

Autor*innen dieser Ausgabe
Eichhörnchen, Falk Beyer, Jan Kummerfeldt, Jean Trauerweide, Jörg Bergstedt (V.i.S.d.P.), Michael, Michael Bittner, Olga Kališová, Onno Oncken, Reka, u.a.

Satz und Layout
Falk Beyer, Jörg Bergstedt, Karl-Casper Linde, Reka, Zimt

Auflage: 1050 Hefte

Das grüne blatt wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt. Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der emanzipatorischen Ökologiebewegung. Die Redaktion bilden unabhängige Mitarbeiter*innen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen, schon allein weil es „die" Kollektivmeinung nicht gibt.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Versandkosten (3 EUR) bei der Redaktion nachbestellt oder unter http://gruenes-blatt.de gelesen werden.

Zu vielen der hier abgedruckten Artikel existieren ausführlichere Fassungen und / oder Referenzangaben auf der Internetseite des grünen blatts.

Ticker: Agrogentechnik und ihre Seilschaften

Neues vom Acker (machen)!

jb Kampagne „Monsanto auf Deutsch“
c/o Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, 06401/903283
saasen@projektwerkstatt.de, www.biotech-seilschaften.de.vu

USA: Sojabauern geben 88% mehr für Pestizide aus als vor 6 Jahren

Laut Zahlen des National Ag Statistics Survey (NASS) von 2015 geben Sojaproduzenten heute 88% mehr für Pestizide aus als noch vor sechs Jahren. Die Daten bestätigen, dass der Anbau von Gentech-Soja in den USA über die Jahre zu verstärktem Pestizideinsatz geführt hat.

Bericht: Umstellung auf ökologischen Anbau ist gut für Gesundheit und Umwelt

In einem wichtigen neuen Bericht kommen Wissenschaftler zu dem Schluss, dass die Welt eine Abkehr von der industriellen Landwirtschaft vollziehen muss, um ökologische, soziale und gesundheitliche Krisen zu vermeiden. Der Bericht weist darauf hin, dass der Anbau herbizidtoleranter Gentech-Pflanzen zu einer Explosion herbizidresistenter Superunkräuter geführt hat.

Das wahre Ausmaß des Hungers: Was die FAO verschweigt

Ungefähr 2,5 Milliarden Menschen auf der Welt hungern, eine Zahl, die entgegen anderslautenden Verlautbarungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) immer mehr ansteigt. Zu diesem Ergebnis kommt ein ausgezeichneter Kurzbericht der Nichtregierungsorganisation Food First, der aufzeigt, wie die FAO anscheinend Daten manipuliert hat.

EU-Parlament kritisiert Zusammenarbeit mit großen Agrarkonzernen bei der Hungerbekämpfung in Afrika

Das EU-Parlament hat mit überwältigender Mehrheit einen kritischen Bericht über die New Alliance for Food Security and Nutrition (NAFSN) angenommen. Die NAFSN, die mit 600 Millionen Pfund (umgerechnet 720 Millionen Euro) vom britischen Entwicklungshilfeministerium (DFID) unterstützt wird, verfolgt die Mission, die Armut in Afrika durch Investitionen in die Landwirtschaft zu bekämpfen, setzt dabei jedoch vor allem auf große Agrarkonzerne und Gentechnik.

Megafusionen in der Agrochemiebranche schüren Sorgen bei Landwirten und Verbrauchern

Drei Megafusionen in der Agrochemiebranche, darunter Bayer und Monsanto, haben unter den Landwirten Sorgen um höhere Saatgut- und Pestizidpreise ausgelöst. Auch die Verbraucher sind alarmiert, da dadurch der Anteil gentechnisch veränderter Lebensmittel steigen könnte.

Argentinien: Wachsender Konflikt zwischen Bauern und Monsanto

Der Konflikt zwischen Landwirten und Monsanto wegen Lizenzgebühren, die für gentechnisch veränderte Intacta-Sojabohnen berechnet werden, spitzt sich immer mehr zu, und eine Lösung ist nicht in Sicht.

Aussaat von GV-Pflanzen in der EU fällt rapide – aber Importe steigen weiter an

Der Anbau von GV-Mais in der Europäischen Union ist auf ein Drei-Jahres-Tief gefallen, während die Abhängigkeit der Staatengemeinschaft von GV-Sojabohnenimporten wächst.

Afrika muss Lebensmittelverschwendung bekämpfen

In Afrika werden fast 50% der produzierten Lebensmittel verschwendet. Nach Aussagen der Lebensmittel- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) würde diese Menge ausreichen, um 300 Millionen Menschen zu ernähren.

Dank Agro-Ökologie: Indischer Bundesstaat halbiert Pestizidverbrauch

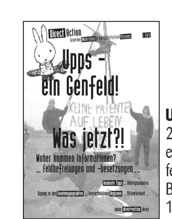
Der indische Bundesstaat Andhra Pradesh hat seinen Pestizidverbrauch in nur vier Jahren fast um die Hälfte verringert. Dies gelang durch die Förderung nicht-pestizidbasierter Anbausysteme im Rahmen eines agroökologischen Ansatzes.

Bodenmikroben statt Pestizide: ein neuer Ansatz bei der Schädlingsbekämpfung

Wissenschaftler forschen, wie Bauern Saatgut vor Krankheiten schützen können, indem sie die richtigen Mikrobenarten im Boden unterstützen. Mit diesem Ansatz ließe sich künftig die Abhängigkeit der Landwirtschaft von Chemikalien und Pestiziden verringern.

Quelle der Kurznachrichten: GMWatch Rückblick Nr. 370 (Sommer 2016) http://gmwatch.org/news/news-languages/nachrichten-in-deutsch







Strafrechtliche Betrachtung:
What the fuck is „Containern“?

jb **Lebensmittelverschwendung ist in aller Munde. Für alle, die sich die weggeworfenen Lebensmittel holen und davon leben, gilt das sogar wörtlich. Diskutiert werden die mit dem Wegwerfen verbundenen Umweltschäden und Folgen für die Ernährung von Menschen. Nur selten steht die rechtliche Frage im Mittelpunkt, warum das deutsche Strafrecht, welches größtenteils noch aus dem Deutschen Reich stammt, die Rettung solch wertvollen Mülls eigentlich unter Strafe stellt. Ausnahmen sind einige Gerichtsverfahren, die gegen sogenannte „Containerer_innen“ angestrengt werden – mitunter von den Supermärkten selbst oder von der Staatsanwaltschaft, die in der Bekämpfung der Lebensmittelrettung ein öffentliches Interesse wittert.**

Vorwurf: Diebstahl

Juristisch wird Containern oft als Diebstahl von Waren im Wert von 0 € gewertet. Das gilt allerdings nur dann, wenn der Müll als „fremde Sache“ gewertet wird. Denn der Paragraph 242 des Strafgesetzbuch lautet: „Wer eine fremde bewegliche Sache einem anderen in der Absicht wegnimmt, die Sache sich oder einem Dritten rechtswidrig zuzueignen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“

Was oft übersehen wird: Für weggeworfene Lebensmittel dürfte dieser Paragraph gar nicht zutreffen. Denn wenn ein_e bisherige_r Eigentümer_in die Sache aufgibt, so wäre es keine „fremde Sache“ mehr, sondern müsste als „herrenlose Sache“ angesehen werden. Die wiederum könnte sich jedermensch legal aneignen. Im Moment des Zugriffs würde die auffindende Person dann neue_r Eigentümer_in. Das regelt das Bürgerliche Gesetzbuch in den Paragraphen 958f: „Eine bewegliche Sache wird herrenlos, wenn der Eigentümer in der Absicht, auf das Eigentum zu verzichten, den Besitz der Sache aufgibt“ und „Wer eine herrenlose bewegliche Sache in Eigenbesitz nimmt, erwirbt das Eigentum an der Sache“.

Es gibt sogar Stimmen aus den Supermarktketten selbst, die in diese Richtung gehen und damit durch eigene Aussage, das Eigentum mit dem Wegwerfen aufzugeben, den Diebstahlsparagraphen weiter untergraben. Interessant ist z.B. eine Äußerung eines Supermarktes im Rahmen eines Strafverfahrens in Gießen, in der dieser sich gegen den Prozess aussprach und argumentierte, dass „Containern“ ja gar keine Straftat sei. Aus dem Schreiben der von tegut beauftragten Anwaltskanzlei Weiss/Walter/Fischer-Zernin vom 30.12.2015: „Diesbezüglich weisen wir nochmals auf die Strafverfolgungshindernisse nach § 123 Abs. 2 StGB sowie §§ 242, 248a StGB hin. Unsere Mandantin stellte als (vermeintlich) Verletzte keinen Strafantrag, da ein Interesse an einer Strafverfolgung nicht besteht. Ungeachtet dessen ist die Strafbarkeit des Containerns nach § 242 StGB ohnehin fraglich [vgl. Vergho, DLR 2014, 412 ff., beigefügt als Anlage). Auch geht die Wirkung der Straftat - läge sie denn vor, was zweifelhaft ist - nicht über den Rechtskreis der (vermeintlich) Verletzten hinaus, sodass auch ein öffentliches Interesse an einer Strafverfolgung nicht ersichtlich ist“. In der Schweiz, dessen Recht dem deutschen ähnlich ist, wird die Rechtslage schon länger so eingeschätzt. Laut Wikipedia sagte Markus Melzel, Sprecher der Basler Staatsanwaltschaft: „Was weggeworfen wird und nicht für Dritte bestimmt ist, gehört niemandem mehr. Wenn man nicht über einen Zaun steigen oder ein Schloss aufbrechen muss, um an die Waren heranzukommen, dann ist gegen das Containern nichts einzuwenden.“

Im konkreten Gießener Fall musste die Staatsanwaltschaft den Diebstahlsvorwurf fallen lassen und durch einen absurden Ersatzvorwurf ersetzen, der allerdings auch als Freispruch endete wird. Martin Kaul berichtete vorab in der taz unter dem Titel „Das ist doch kein Diebstahl“ (taz am 24.5.2016), noch umfangreicher die Gießener Allgemeine am 1.6.2016
(siehe auch www.alltagsalternative.de.vu).


Ein Blick in die damaligen Container der tegut-Zentrale in Gießen/Neustädter Tor: Vor allem edle Fertigprodukte. Inzwischen hat die Firma die Container eingeschlossen.

Nachrichten „Umweltschutz von unten“

Brexit-Abstimmung: ein Desaster für britische Umweltgruppen

Das Votum zugunsten eines EU-Austritts Großbritanniens ist ein herber Rückschlag für britische Umweltschützer. Denn den EU-Regulierungen ist es zu verdanken, dass Luft, Wasser und Strände sauberer wurden und die Tierwelt geschützt wurde. Die EU hat Großbritannien von seinem ehemaligen Ruf als „dreckiger Mann“ Europas befreit. Nun droht dem Land ein ökologischer Rückschritt, da es sich wahrscheinlich gegenüber dem Gentech-Anbau öffnen und Pestizide zulassen wird, deren Einsatz in der EU verboten oder eingeschränkt ist. Hierzu gehören unter anderem die für Bienen gefährlichen Neonikotinoide. Der Umweltjournalist George Monbiot beschreibt die EU als einen „Sumpf der Machenschaften“, in dem Lobbyismus und unzulässige Einflussnahme auf der Tagesordnung stehen. Dennoch gehe es in der EU geradezu sauber zu im Vergleich zu dem, was Großbritannien nach dem Brexit drohe: die Abgabe seiner Souveränität an die USA und der Ausverkauf seiner Interessen an multinationale Konzerne.

Kritik nachhaltigen Konsums als Film

„Konsumkritik-Kritik“, so heißt ein aktueller Vortrag von Jörg Bergstedt. Jetzt ist er, unterlegt mit Bildern, als Mitschnitt einer Veranstaltung am 11. Juli 2016 in Fulda im Internet anzuschauen. Die dortige Beschreibung lautet: „Die Welt verbessern durch Einkaufen? Geht das? Oder ist das Anfeuern zum nachhaltigen Konsum ein billiger Trick der Herrschenden, uns ein gutes Gefühl vorzugaukeln, während wir unser Geld denen geben, die die Produktionsmittel besitzen?“ Link: https://youtu.be/Ub5dIYJywP8. Mehr Informationen zum Thema finden sich unter www.konsumkritik-kritik.de.vu. Das Büchlein „Konsumkritik-Kritik“ aus dem Seiten-Hieb-Verlag (www.seitenhieb.info) ist über den Buchhandel und www.aktionsversand.de.vu zu beziehen.



Ausschnitt aus der Vortragsverfilmung „Konsumkritik-Kritik“

Weitere Strafvorwürfe und Prozessstrategien

Neben Diebstahl kann beim Containern der Straftatbestand des Hausfriedensbruches erfüllt sein, z.B. wenn eine „Umfriedung", also ein Zaun, eine Mauer oder ähnliches überwunden, ein Tor geöffnet oder eine eindeutige Verbotsäußerung - mündlich oder per Schild - ignoriert wurde. Ebenfalls gilt es als Hausfriedensbruch, ein Gelände nicht zu verlassen, wenn mensch dazu aufgefordert wird. Ein Hausverbot kann allerdings nur eine berechtigte Person aussprechen – bei Supermärkten in der Regel nur die_der Filialleiter_in. Schärfer bestraft würde hingegen ein Einbruch, etwa wenn ein Schloss geknackt oder Tür aufgehebelt wurde.

Hausfriedensbruch ist ein absolutes Antragsdelikt, d.h. der „geschädigte" Supermarkt muss die Strafverfolgung wünschen. Er darf diese Auffassung auch nicht im Laufe des Verfahrens zurückziehen, etwa weil er (z.B. durch Aktionen und Öffentlichkeit) keine Lust mehr auf die Auseinandersetzung vor Gericht hat. Daher ist es wichtig, Öffentlichkeit herzustellen und dem Supermarkt zu vermitteln, dass im Gerichtssaal die Angeklagten die Fragen stellen - wenn sie nicht vom Gericht rechtswidrig oder von eigenen Anwält_innen samt bevormundenden linken Rechtshilfegruppen, die offensives Vorgehen ablehnen, zum Schweigen gebracht werden. In der Folge würde öffentlich thematisiert, dass viele Lebensmittel weggeworfen werden, der Supermarkt in öffentlichen Äußerungen dazu wahrscheinlich stets anderes behauptet, d.h. lügt, und stattdessen Menschen kriminalisiert, die Müll aus seinen Tonnen wieder herausholen. Da der Wert der vermeintlich gestohlenen Sachen ermittelt werden muss, lassen sich Fragen zu Geschäftspolitik und Warenflüssen kaum verbieten. Zuschauer_innen und Presse würden erfahren, welche Mengen dort und anderswo regelmäßig weggeschmissen werden – insgesamt vom Acker bis zum Teller über die Hälfte aller Lebensmittel. Im Supermarkt geschieht das oft nur, um die Preise hoch zu halten. Das wird die Kund_innen „freuen" – und zudem über die Logiken des Kapitalismus aufklären. Insofern spricht einiges dafür, eine mögliche strafrechtliche Verfolgung als Politisierung des Containerns zu nutzen statt sich vor ihr zu fürchten.

Eine Anklage wegen Diebstahl liegt nicht allein in der Hand des Supermarktes, sondern die Staatsanwaltschaft kann ein „besonderes öffentliches Interesse" an der Strafverfolgung formulieren. Dann käme es zum Prozess und die Justiz müsste zeigen, warum sie sich trotz ständig behaupteter Arbeitsüberlastung um solchen „Müll" kümmert (im wahrsten Sinne des Wortes!), nur um ausbeuterische Profitinteressen zu sichern – zumal nicht einmal klar ist, ob Diebstahl überhaupt in Frage kommt. Schwieriger würde es nur, wenn Einbruch vorgeworfen wird oder im Zuge der Auseinandersetzung weitere Delikte hinzukommen - etwa Beleidigung, Sachbeschädigung oder Körperverletzung. Das ist die Sache „Containern" aber eigentlich nicht wert und verlagert die Auseinandersetzung in einen schwieriger politisierbaren Raum.

Fazit

Es gibt keinen Grund, sich einschüchtern oder von Containern vertreiben zu lassen. Wer die Rechtslage und die brutalen Folgen des weltweiten Agrarbusiness auch nur ein bisschen kennt, wird einen Gerichtsprozess gut führen können und dem Supermarkt auch signalisieren, dass ein kooperatives Verhalten auch für ihn besser ist. Das kann die Akzeptanz des Containerns sein, aber auch weitergehend der direkte Kontakt mit Lebensmittelretter_innen (www.foodsharing.de).

Gießen: Richterschelte gegen §265a!

Zwei angeklagte Fahrten - zwei Freisprüche. Im zweiten Prozess (18.4.2016 - „grünes blatt" berichtete) wurde sogar ein Hinweisschild als ausreichend gewertet, um nicht zu „erschleichen". Nun liegt das schriftliche Urteil vor (Link: www.projektwerkstatt.de/schwarzstrafen/prozesse/160418urteil.pdf) und öffnet dem straffreien Schwarzfahren die Tür: Wer mit Hinweisschild (und am besten zusätzlich mit Flyern - das ist dann auch politisch wirkungsvoller) fahrscheinlos fährt, riskiert keine Strafe mehr. Sollte das nun massenweise geschehen, könnte das ganze Fahrscheinwesen kippen.

Damit ist mehr als ein Etappensieg errungen. Nun ist immerhin von einem Landgericht anerkannt, dass jede klare Kennzeichnung reicht, um die Strafe abzuwenden. Da die Staatsanwaltschaft in Revision gegangen ist, wird in einiger Zeit ein Beschluss zu erwarten sein, der dann bundesweite Ausstrahlung hat. Bis dahin steht mindestens ein weiterer Strafprozess an: Am 2.11. steht um 12.30 Uhr ein Teilnehmer der Aktionsschwarzfahrt vom 2.3.2015 vor dem Amtsgericht Starnberg. Spannend ist, dass sein Verteidiger genau derjenige sein wird, der in Gießen bereits für die gleiche Aktion den Freispruch erreicht hat - sicherlich keine alltägliche Situation.

- Infoseite: www.schwarzstrafen.de.vu

Eckhard Fuhr
Jagdlust
(2013, Quadriga/Bastei Lübbe in Köln, 189 S., 18 €)



Ein Erzählbuch, welches tiefe Einblicke in Leben, Vorgehen und Denken eines Jägers bietet. Kritisches ist dabei wenig zu lesen, aber auch für Artenschützer_innen kann das eine oder andere Kapitel interessant sein – z.B. über die Ansiedlung von Wölfen. Man muss nicht die Jagd mögen, um dieses Buch nützlich zu finden: Als Info für die eine oder andere Blickrichtung.

Karl Fent
Ökotoxikologie
(4. Auflage 2013, Thieme in Stuttgart, 392 S., 59,99 €)
Wie wirken sich künstliche Stoffe aus, die vom Menschen in die Umwelt gebracht werden? Das Buch geht dieser Frage in systematisch gegliederten Kapiteln nach. Es geht um die Ausbreitung und Wirkung von Stoffen in der Umwelt, um die Methoden ökotoxikologischer Messung und Bewertung sowie um die Wirkung auf den Menschen selbst. Sehr viele Abbildungen, Schemazeichnungen und Tabellen machen die eng bedruckten Seiten zu einem umfangreichen Nachschlage- und Einführungskompendium. Glossar und Stichwortverzeichnis unterstützen die Anwendbarkeit, auch wenn diese beiden – im Gegensatz zum Gesamtwerk – etwas knapp ausgefallen sind.

Felix Ekardt/Florian Valentin
Das neue Energierecht
(2015, Nomos in Baden-Baden, 192 S., 35 €)
Es wurde viel diskutiert, gestritten, aber dann war sie da: Die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Doch das EEG ist nur eine der vielen Rahmenbedingungen zu Energiewende und Klimaschutz. Die Autoren stellen zwar die Neuerungen und ihre Wirkungen dar, beschränken sich aber nicht darauf. Rundherum geht es um den Handel mit Emissionszertifikaten, den Sinn und Unsinn neuer Stromtrassen, den forcierten Braunkohletagebau und die Folgen des Atomausstiegs. So ist das Buch ein Bestandsaufnahme und Analyse der aktuellen Energiepolitik und als solches empfehlenswert. Der Titel, der eher einen Gesetzeskommentar erwarten lässt, ist da etwas irreführend.

Katharina Munk (Hrsg.)
Taschenlehrbuch Biologie: Ökologie – Evolution
(2009, Thieme in Stuttgart, 479 S., 29,99 €)
Das Buch fühlt sich wie ein Taschenbuch an, hat aber erstaunliche fast 500 Seiten – und auch einen dazupassenden Preis. So kompakt wie die dünnen Seiten das Gesamtwerk aussehen lassen, sind auch die Darstellungen. Texte und Abbildungen wechseln sich ab. Zusammen schaffen sie kompakte Einführungen in die Themen. Warum Ökologie und Evolution in einem Buch zusammengefasst sind, erschließt sich nicht direkt. Sie werden auch unverbunden nacheinander abgehandelt – außer einer 4-seitigen Einleitung, in der als Gemeinsamkeit aber auch nur die Wichtigkeit beider Bereiche für das Überleben der Menschen betont wird. Es sind also eher zwei Bücher in einem, aber jeweils empfehlenswert für alle, die sich in die Themen einlesen wollen.

Colin Goldner
Lebenslänglich hinter Gittern
(2014, Alibri in Aschaffenburg, 491 S., 24 €)
Ein dickes Buch, gefüllt mit der langen Geschichte diskriminierender Darstellungen von Gorillas, Orang-Utans und Schimpansen in Buch und Film, bis zur bis heute reichenden, grausamen Gefangenhaltung in vielen Zoos. Rundherum plädiert der Autor für eine verbesserte Rechtsstellung der Menschenaffen und stellt das von ihm mit organisierte Great Ape Projekt vor. Das füllt fast 500 Seiten – es hätten mehr sein können, denn die Qualen in Laboren und Zirkus sind im Buch nicht behandelt.



Das Märchen von Nachhaltigkeit mit Wachstum und Konsum

Kapitalismusbegrünung

***jb* Offenbar dämmert es einigen Strateg_innen der Weltverbesserung per Wählen und Einkaufen, dass 20 Jahre Begrünung des Kapitalismus ins Leere gelaufen sind. Ergebnis ist, „dass Haushalte mit niedrigem Einkommen und Menschen, die sehr sparsam und achtsam mit ihren Dingen umgehen, oft nachhaltiger leben als konsumfreudige LOHAS“.**

Letztere Abkürzung bezeichnet das bioladenorientierte Reichensegment dieser Gesellschaft: „Lifestyle of health and sustainability“. Es war der Höhepunkt des Märchens, sich eine bessere Welt zusammenkaufen zu können. Übrig geblieben ist das bessere Gewissen, welches durch ethisch erscheinenden Konsum entstand (je mehr, desto besser wird die Welt). Oft gepaart war es mit Fertig-Emails bei Bewegungsagenturen, Wahlkreuzchen bei Grünen und Spenden an passende NGOs. Ewiggestrige wie die Grünen-Europapolitiker Bütikofer und Giegold versuchen noch heute, mit immer neuen Kombinationsangeboten von Wachstum und Umweltschutz („Green New Deal“) den Kapitalismusbock zum Ökogärtner zu machen. Das ganze Nachhaltigkeitgedöns reduziert den Kapitalismus auf ein ethisches Problem der Kaufentscheidung (vgl. Konicz, „Kapitalismus mit menschlicher Fratze“ unter http://exit-online.org/textanz1.php?tabelle=aktuelles&index=1&posnr=653). „Nachhaltiger Konsum ist ein Statussymbol geworden – für diejenigen, die es sich leisten können“. Mit Umweltschutz hat das alles kaum noch etwas zu tun. Der Kapitalismus hat aus guten Ideen Branchen mit Profitgier gemacht: Aus Direktvermarkterläden Öko-Supermärkte, aus Ökoanbau landaufkaufende Öko-Globalplayer. Zwei aktuelle Bücher aus dem Ludwig-Verlag (München) zeigen das Dilemma. Mit Friedrich Schmidt-Bleek (2014, „Grüne Lügen“, 302 S., 19,99 €) und dem Gespann Christine Ax/Friedrich Hinterberger (2013, „Wachstumswahn“, 367 S., 17,99 €), aus deren Buch obige Zitate stammen, bejammern genau diejenigen die ausbleibende Trendwende, die vor vielen Jahren selbst der Begrünung des Kapitalismus das Wort geredet haben. Und selbst jetzt noch zeigen sie sich lernresistent. Sie erkennen zwar die Aussichtslosigkeit der Weltrettung per Konsum, schildern mit deutlichen Worten die negativen Wirkungen, aber verbleiben mit ihren Vorschlägen genau auf dem alten Pfad: Vorschriften für ökologischere Produkte und Umweltrettung durch technische Innovation. Das Selbstbestimmungsrecht der Menschen, deren Unterdrückung bis Vertreibung per brutaler, staatlicher Macht die rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Natur erst möglich macht, wird mit keinem Wort erwähnt. Stattdessen finden sich absurde Phantasien, dass der Staat nichts anderes sei als die Menge der Menschen in ihm usw. Mit nachhaltig eingekauften Tomaten auf den Augen lässt sich die Welt aber nicht retten. Eigentlich hatten die Autor_innen das auch klar. Vielleicht sollten sie die erste Hälfte ihrer Bücher nochmal lesen und dann den Schluss neu schreiben. Für alle gilt: Der Anfang ist lohnenswert – danach können die Texte als Abschreckung gelten: Für Mutlosigkeit, Inkonsequenz und Widersprüchlichkeit auf hohem Niveau.



Positiver formuliert es die „taz“ als Haus- und Hofblatt des Ökobildungsbürger_innentums und Vorreiter bei der Gleichschaltung von Umwelt- und Wirtschaftsredation in einer Rezension des Buches „Grüne Lügen“, veröffentlicht unter www.taz.de/1/archiv/?dig=2014/06/06/a0116.

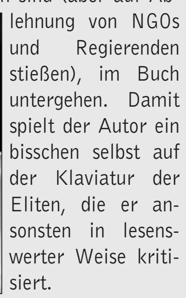
Bücher vorgestellt

Jan Bredack
Vegan für alle
(2014, Piper in München, 255 S., 19,99 €)
Ein erfolgreicher Mercedes-Manager steigt aus und wird zum Veganer. Das ist die Story des Buches. Sie zeigt das Leben hinein in den Burn-Out – und den Weg heraus in eine neue Laufbahn. Die aber ist, kritisch betrachtet, gar nicht so anders: Wieder geht es um Kaufen und Verkaufen, nur dass die Produktpalette eine gänzlich andere ist. Bredack zieht mit seinen Erfahrungen erfolgreiche Veganläden auf, braucht wieder Investoren und fährt mit dem Auto herum, um Frust abzubauen. Zählt er dabei Insekten auf der Windschutzscheibe oder die Mäuse, die beim Möhrenanbau bekämpft werden?). Das Buch dürfte für politisch engagierte Tierrechtler_innen wichtig sein – als Warnung, dass das Gespenst des Kapitalismus überall lauert und alles schluckt, was mensch nicht aktiv entreißt.

Hans Thie
Rotes Grün
(2013, VSA in Hamburg, 173 S., 16,80 €)
Die immer neoliberaler abgehenden Bündnis90/Grünen mit ihrem grün gefärbten Kapitalismus und neuen Wirtschaftsaufschwüngen aus Öko-Hand rufen Kritiker_innen auf den Plan. Die versuchen, dem Wachstumswahn der ehemaligen Wachstumgegner_innen etwas entgegenzusetzen. Das geschieht aus unterschiedlichen Richtungen Hans Thie versucht sich als sanfter Sozialist und beschreibt, mitunter fast romanhaft, mögliche Auswege aus der zerstörerischen Welt des Kapitalismus. Scharfe Herrschaftsanalytik fehlt dem Buch allerdings – und somit auch eine Antwort auf die Frage, was eigentlich der Antrieb sein soll, die Verhältnisse zu ändern.

Stefan Engel
Katastrophenalarm
(2014, Verlag Neuer Weg in Essen, 332 S., 17,50 €)
Der Autor ist Chef der MLPD, also einer streng marxistisch geprägten Partei mit eher mäßigen Wahlerfolgen. Seiner kommunistisch-rosa Brille bleibt er in vielen Phasen des Buches treu – etwa, wenn er verkündet, dass die Industrialisierung von Produktion, Energiegewinnung und Landwirtschaft in der alten Sowjetunion eine Vorreiterfunktion beim Umweltschutz gebildet hätte, Stalin also so etwas Ähnliches wie ein Ökoheld gewesen sei. Dass die gigantischen Umleitungen von Flüssen riesige Seen austrocknen ließen – kein Wort. Die Desaster der Großindustrialisierung – lässig übergangen. Doch diese realsozialistischen Tomaten auf den Augen machen das Buch nicht sinnlos. Im Gegenteil: Endlich greift ein orthodox-marxistischer Vordenker das Thema Umwelt beherzt auf – und das auch noch mit Bezug auf Marx. Der sei, so Autor Stefan Engel, nämlich gerade der Meinung gewesen, das Mensch UND Natur Objekt kapitalistischer Ausbeutung zwecks Profitmaximierung wären. Es sei gerade ein Fehler breiter Strömungen des Marxismus und der Sozialdemokratie, Marx hier immer falsch verstanden zu haben. Engel belegt seine These mit Zitaten von Marx und Engels, die überzeugen – auch wenn immer der Verdacht besteht, das sich aus einer derartigen Fülle von Texten, wie die beiden produziert haben, immer Argumente für mehrere Sichtweisen finden lassen. Für den Sinn des Buches ist das egal. Es ist zu hoffen, dass sowohl die gründliche Faktendarstellung zur Lage der Umwelt als auch die Kritik an den bürgerlichen Vorstellungen des Umweltschutzes dazu beitragen, dass die Interessen von Menschen an einem insgesamt guten Leben zusammen gedacht werden. Denn bei dieser Perspektiven fallen die Produktionsverhältnisse und Arbeitsbedingungen, der Schutz der Umwelt und die Fragen von Freiheit und Gleichberechtigung ohnehin zusammen.

Thomas Barth
Politik mit der Umwelt
(2014, Westfälisches Dampfboot in Münster, 346 S., 36,90 €)
Ein Buch über den Wandel von Umweltpolitiken bei NGOs (früher noch profan als Verbände bezeichnet) und Regierenden. Im Mittelpunkt steht die Annäherung an marktwirtschaftliche Konzepte im Laufe der 90er Jahre. Der Autor beschreibt den Wandel am Beispiel der Luftreinhaltepolitik und zeigt die Probleme auf, die mit dieser Veränderung verbunden waren und sind. Die Kritik ist notwendig, im Buch aber auf eine marxistische und damit rein ökonomische Machtanalyse beschränkt. Herrschaftsverhältnisse gehen aber weiter und die im Buch benannte Idee der Aneignung statt eines Markt- und Staatsgeschehens ist mehr als Ökonomie. Schade auch, dass Debattenbeiträge und Vorschläge, die aus unabhängigen und Basisinitiativen bereits gekommen sind (aber auf Ablehnung von NGOs und Regierenden stießen), im Buch untergehen. Damit spielt der Autor ein bisschen selbst auf der Klaviatur der Eliten, die er ansonsten in lesenswerter Weise kritisiert.





Einkommen schlägt „Umweltbewusstsein“



Aus der Webseite, von dem dieser Text stammt, findet sich auch dieses Foto mit der vielsagenden Unterzeile: „Trotz Ökosiegel: Die grünen Gutverdiener kommen in der neuen UBA-Studie nicht gut weg.“ (Foto: Jonathan McIntosh/Flickr)

Michael Bittner **Ausgerechnet unter den Menschen, die sich für umweltbewusst halten, sind besonders viele mit einem hohen Energie- und Ressourcenverbrauch. Was erst mal unlogisch klingt, hat einen einfachen Grund: Die „Umweltbewussten“ haben in der Regel ein hohes Einkommen und geben entsprechend viel für Wohnen und Mobilität aus. Genau dafür geht aber der meiste Umweltverbrauch drauf.**

Der Ressourcen- und Energieverbrauch von Menschen hängt vom Einkommen ab und nicht vom Umweltbewusstsein. So lautet das zunächst überraschende Ergebnis einer Studie (www.umweltbundesamt.de/publikationen/repraesentative-erhebung-von-pro-kopf-verbraeuchen), die das Umweltbundesamt (UBA) mitten in der Sommerpause veröffentlicht hat. Danach sind für die persönliche Umweltbilanz zwei „Big Points“ entscheidend, zwei große Posten: Wohnen und Mobilität. Genauer gesagt geht es um die Größe und den Heizbedarf der Wohnung sowie um das Fliegen und Autofahren.

Nach den Erkenntnissen der Forscher spielt es in diesen Bereichen keine Rolle, ob jemand sich selbst als umweltbewusst einschätzt oder nicht, sondern es zählt nur das Geld, das er zur Verfügung hat. „Mehr Einkommen fließt allzu oft in schwerere Autos, größere Wohnungen und häufigere Flugreisen – auch wenn die Menschen sich ansonsten im Alltag umweltbewusst verhalten“, beschreibt das UBA den entscheidenden Zusammenhang. Das könne dann auch durch das Einkaufen im Bioladen und eine umweltfreundliche Lebensführung nicht mehr ausgeglichen werden. „Menschen aus einfacheren Milieus, die sich selbst am wenigsten sparsam beim Ressourcenschutz einschätzen und die ein eher geringeres Umweltbewusstsein haben, belasten die Umwelt am wenigsten“, schreiben die Studien-Autoren.

Das Umweltbundesamt erkennt zwar auch Pluspunkte bei den „Umweltbewussten“, wenn es etwa um die Einführung umweltfreundlicherer Produkte oder die Zustimmung zu besserer Umweltpolitik geht. Doch die allermeisten in dieser Gruppe blenden nach Ansicht der Wissenschaftler die Minuspunkte ihrer Umweltbilanz so stark aus, dass das mit ihrem Selbstbild als Öko-Vorreiter nicht zusammenpasst. Die Studie hatte zum ersten Mal repräsentative Verbrauchs- und Emissionsdaten für Einzelpersonen unter Berücksichtigung aller wichtigen Konsumbereiche und gesellschaftlichen Gruppen erhoben.

Eigentlich nichts Neues

Sieht man genauer hin, ist weniger das Ergebnis der UBA-Studie bemerkenswert als vielmehr die Tatsache, dass viele ähnliche Untersuchungen, die es schon gibt, bisher ignoriert wurden. So fanden Forscher aus Großbritannien und anderen Ländern im Jahr 2012 heraus, dass es keinem einzigen Land (www.klimaretter.info/konsum/hintergrund/10403-hohes-alter-mit-wenig-geld) der Welt gelingt, hohe Einkommen und einen hohen Lebensstandard mit einem niedrigen Treibhausgasausstoß zu vereinbaren. Allerdings stellten die Wissenschaftler fest: In einigen Ländern erreichen die Bewohner mit niedrigen Einkommen und entsprechend niedrigen Treibhausgasemissionen trotzdem einen hohen Lebensstandard – gemessen am Lebensalter. Die Forscher schlussfolgerten, dass in den reichen Staaten zusätzliches Wirtschaftswachstum keine positiven Umweltwirkungen mehr hat.

Während dieser Ländervergleich immer nur das jeweilige Durchschnittseinkommen betrachtet, haben Sozialwissenschaftler sich mit der Verteilung des Reichtums innerhalb eines Landes beschäftigt. In ihrem 2010 erschienenen Buch „Gleichheit ist Glück“ (www.socialnet.de/rezensionen/11444.php) legten die britischen Gesundheitsforscher Richard Wilkinson und Kate Pickett dar, warum soziale Ungleichheit (www.woz.ch/1121/gleichheit-ist-glueck/im-reichen-land-ist-der-reiche-arm-dran) das größte Hindernis für eine zukunftsfähige Gesellschaft ist. Das Werk fand erstmals auch größere Beachtung außerhalb der Sozialforschung – allerdings nicht bei den Umweltverbänden in Deutschland, obwohl auch hier die Schere zwischen hohen und niedrigen Einkommen immer weiter aufgeht.

Dabei haben österreichische Umweltforscher, die sich mit den Erkenntnissen von Wilkinson und Pickett auseinandergesetzt haben, inzwischen klare Belege dafür gefunden, dass Ungleichheit auch eine negative Umweltwirkung (www.social-innovation.org/?p=4048) hat. Die Österreichische Energieagentur kam außerdem schon 2012 in einer Studie (www.energyagency.at/fileadmin/dam/pdf/publikationen/berichteBroschueren/LifeStyle2030_Endbericht.pdf) zu ähnlichen Ergebnissen wie jetzt das deutsche Umweltbundesamt.

In den Gewerkschaften wird schon länger über den Zusammenhang von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit nachgedacht, auch in der Bundesrepublik. „Reichere kaufen öfter Biokost und zeigen ein ausgeprägteres Umweltbewusstsein. Doch ihr ökologischer Fußabdruck ist meist größer als der Ärmerer, die sich keine großen Wohnungen oder Fernreisen leisten können“, schrieb Frank Bsirske (www.briefe-zur-transformation.de/themen/gerechtigkeit/234-soziale-und-oekologische-gerechtigkeit-gehoeren-zusammen), der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, schon Jahre vor der UBA-Studie in einem Debattenmagazin der Umweltverbände. „Das berührt einen empfindlichen Punkt in der Debatte.“

Allerdings wollen die Gewerkschaftschefs diese Debatte dann lieber doch nicht weiter führen. Wenn Politiker und die Industrie sich für das Weiterlaufen der Kohlekraftwerke einsetzen oder wenn Gewerkschafter Angstkampagnen gegen Klimacamps starten, bleiben Bsirske und seine Vorstandskollegen stumm.

Letzte Worte im Film „Die Wahrheit über das Apple IPad“

(http://de.labournet.tv/video/6383/die-wahrheit-uber-das-apple-ipad)

Wenn ihr ein iPad benutzt, haltet bitte einen Moment inne und denkt über die Rechte der Arbeiter_innen nach. Nur ihr könnt ihre Leben verbessern.

Achtung Werbung! Protest 2.0: Nie war Revolution so einfach!

Nicht immer nur dagegen sein. Seien Sie dabei, wenn Konsum und Engagement vor allem dazu dienen, dass Sie sich gut fühlen. Da draußen bewirken Sie sowieso nichts.
Den Revolutionsbedarf fürs gute Gefühl erhalten Sie bei Ihrem freundlichen Protestsimulator: Campact, Greepeace, dennree, Karmakonsum ... und wie sie alle heißen.



Martin Luther:

Von den Juden und ihren Lügen

fb Anlässlich der für 2017 zu Ehren Martin Luthers von der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) ausgerufenen sogenannten "Lutherdekade" wurde von den Herausgebern Karl-Heinz Büchner, Bernd P. Kammermeier, Reinhard Scholz und Robert Zwilling das von Martin Luther 1543 veröffentlichte Buch "Von den Juden und ihren Lügen" aus dem Frühneuhochdeutschen ins heutige Deutsche übertragen und erschien als Band 1 in der Reihe "Luthers judenfeindliche Schriften" beim Alibri-Verlag. Original in alter Schrift und Sprache werden mit der Übetragung auf jeder Doppelseite gegenübergestellt, so dass ein Nachprüfen direkt erfolgen kann, sofern mensch sich mit dieser alten Sprache auseinandersetzen möchte. Dem Originaltext wurden einige wenige Anmerkungen und eine Vielzahl von Begriffserläuterungen beigefügt. Luthers Schrift soll vor allem für sich selbst sprechen. Und das tut sie auch.

Luther stellt gleich zu Beginn "die Juden" den "Deutschen" gegenüber - deutsche Jüd*innen gibt es für ihn offenbar nicht. Ausgangspunkt seines von Anfang an formulierten Judenhasses ist offenbar der Machtkampf unter den Religionen. Und dass dies sein Metier ist, zeigt ja auch Luthers Engagement im innerkirchlichen Machtkampf um die richtige Bibelinterpretation, die ihn berühmt gemacht hat. In beleidigender Sprache wertet er von der ersten Seite an Menschen jüdischen Hintergrunds ab, verhöhnt sie und behauptet, sie seien falschen Glaubens. Sie seien außerdem unverbesserlich, weshalb Luther meint, dass mit ihnen nicht gesprochen werden solle; vielmehr fordert er ihre Ausgrenzung. Später im Text zeigt sich, mit welch drastischen Mitteln er sich diese vorstellt, nachdem er meint, anhand von selektiven Bibelzitaten nachweisen zu müssen, dass "die Juden" es nicht anders verdienten. Im Vorbeigehen lästert Luther außerdem über Ausländer bis hin zum "Barbaren" Platon.

Der große Reformator ereifert sich regelrecht in seiner Schimpfrede gegen die Andersgläubigen und behauptet gar, zu wissen, dass Gott zornig auf die Juden sei wegen ihres Glaubensbekenntnisses. Überhaupt ist Luther ziemlich intim mit Gottes Gefühlswelt, denn was der Arme zu erleiden hat, beschreibt er ausführlich. Es ist fast amüsant, einen derart absurden Versuch von Argumentation zu lesen, wenn der gottesgläubige Martin Luther seine menschlichen Maßstäbe zur Basis von Gottes Gefühlsleben erklärt. Das aber ist wohl ein grundlegendes Problem religiöser Verblendung.

Luthers Judenhass stellt sich als Ausprägung eines aktiven Glaubenskrieges dar, den dieser "Große Deutsche"[1] führt. Er will die andere Religion, die wie die seine behauptet, den wahren Glauben zu besitzen, aus dem Weg räumen. Zwar beziehen sich seine Argumente entgegen der späteren Anwendung seiner Zielformulierungen durch die Nazis nur teilweise auf angebliche Verhaltensweisen in der weltlichen Sphäre, die ihre behauptete Schlechtigkeit beweisen sollen (diese macht er allerdings in permanenter Randbemerkung geltend), und viel mehr auf die theologische Praxis, aber auch Luther nutzt bereits rassistische Argumentationen, wenn er zeigen will, dass die Abstammung "der Juden" sie nicht zum Volk Gottes mache.

Die vielleicht bekannteste antisemitische Hetze Luthers, sein Aufruf zum Niederbrennen ihrer Synagogen, Zerstören ihrer Häuser, Vertreibung etc. findet sich im letzten Drittel des Buches. Hier erklärt er, dass nun, da mit diesem Werk den Christen klargemacht sei, wie gotteslästerlich "die Juden" seien, es nicht länger vor Gott erlaubt wäre, diese weiterhin frei walten zu lassen. Die vorherige Unterlassung aus Unwissenheit verzeihe Gott, aber von nun an sei Handeln angesagt. Unter Androhung von Gottesstrafe fordert er insbesondere die Herrschenden auf, gegen "die Juden" tätig zu werden: "Die Obrigkeit lasse man hier mit ihnen verfahren, wie ich schon gesagt habe (...)"[2] Und seinesgleichen erinnert Luther: "Gerade wenn ihr Prediger seid, wo Juden sind, sollt ihr mit Nachdruck eure Herren und Regenten bitten, in ihrem Amt zu bedenken, was sie Gott schuldig sind (...)"[3] Das wiederum stelle keine Rache dar, sondern gottesfürchtige Praxis gegen die Feinde Gottes. Die einfachen Leute sollten das ihren Herrschern überlassen - zumindest solange diese täten, was nötig sei.

Konkret fordert Luther: "Ich will meinen wohlgemeinten Rat geben. Erstens, dass man ihre Synagogen oder Schulen anzünde und was nicht verbrennen will, mit Erde überhäufe und überschütte, sodass kein Mensch für alle Zeiten weder Stein noch Schlacke davon sehe. (...) Zweitens soll man auch ihre Häuser abbrechen und zerstören (...) Zum dritten möge man ihnen alle ihre Gebetbüchlein und Talmude nehmen (...) Zum vierten soll man den Rabbinern bei Leib und Leben verbieten, weiterhin zu lehren. (...) Zum fünften soll man den Juden das freie Geleit auf den Straßen ganz und gar verwehren und verbieten. (...) Zum sechsten soll man ihnen wuchern verbieten (...) Und man nehme ihnen alle Barschaft und Wertsachen wie Silber und Gold und lege es zur Verwahrung beiseite. (...)

Siebtens soll man den jungen und starken Juden und Jüdinnen Flegel, Axt, Hacke, Spaten, Spinnrocken und Spindel in die Hand geben und sie ihr Brot verdienen lassen im Schweiße ihres Angesichts"[4] Die Herren und Fürsten warnt er, nicht untätig zu bleiben, da sie sonst vor Gott schuldig würden und Anteil "an all dem Lügen, Lästern, Bespucken und Fluchen, wie es die aufbrausenden Juden gegen die Person unseres Herrn Jesus Christus, seine liebe Mutter, gegen alle Christen und Obrigkeiten und gegen uns selbst so frei und absichtlich treiben," hätten[5].

Mithilfe einer zumindest aus heutiger Sicht uninteressanten und langgezogenen Intrepretation von Bibelzitaten, biblischen Persönlichkeiten und Geschichten argumentiert er gegen den jüdischen Glauben und will ihn als unsinnig, gotteslästernd und falsch darstellen. Religionswissenschaftler*innen können dem vielleicht etwas abgewinnen, für mich als wenig religionsgeprägten Menschen liest sich Luthers Argumentation langweilig und an den Haaren herbeigezogen. Und sie wäre auch irrelevant, selbst wenn sie schlüssig klänge. Trotzdem lohnt es, dieses Buch zu lesen, um sich die antisemitische Hetze Luthers vor Augen zu führen und der Verherrlichung dieses Menschen konkret etwas entgegen zu stellen.

Mehr Abos für das grüne blatt:

✔ Damit wir das grüne blatt besser kalkulieren können und um zumindest einen Teil der Herstellungskosten zu finanzieren, suchen wir weitere AbonnentInnen.
Überleg doch, ob du das grüne blatt abonnieren möchtest und frag auch andere Leute danach. Den Abo-Schnippel findest du ganz hinten im Heft.

Martin Luther: "Von den Juden und ihren Lügen", Übertragen aus dem Frühneuhochdeutschen durch Karl-Heinz Büchner, Bernd P. Kammermeier, Reinhold Scholz und Robert Zwilling, Alibri Verlag, Aschaffenburg, 2016

ISBN 978-3-86569-196-5, 347 Seiten, Taschenbuchformat, 20,00 EUR

1. Im Zuge einer ZDF-Aktion ("Unsere Besten") wurden die Zuschauer gefragt, wer in ihren Augen der "wichtigste Deutsche" sei - auf Platz 2 landete Martin Luther nach Konrad Adenauer und vor Karl Marx. Siehe auch http://www.zdf-jahrbuch.de/2003/programmarbeit/arens.htm - gesichtet am 5. August 2016

2. Martin Luther: "Von den Juden und ihren Lügen"; Alibri Verlag; Aschaffenburg, 2016; S. 259

3. Martin Luther: "Von den Juden und ihren Lügen"; Alibri Verlag; Aschaffenburg, 2016; S. 261

4. Martin Luther: "Von den Juden und ihren Lügen"; Alibri Verlag; Aschaffenburg, 2016; S. 247 ff.

5. Martin Luther: "Von den Juden und ihren Lügen"; Alibri Verlag; Aschaffenburg, 2016; S. 259

> **Themenrubrik Energie**
> **Kontakt:** energie@gruenes-blatt.de
> **Einsendeschluss:** 27.01.2017
>
> *Thematisch passende Beiträge für diese Rubrik im nächsten grünen blatt bitte vor Einsendeschluss an uns mailen.*
>
> *Quellenangaben und weiterführende Links zu den Artikeln befinden sich auf der Internetseite des grünen blatts.*
>
> *Wir freuen uns über Menschen, die sich an der Energierubrik beteiligen wollen!*

Großdemo an der Atomfabrik Lingen

NukeNews In Lingen/ Niedersachsen findet noch immer die Produktion von Brennelementen statt. Obwohl die deutsche Bundesregierung entschieden hat, stufenweise aus der Atomkraft auszusteigen, sind die Atomanlagen in Lingen und Gronau (Urananreicherung) vom Atomausstieg ausgeklammert. Das Gegenteil ist der Fall, es existieren Pläne für Erweiterungen und immer neue Kapazitäten zur Atommüll-Lagerung. Wir wollen einen sofortigen Stopp der weltweiten Belieferung von Atomkraftwerken mit Brennelementen!! Ein Bündnis verschiedener Anti-Atom-Gruppen und Netzwerke hat eine Kampagne gegen den Betrieb dieser Atomanlagen gestartet und zerrt diesen Umstand in die Öffentlichkeit. Kommt bitte und seid Teil der großen Demo am 29.10.2016 in Lingen!!

http://weltweit.nirgendwo.info/2016/09/03/29-10-2016-demonstration-in-lingen-aufruf/

> **Infomaterialien**
> http://Material.Nuclear-Heritage.NET
>
> *Anti-Atom-Materialien aus unterschiedlichen Ländern können hier in verschiedenen Sprachen heruntergeladen oder in gedruckter Form bestellt werden.*

Bu
Wiederbesetzung
Aktionen gegen

Eichhörnchen[1] Die Abstimmung über das französische Endlagergesetz, das für die erste 6 Milliarden Euro teure Bauphase des Atommülltieflagers namens CIGÉO in Bure den Grundstein legte, erfolgte in der Assemblée Nationale ohne richtige Debatte in einer Sondersitzung am 11. Juli 2016 zwischen dem EM-Finale und dem Nationalfeiertag am 14. Juli. Die für das Gesetz zuständige Umweltministerin Ségolène Royal blieb der Abstimmung fern und zog ein Fotoshooting mit Fußballpromis der Debatte vor. Sie wurde durch den für die Frankophonie zuständigen Staatssekretär vertreten. An der Abstimmung nahmen lediglich ca. 20 Abgeordnete teil. Einzig 4 Ökoabgeordnete stellten Anträge und stimmten gegen das Gesetz.[2]

Die Gegner*innen des Atommüllendlagerprojektes sahen schon lange das Treiben der Politiker*innen als eine Farce und setzten auf Widerstand von unten. Der Widerstand wächst seit dem Beginn der Bauarbeiten für CIGÉO im Wald von Mandres-en-Barrois Anfang Juni. Der Wald wurde besetzt[3] und nach 3 Wochen von der Polizei geräumt[4]. Ca. 500 Menschen folgten am 16. Juli dem Aufruf, den Wald wiederzubesetzen[5]. Ein buntes Treiben machte sich auf den Weg und eroberte den Wald zurück. Ein Erfahrungsbericht.

Ob Einwohner*innen, Bäuer*innen, unerfahrene oder erfahrene Aktivist*innen, bunt gekleidete Menschen mit Pace-Fahne oder schwarzgekleidete Autonome: die Demonstration zur Wiederbesetzung des Waldes vereinte sehr unterschiedliche Menschen. Eine dichte Polizeipräsenz war gemeldet worden, die Anspannung war zu Beginn der Demonstration auf vielen Gesichtern zu sehen. Das bunte Treiben setzte sich in Bewegung. Am Waldrand angekommen flogen nach zwei kurzen Warnungen der Gardes Mobiles (Militärpolizei) die ersten Tränengas- und Schockgranaten (machen einen sehr lauten Knall) - und die ersten Steine.

Der Kontext von monatelangen Protesten gegen die Loi Travail (Arbeitsgesetz) in ganz Frankreich und die damit einhergehende entfesselte Polizeigewalt[6] waren zu spüren. Die Regierung antwortete auf den Protest der Straße mit einer Durchsetzung des umstrittenen Gesetzes ohne parlamentarische Debatte per Dekret 49.3 und mit Repression. Die Polizeigewalt traf die gesamte Protestbewegung. Viele Demonstant*innen, die bei diesen Protesten verletzt wurden oder Augenzeug*innen von Polizeigewalt wurden, waren in Bure entsprechend ausgerüstet: Helm, Gasmaske, Zwille etc.

Das konnte ich gut nachvollziehen - auch wenn ich diese Art der Auseinandersetzung kritisch sehe. Gewalt erzeugt Gewalt und ist in meinen Augen keine Lösung. Es geht aber vorwiegend auch um körperliche Unversehrtheit. Die französische Polizei verwendet Waffen (LBD[7], Granaten[8], etc.), die töten können. Das zeigte der Tod von Rémi Fraisse[9] vor fast 2 Jahren. Ich hielt mich da zurück und beobachtete das Geschehen. Sowohl das Treiben der Demonstrant*innen als auch der Polizeieinsatz kamen mir unkoordiniert vor. Ich



re:
des Waldes und das Atomklo

war aber froh darüber, dass es Menschen gab, die vorne die Stellung hielten und in großem Maße dazu beitrugen, dass der Wald schließlich erobert wurde.

Die Auseinandersetzung am Waldrand dauerte 1 bis 2 Stunden an, bis die ersten Aktivist*innen es tatsächlich in den Wald schafften und die Polizei sich schließlich zurück zog. Es wurden an den Waldeingängen Barrikaden gebaut, um das Eindringen von Polizeifahrzeugen zu erschweren. Es roch noch reichlich nach Tränengas, als ich in den Wald kam. Die Küche-für-alle versorgte die Aktivist*innen mit leckerem Essen. Die einen bauten eine Hütte in einer Lichtung, während die anderen die Barrikaden gegen immer wiederkehrende Angriffe der Polizei und der Securitys der Bauherrin ANDRA (Nationalagentur zur Entsorgung von radioaktivem Müll) verteidigten. Die Polizei schien mit unregelmäßigen Angriffen mit Gasgranaten und einem Räumpanzer auf eine Zermürbungstaktik zu setzen. Die Securitys der ANDRA griffen die am Boden sitzenden Menschen mit Stöcken und Spitzhacken an[10]. Es gab in den Auseinandersetzungen insgesamt 5 Verletzte und 4 Ingewahrsamnahmen[11]. Die in Gewahrsam genommenen Menschen wurden nach 2 Tagen wieder auf freien Fuß gesetzt - ohne strafrechtlichen Vorwurf gegen sie.

Die neue Waldbesetzung konnte über das Wochenende schließlich aufrecht erhalten werden. Ich habe mich einer Gruppe von Menschen angeschlossen, die die Bäume klettertechnisch im Hinblick auf eine dauerhafte Baumbesetzung erkundeten. Ich habe oben in den Bäumen eine wunderschöne Nacht verbracht. Material ist vorhanden. Noch fehlt es an Aktivist*innen mit den entsprechenden Fähigkeiten für eine dauerhafte Baumbesetzung. Aktionsklettern ist in Frankreich weniger verbreitet als in Deutschland. Ich habe das Widerstandswochenende für Vernetzung genutzt. Viele Menschen haben Lust, Aktionsklettern zu lernen. Vielleicht entsteht da noch was!

Die Besetzung hielt seit Mitte Juli etwa einen Monat an. Der Wald ist groß, so dass es für die Aktivist*innen herausfordernd war, die Besetzung zu halten, zumal zunächst die Rodungsarbeiten unter Polizeischutz an einigen nicht besetzten Teilen des Waldes weitergingen. Die ANDRA baute auch die "Plattform" aus, der Ort, wo sie die Bauarbeiten koordiniert und Baustellenfahrzeuge lagert. Zusätzlich zum Stacheldrahtzaun wurde nun eine ca. 3 Meter hohe Mauer gebaut[12]. Die ANDRA wollte damit einen Großteil des - noch - Waldes einzäunen. (Update September: das Protestcamp nicht mehr auf besetztem Boden, sondern auf neutralem Grund, da dies nach dem Gerichtsurteil und der Beseitigung der Mauer nicht für nötig gehalten wird)

Im Hinblick darauf, dass sie keinen kompletten Stopp der Bauarbeiten erzielen konnten, setzten die Aktivist*innen früh auf ein neues Konzept: Die an CIGÉO beteiligten Unternehmen beim Namen zu nennen und zu blockieren. Am frühen Morgen des 18. Juli wurde die Zufahrt zu Vichard Frères SARL bei Joinville blockiert. Das Unternehmen CATTA-

Die atomare Verwüstung Südaustraliens

NukeNews Obwohl es nirgendwo auf der Welt ein sicheres Endlager gibt, hat ein kleiner Kader ehrgeiziger prometheischer Technokraten in Südaustralien aus irgendeinem Grund beschlossen, das Land besitze die Lösung für das weltweite Atommüllproblem. Der kürzlich erschienene Nuclear Fuel Cycle Royal Commission Report (Bericht der Königlichen Kommission über den nuklearen Brennstoffkreislauf) empfiehlt, die Regierung von Südaustralien solle mehr als ein Drittel des hochaktiven Atommülls der ganzen Welt übernehmen, zuerst überirdisch lagern und schließlich in noch zu bauenden unterirdischen Lagern in der Wüste Südaustraliens vergraben. Der Bericht schlägt vor, Südaustralien solle 138.000 Tonnen hochradioaktiver Abfälle in Form abgebrannter Brennstäbe sowie 390.000 Kubikmeter mittelradioaktiven Abfalls zur Zwischenlagerung und späteren Endlagerung importieren.

Das Projekt, das atomare Gift der Welt im Herzen der australischen Wüste zu vergraben, kommt nicht aus dem Nichts. Die Idee taucht schon seit zwei Jahrzehnten in verschiedenen Formen auf. Die ersten Vorboten dieses höllischen Plans, Australien ins Atommülllager für die ganze Welt zu verwandeln, erschienen Ende der '90er, als Pangea Resources, ein in Großbritannien ansässiges Unternehmen, den Bau eines kommerziellen Atommülllagers in Westaustralien vorschlug. Das Projekt wurde mit einem Budget von 40 Millionen Dollar gefördert. Davon stammten 80% von British Nuclear Fuels Limited (komplett im Besitz der britischen Regierung) und die übrigen 20% von zwei Unternehmen für Atommüllentsorgung.

Den ganzen Artikel gibt es hier:

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Poison_in_the_Heart._The_Nuclear_Wasting_of_South_Australia



Internationaler Atommüll und Südaustraliens Untersuchungs-kommission

NukeNews Oppositionsführer Bill Shorten hat deutliche Unterstützung für die Einrichtung eines mehrere Milliarden Dollar teuren Atommülllagers in Südaustralien geleistet. Die Regierung von Südaustralien hat noch keine Position für oder gegen die geplante Atommüllkippe eingenommen, in der mehr als 10 Prozent des weltweiten Atommülls gelagert werden würde, so Premierminister Jay Weatherill. Laut einer Untersuchung könnte ein Atommülllager in Südaustralien 13 Prozent des weltweiten Atommülls aufnehmen und damit einen "globalen Bedarf" befriedigen. Bis Ende des nächsten Jahrzehnts könnte es einsatzbereit sein. Es existiert eine unglaubliche politische Unterstützung für den Plan, Südaustralien für 445 Milliarden Dollar zur Lagerstätte der Welt für hochradioaktiven Atommüll zu machen.

Die höchste staatliche Umweltschutzinstitution begrüßte die Veröffentlichung eines neuen Berichtes, der die hochtrabende Behauptung in Frage stellt, die Entstehung einer globalen Atomindustrie in Südaustralien werde zu einem wirtschaftlichen Aufschwung führen. Der Bericht stammt vom Australia Institute, einem führenden wirtschaftlichen Thinktank. Das "Conversation Council" (der Naturschutzrat) von Südaustralien beauftragte das Australia Institute, Senator Sean Edwards' Einreichung an die Südaustralische parlamentarische Untersuchungskommission zu analysieren.

http://www.foe.org.au/royal-commission


Foto: Eichhörnchen

NEO SAS wurde mit Graffiti gegen das Endlagerprojekt und einem großen Haufen Scheiße in Bar-Le-Duc heimgesucht. Die Scheiße wird schneller abgebaut als der atomare Müll...[13]

Am frühen 19. Juli wurde dann ein LKW, der Material für die Mauer der ANDRA im Wald geladen hatte, im Dorf Bure blockiert und "redekoriert", bis die Gardes Mobiles intervenierten. Es kam zu vorübergehenden Festnahmen. Ich musste schweren Herzens Bure wieder verlassen, um diverse andere schon länger feststehende Termine wahrnehmen zu können. Aber: Ich komme wieder! Und es kommen hoffentlich viele mit. Auf nach Bure gegen den atomaren Wahnsinn! Das geht uns alle an!

Updates

24. Juli: Der Wald ist nicht dauerhaft besetzt, weil die Repression von Schlägertruppen der Polizei und der ANDRA zu groß ist; es sind außerdem nicht genug Menschen vor Ort, um die Besetzung dauerhaft aufrecht zu erhalten. Es gibt aber weiterhin Aktionen im und um den Wald. Für den 12. - 14. August wird nach wie vor groß mobilisiert.

1. August: Gericht: Baustopp für das Endlager!

Endlich mal eine gute Nachricht aus Bure![14] Die Bauarbeiten der Nationalagentur zur Entsorgung von Atommüll ANDRA für das Endlager-Projekt namens CIGÉO im Wald von Mandres-en-Barrois sind illegal und müssen sofort gestoppt werden - die Schäden müssen laut Eilentscheidung des zuständigen Gerichtes wieder rückgängig gemacht werden.

Hintergrund ist... dass keine Rodungsgenehmigung des Präfekten nach dem Naturschutzgesetz vorliegt und keine "étude d'impacte", also sowas wie eine Umweltverträglichkeitsprüfung, durchgeführt oder gar beantragt wurde. Diese Prüfung ist notwendig, auch wenn die ANDRA behauptete, es ginge nicht um GIGÉO, sondern um geologische Vorarbeiten, um später eine Baugenehmigung für das Atomklo im Jahre 2018 zu beantragen. Vor Gericht war ANDRA so dreist zu behaupten, es ginge um Maßnahmen für die nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes.

Die Klage diverser Vereine und Einwohner*innen war erfolgreich!

Ob Demonstrationen, Besetzung des Waldes oder Klagen: die Aktionen der Atomkraftgegner*innen haben zu diesem Etappensieg geführt. Es wurde Öffentlichkeit geschaffen, die Arbeiten verlangsamt und schließlich ein - wenn auch nur vorläufiger - Baustopp vor Gericht errungen. Das letzte Wort ist nicht gesprochen. Es ist damit zu rechnen, dass die ANDRA nun die ganzen Genehmigungen bei der zuständigen Präfektur beantragt. Der plötzliche Baubeginn am 6. Juni überraschte die Aktivist*innen und Einwohner*innen. Der Baustopp gibt nun dem Widerstand Zeit, sich besser aufzustellen! Weitere Klagen gegen die ANDRA sind vor Gericht z.T. seit einem Jahr anhängig, wie beispielsweise die Klage gegen den "Waldtausch". Der Tausch des Waldes von Mandres-en-Barrois mit der ANDRA wurde vor einem Jahr in einer



Gemeindesitzung ohne Zulassung der Öffentlichkeit im Frühtau beschlossen. Einwohner*innen klagen nun seit einem Jahr gegen diese Entscheidung. Der Wald von Mandres-en-Barrois, auch Bois Lejuc genannt, ist von großer Bedeutung für das künftige Atommüllklo: Das Atommülllager wird in ca. 500 Metern Tiefe gebaut, die Lüftungsschächte für die unterirdischen Stollen sollen genau dort, wo heute der Wald noch steht, errichtet werden.

3. August: Am 3. August errichteten etwa 40 Aktivist*innen am Waldrand der betroffenen Fläche einen vier Meter hohen hölzernen Turm, um die Aktivitäten von ANDRA nach dem Gerichtsurteil zu verfolgen und deutlich zu machen, dass weitere illegale Abholzungen oder Errichtung von ebenfalls gerichtlich als unzulässig beanstandeten Bauwerken wie der kürzlich errichteten Mauer zur Fernhaltung kritischer Bevölkerung beobachtet werden. Zur feierlichen Eröffnung des Aussichtspunkts gab es ein Picknick, Slogans wurden an Wände geschrieben und Musik gemacht. Die Aktivist*innen vermuteten, dass ANDRA die illegalen Aktivitäten im Wald nahe dem geplanten Atommülllager trotz Gerichtsurteil fortsetzen würde.[15]

Im Wald Lejuc ist die von der ANDRA illegal errichtete Mauer gefallen!

Erklärung von Sortir du Nucléaire zum Widerstandswochenende vom 13. - 15. August 2016 in Bure:[16]

Ein Gerichtsbeschluss vom 1. August schreibt der ANDRA vor, in den kommenden sechs Monaten nachträglich die Genehmigungen für die illegal im Wald ausgeführten Bauarbeiten von CIGÉO einzuholen (was in diesem Zeitraum nicht möglich ist). Andernfalls muss die ANDRA den alten Wald der Gemeinde Mandres-en-Barrois wieder in den vorigen Zustand zurückversetzen. Da die ANDRA sich jedoch taub stellt, sind am Sonntag, dem 14. August, mehrere Hundert Menschen zusammengekommen, um den Wald selbst wieder instandzusetzen.

Ein Demonstrationszug mit fast 500 Menschen verschiedenen Alters und aus allen Richtungen verließ das Dorf Mandres-en-Barrois in Richtung Wald Lejuc. Die Bereitschaftspolizei und die Security-Männer der ANDRA hatten den Wald am Tag zuvor verlassen. Die vom privaten Sicherheitsdienst der ANDRA ausgeübte Gewalt bei der letzten Demonstration hatte ihr offenbar einen zu schlechten Ruf eingebracht.[17] Im Wald angekommen, machten sich die DemonstrantInnen sofort auf unterschiedlichste Art und Weise an die Wiederinstandsetzung: die einen pflanzten Bäume und Setzlinge, während sich andere mit der durch die ANDRA illegal errichteten Mauer beschäftigten: diese wurde mit Sprüchen versehen, bemalt oder niedergerissen. Innerhalb weniger Stunden wurden beinahe alle Mauerelemente umgestürzt.

Zur Erinnerung: Die Mauer wurde ohne vorige Einholung einer Baugenehmigung nach einer ebenso illegalen Rodung des Waldes errichtet. In diesem Wald sollen Bohrungen für die künftigen Lüftungsschächte durchgeführt werden, die später die radioaktiven Abgase aus den Tunneln nach draußen leiten sollen.

Hier folgt die Pressemitteilung der ProjektgegnerInnen:[16] Heute, am 14. August, haben fast 500 Menschen verschiedenen Alters, AktivistInnen unterschiedlicher Herkunft, darunter Landwirte und EinwohnerInnen, den Wald von Lejuc bei Mandres-en-Barrois zurückerobert und in einer festlichen Atmosphäre entschlossen mit der Wiederinstandsetzung des Waldes begonnen. Mehrere hundert Meter der illegal errichteten Mauer wurden niedergerissen, andere Mauerstücke bemalt und kleine Bäumchen gepflanzt. Sogar einige der während der ersten Besetzung (vom 19. Juni bis 7. Juli) eingesetzten Gemüsepflänzchen, die die Zerstörungsaktion der ANDRA überstanden haben, wurden neu eingepflanzt.

Vorbereitung des internationalen Sommercamps 2017

fb Im Juni 2017 sind Aktivist*innen und Interessierte aus ganz Europa (oder auch von noch weiter weg) zu einem internationalen Sommercamp gegen Atomkraft eingeladen, um Erfahrungen auszutauschen, über Atomthemen in ihren Regionen zu informieren, ihre Fähigkeiten in den Bereichen Organisation, Kampagnen und Aktionen zu entwickeln und in Kontakt zu kommen.

Dieses Camp, das alljährliche Nuclear Heritage Network Gathering, wird vermutlich in der Nähe einer der möglichen Baustellen des geplanten polnischen AKWs stattfinden. Wir beginnen gerade mit den Vorbereitungen und brauchen dringend weitere Leute, die uns dabei unterstützen. Wenn du helfen möchtest, das Camp möglich zu machen, schreib bitte möglichst bald an contact@nuclear-heritage.net.

Das letzte größere Gathering des Nuclear Heritage Network fand 2012 statt. Diesmal soll es größer und umfassender werden. In den letzten Jahren gab es nahezu keine internationalen Anti-Atom-Sommertreffen in Europa. Wir möchten, dass dieses nun auch eine Plattform für Aktivist*innen, Organisator*innen und andere Interessierte wird, wo sie sich vernetzen und über Strategien gegen die Atomindustrie diskutieren können.





FSB durchsucht Wohnung eines Rosatom-Kritikers

NukeNews In der geschlossenen Atomstadt Schelesnogorsk, Region Krasnojarsk, Sibirien, Russland: Fjodor Marjasow, Co-Vorsitzender der regionalen öffentlichen Umweltorganisation "The Nature of Siberia" (Die Natur von Sibirien) berichtet, am 18. Juli um 19:00 Uhr sei seine Wohnung in der geschlossenen Stadt Schelesnogorsk in der Region Krasnojarsk durchsucht worden. Zwei Vertreter des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB erschienen in seiner Wohnung und zeigten einen vom Gericht ausgestellten Durchsuchungsbefehl vor. Anlass der Durchsuchung war der Verdacht, Fjodor Marjasow habe gegen Artikel 282 des Strafgesetzbuches verstoßen, d.h. das Gesetz gegen das Schüren von Hass und Feindschaft und die Verletzung der Menschenwürde. Strafen für einen Verstoß gegen dieses Gesetz können von einer Zahlung von 300.000 Rubel (gut 4.100 Euro) bis zu 5 Jahren Gefängnis reichen. Agenten des FSB legten die Ergebnisse einer sprachlichen Prüfung von Materialien vor, die Fjodor Marjasow im Laufe mehrerer Jahre im sozialen Netzwerk "VKontakte" veröffentlicht hat. Die Ergebnisse dieser Untersuchung stellten die Grundlage für die Feststellung eines angeblichen Verstoßes gegen den Artikel dar.

In Folge der Durchsuchung, die 1,5 Stunden dauerte, wurde ein Computer beschlagnahmt, außerdem drei Exemplare der gedruckten Version des Berichtes "Siberian GAMBIT the Grand Chessboard of the State Corporation Rosatom" (Sibirisches GAMBIT: Das große Schachbrett des Staatsunternehmens Rosatom), der von KROEO "Nature of Siberia" erstellt wurde (mit finanzieller Unterstützung von Green World). Nach der Untersu-

... Fortsetzung auf der gegenüberliegenden Seite


Foto: vmc.camp

Neu dazu gekommene AktivistInnen und solche der ersten Stunde versammelten sich im Schatten der befreiten Bäume für ein gemeinsames Picknick und um die Welt über den Mauerruinen neu zu gestalten. Mit dem Fall dieser Mauer ist nicht nur ein Symbol der Gewalt und der willkürlichen Durchsetzung der ANDRA gefallen, sondern die bleierne Kappe der Schicksalsergebenheit und der Resignation hat jetzt auch Risse bekommen.

Dieser Volksaufstand ist eine gesunde und legitime Reaktion auf die Walze der ANDRA, die zu allem bereit ist, um CIGÉO durchzusetzen (Einsatz eines stark bewaffneten Sicherheitsdienstes, Missachtung von Gesetzen, Missachtung der Gerichtsentscheidungen). Mehrere hundert DemonstrantInnen konnten das Ausmaß der Schäden am Wald feststellen: Kahlschlag im Hochwald junger Bäume und im Mittelwald. Einiges lässt vermuten, dass die ANDRA auch nach Erlass des Baustopps durch das Gericht am 1. August noch die Rodungen fortgesetzt hat. Wir erwarten mit Ungeduld die nächsten juristischen Auseinandersetzungen.

Angesichts des Ausmaßes an Zerstörung und der Böswilligkeit der ANDRA erscheint es uns umso wesentlicher, den Wald in den kommenden Tagen und Wochen weiter zu verteidigen.

Fußnoten:

1. Erstveröffentlichung: http://blog.eichhoernchen.fr/post/Bure-Wiederbesetzung-Waldes-und-Aktionen
2. siehe Bericht von Reporterre: https://reporterre.net/20-deputes-votent-l-engagement-du-site-Cigeo-de-dechets-nucleaires
3. http://www.robinwood.de/wordpress/blog/energie/2016/06/bure-waldbesetzung-gegen-den-atomaren-kahlschlag/
4. http://blog.eichhoernchen.fr/post/Bure-Nach-Raumung-ist-vor-Wiederbesetzung
5. http://blog.eichhoernchen.fr/post/Bure-16-Juli-wir-erobern-den-Wald-zuruck
6. http://blog.eichhoernchen.fr/post/Notstandgesetzgebung-in-Frankreich-erneut-verlaengert
7. http://blog.eichhoernchen.fr/public/Bilder-fuer-Artikeln/armes_police/LBE_flash-ball.png
8. http://blog.eichhoernchen.fr/post/Fakten-franzoesische-Militaerpolizei-Einsatz-gegen-Bewegungen
9. http://blog.eichhoernchen.fr/post/Le-Teste-t-ein-Jahr-nach-der-toedlichen-Polizeigranate
10. ein Teil der Auseinandersetzung ist im Beitrag vom Französischen Fernsehsenders France 3 zu sehen: http://france3-regions.francetvinfo.fr/lorraine/meuse/bure/bure-55-le-feuilleton-continue-1049921.html
11. PM der "Médics" auf Französisch dazu: http://vmc.camp/2016/07/17/communique-de-presse-des-equipes-medicale-et-juridique-du-mouvement-doccupation-du-bois-lejuc-sur-les-violences-subies-par-les-manifestant-e-s/
12. Beitrag vom französischen Fernsehesender France 3 dazu: http://france3-regions.francetvinfo.fr/lorraine/meuse/bure/bure-55-travaux-au-bois-lejuc-1051133.html
13. PM der Aktivist*innen auf Französisch: http://vmc.camp/2016/07/18/communique-mais-qui-sont-les-complices-de-la-poubelle-nucleaire/
14. Quelle: http://blog.eichhoernchen.fr/post/Bure-vorlaeufiger-Baustopp-fuer-Atomklo
15. Quelle: http://vmc.camp/2016/08/03/andra-we-are-watching-you/
16. Quelle: http://blog.eichhoernchen.fr/post/Bure-Die-Mauer-ist-gefallen
17. siehe Artikel auf Französisch hier: http://vmc.camp/2016/07/21/a-mandres-landra-emploie-une-milice-de-mercenaires-armes-avec-la-benediction-de-la-gendarmerie/



Tschechien:

Warum zerfällt die Arbeitsgruppe für den Dialog über ein Endlager?

Ende Juni 2016 erklärten Calla und Green Circle (eine Vereinigung 26 bekannter Umweltschutz-NGOs) in einer Pressemitteilung, sechs Vertreter*innen der Standorte Brezový potok und Hrádek hätten im April und Mai 2016 die Arbeitsgruppe (AG) für den Dialog über eine Stätte für geologische Lagerung verlassen. Die Bürgermeister*innen und Vereinigungen an beiden Standorten haben das Gefühl, dass die AG missbraucht wird und ihre Statute verletzt, da sie nicht zu einer transparenten Suche nach dem Standort für geologische Lagerung beiträgt. Was sind die Gründe dafür?

Die Bürgermeister*innen von sieben Kommunen am Standort Brezový potok riefen ihre zwei Repräsentant*innen am "Tag gegen die GDF" am 23. April 2016 aus der AG zurück, als sie eine gemeinsame Stellungnahme veröffentlichten[1], in der sie mitteilten, dass die AG "die Interessen der einzelnen Standorte ungenügend vertritt und verteidigt" und dass sie ein "Werkzeug in den Händen des Ministeriums für Industrie und Handel (MPO) [geworden sei], seit die Atommülllagerbehörde SÚRAO in seinen Druckerzeugnissen wissentlich einseitige Informationen an die Einwohner*innen der Standorte über die Kooperation mit den örtlichen Kommunen verbreitet". Aufgebracht schreiben die Kommunen im weiteren, dass sie "immer noch, nach all den Versprechungen, keine gesicherte und gleichberechtigte Rolle im Entscheidungsprozess haben".

Der Standort Hrádek bereitete einen Offenen Brief[2] an das Ministerium für Industrie und Handel am 31. Mai 2016 vor, in dem fünf Kommunen und drei Vereinigungen drei ihrer Repräsentant*innen aus der AG zurückzogen. Bürgermeister*innen und Vereinigungen brachten zum Ausdruck, "Als Vertreter des Staates sei es natürlich nicht SÚRAOs Intention, Menschen in den Dialog zu führen, sondern PR-Arbeit und intransparente Meinungsumfragen mit dem Ziel zu verwenden, den Eindruck zu erwecken, dass ein Dialog mit den Bürger*innen geführt wird und dass diejenigen, die in lokalen Referenden gegen die GDF gestimmt haben, eine GDF nahe ihrer Wohnorte wünschten". Außerdem kritisieren sie, dass "SÚRAO als Haupttreiber in der AG für den Standortprozess für die endgültige GDF lange die Kommentare von Mitgliedern der AG zu den diskutierten Materialien ignoriert hat, ebenso die Kommentare und Einwände der Geolog*innen in der AG, und, was schlimmer ist, dass SÚRAO auch die gültigen Resolutionen der AG lange ignoriert hat". Um den laufenden Standortprozess für eine GDF zu stoppen, haben Calla und Green Circle die verantwortlichen staatlichen Institutionen gedrängt, ein Gesetz zu erlassen, das den Status der Kommunen in Ordnung bringt, klar anzukündigen, in welchen geologischen Umgebungen die GDF errichtet werden soll, mitzuteilen, wieviel Atommüll dort gelagert werden soll und im Vorfeld zur Auswahl geeigneter Standorte im GDF-Standortprozess Kriterien vorzubereiten.

Olga Kališová

Fußnoten:

1. Joint declaration and joint decision of the municipalities from the site of "Brezový potok" in Pačejov on April 23, 2016 http://www.nechcemeuloziste.cz/cs/aktuality/starostove-z-brezoveho-potoka-odvolali-sve-zastupce-z-pracovni-skupiny.html

2. Open letter to the Minister of Trade and Industry concerning the abuse of the Working Group for Dialogue on a Geological Disposal Facility by RAWRA, dated May 31, 2016: http://www.nechcemeuloziste.cz/cs/lokality/hradek/zastupci-lokality-hradek-opustili-vladni-pracovni-skupinu-pro-dialog-o-ulozisti.html

chung wurde Fjodor Marjasow zum FSB Schelesnogorsk gebracht und verbrachte dort drei Stunden, bevor er entlassen wurde. Laut Fjodor Marjasow hat das Interesse des FSB mit seiner Kritik an Rosatom zu tun, die er schon seit vielen Jahren als Mitglied von KROEO "Nature Siberia" äußert. Seine Hauptkritik galt dem geplanten Bau eines nationalen Atommülllagers in Schelesnogorsk. Mehr Informationen über das Thema gibt es im Dokumentarfilm "Digging Our Own Grave" (Wir graben unser eigenes Grab).

Außerdem strengte Fjodor Marjasow einen Aufruf an Präsident Putin an, den Bau eines unterirdischen Atommülllagers in der Nähe von Krasnojarsk, wo eine Million Menschen leben, zu verbieten. Etwa 80.000 Personen haben den Aufruf unterschrieben. Fjodor Marjasow wird sich vor Gericht verteidigen müssen. Die Anwaltskosten für einen solchen Fall in Krasnojarsk werden auf mindestens 300.000 Rubel geschätzt.

Vortragsangebot Atomgefahren im Ostseeraum

*Aktivist*innen aus dem Projekt ATOMIC BALTIC freuen sich über Einladungen in eure Region, um über die radioaktiven Gefahren im Ostseeraum zu informieren - mehr als 60 Atomanlagen, die Menschen und Umwelt in diesem besonderen Ökosystem und den daran angrenzenden Regionen bedrohen. Die Präsentation erfordert einen Beamer und Leinwand.*

Terminabsprachen sollten frühzeitig vorgenommen werden. Der Vortrag ist sowohl in deutscher als auch englischer Sprache möglich.

Kontakt:
atomicbaltic@nuclear-heritage.net



Russland: Proben aus von Tschernobyl betroffenen Gegenden vor Gericht

NukeNews Am 28. Juni legte Greenpeace dem Obersten Gericht Russlands die Ergebnisse von Messungen der Cäsium-137-Kontamination von Bodenproben vor. 53 Bewohner*innen verschiedener von Tschernobyl betroffener Städte und Dörfer in Brjansk hatten Rechtsmittel gegen eine frühere Gerichtsentscheidung eingelegt. Diese bestätigte eine Regierungsverordnung, derzufolge der Status bestimmter Dörfer und Städte in kontaminierten Zonen herabgestuft oder aufgehoben werden soll.

Die Regierung behauptet, wegen des Zerfalls von Cs-137 sei die Kontamination durch Tschernobyl erheblich geringer geworden. In den meisten Städten und Dörfern hat das Institut "Taifun" aber keine neuen Bodenproben genommen, sondern nur die Ergebnisse von Proben aus den 1980ern und 90ern neu berechnet. Die Verordnung führte auch zur Aufhebung sozialer Privilegien.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Russia:_Samples_from_Chernobyl_affected_regions_in_court

Bericht: Trinationales Fasten in Büchel



Foto: Onno Oncken

Paris, London, einige Leute in Afrika, die üblichen Verdächtigen in Japan und wir haben wieder der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki vor 71 Jahren gedacht. Die Verständigung holpert manchmal noch ein wenig und fasten ist nicht jedermanns Sache, deshalb „trinational“. Mir fiel es diesmal auch nicht leicht, aber in der Gruppe geht es. Zumal wusste ich, dass einige Leute schon am 30, Juli damit angefangen hatten aus Protest nichts mehr zu essen. atomwaffenfrei.de und der Versöhnungsbund waren die Hauptträger, aber auch von ICan waren Leute da. Es gab eine Jugendgruppe, die eine Theaterszene mit Musik darboten, einen Trompeter, der jede Stunde vor dem Fliegerhorst „we shall overcome“ anstimmte und interessante Gespräche.

Morgens um 6:15 Uhr stand das Zeltlager langsam auf, die Ersten versuchten, den einfahrenden Soldaten Briefe in die Hand zu drücken, dann erschienen langsam die Leute, die an den Andachten teilnahmen, zuletzt zeigten alle Fastenden Präsenz.

Ich weiß nicht mehr, wieviele Namen der Opfer wir schon verlesen haben, um in stillem Gedenken eine Kerze für sie zu entzünden, aber dieses Mal bewegte mich vor allem der Ausspruch "... und eine weitere entzünden wir für ein Opfer, dessen Namen wir nicht kennen". - Ein Mensch, verschluckt von der Kettenreaktion des Todes, getilgt aus dem Leben einer Stadt, einer Stadt, in der mit Sicherheit jemand diesen Namen wusste. Wer weiß, vielleicht flackert bei dem einen oder anderen Japaner manchmal eine Erinnerung auf, die dann schnell wieder verdrängt wird, weil sie mit zuviel Schrecken verbunden







ist... - verdrängt im Angesicht der Bedrohung durch neue Waffen wie denen in Nordkorea oder auch den geplanten hier in Büchel.

Unsere Politiker haben beschlossen abzurüsten, die Amerikaner aufzufordern, jegliche Atomwaffen abzuziehen, das wissen die Berliner auch dank unserer Kampagnen und fitten Jungs wie Thilo Jung, das wissen die Politiker, die sich in Österreich klar für die Ächtung von Atomwaffen aussprachen und der Schluss liegt nahe, dass es eigentlich jeder weiß.

In dem Gebiet bei Nevada, wo bisher die meisten Atombomben gezündet wurden, protestieren die letzten Ureinwohner immer wieder am Christopher Columbus Day, jemand erzählte uns bei einer Umrundung des Fliegerhorstes davon. Jugendliche aus Russland, Serbien, Deutschland, Israel und Italien hörten davon...

Der Zaun mit dem Schild "Schießbefehl" wurde durch die Bundeswehr immer weiter in den zivilen Bereich der Polizei vorgerückt, und dadurch ein "Go-in" verhindert. Unseren Protest hat das nicht gestört, aber das militärische Sperrgebiet auszuweiten ist ein komplett falsches Signal der Bundeswehr und wieder einmal leider ein Zeichen für das Versagen der Regierung. Ich hoffe aus der Presse werden viele Politiker und zum Beispiel die Mayors for Peace erfahren, was in Büchel wirklich passiert, wenn man die Vertuschung durchschaut. Besuchen Sie doch mal die Friedenswiese und fragen Sie die Soldaten, die Anwohner oder uns wie es weitergehen soll. Vielleicht wollen die das aber auch von Ihnen wissen; klar ist, leben wollen wir alle, auch in Zukunft (frei von Atomwaffen).

Onno Oncken

Anti-Atom-Infodienst

Kontakt: news@NukeNews.nuclear-heritage.net
Deadlines: 9. Oktober 2016, 1. Januar 2017
Internet: http://NukeNews.Nuclear-Heritage.NET

*Aus dem Nuclear Heritage Network gibt es seit vier Jahren ein mehrsprachiges Infotool für Anti-Atom-Aktivist*innen und sonstige Interessierte. Unter dem Namen "NukeNews" erscheint alle drei Monate ein Newsletter, der in derzeit acht Sprachen (deutsch, englisch, französisch, kroatisch, polnisch, russisch, slowenisch und tschechisch) per E-Mail verschickt und im Internet veröffentlicht wird.*

*Die NukeNews spiegeln die Aktivitäten, Themen und Kämpfe der Aktivist*innen aus dem Netzwerk wider. Die Texte werden von Menschen vor Ort geschrieben und übersetzt.*

Ihr könnt die NukeNews online in der euch liebsten Sprachversion abonnieren. Eure Unterstützung in Form von kurzen Beiträgen oder bei der Übersetzung ist sehr willkommen. Artikel sollen kurz & knapp und in englischer Sprache verfasst sein. Sie müssen eine aussagekräftige Überschrift enthalten und können per Link auf Hintergrundinformationen verweisen.

Eure Beiträge zu den nächsten Ausgaben der NukeNews könnt ihr per E-Mail noch bis zum 09.10.2016 bzw. 01.01.2017 schicken.







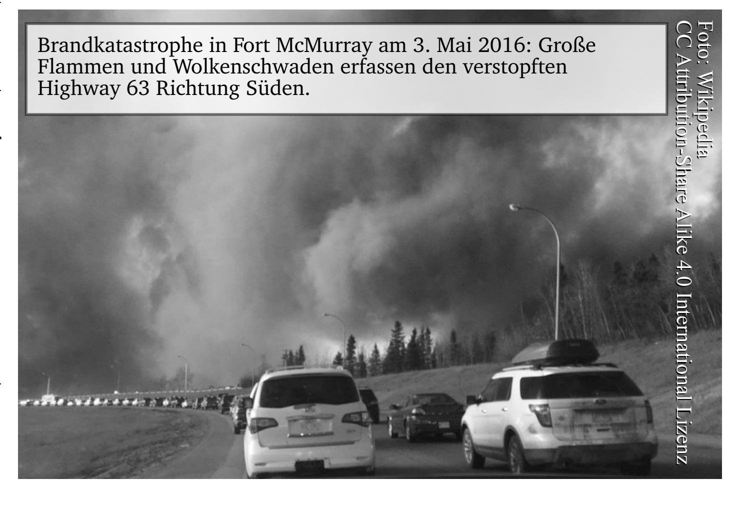


"Tar Sands":

Nachhaltige Zerstörung von Urwäldern indigener Menschen und größter

fb Die bisherigen Teile dieses Artikels gaben einen Überblick über die Tar Sands-Vorkommen und die Ölindustrie in Alberta. Weiterer Fokus waren die ökologischen Auswirkungen der Tar Sands-Industrie, die Technologie der Rohölerzeugung aus den Tar Sands von der Konditionierung bis zum Upgrading sowie die Abbauverfahren. In den letzten Teilen ging es um sogenannte "Renaturierungs"-Beispiele der Tar Sands-Industrie. Aus aktuellem Anlass haben wir in der Sommerausgabe den gewaltigen Flächenbrand eingeschoben, der mehr als eine halbe Million Hektar verwüstet hat. Mit den Auswirkungen dieses Waldbrandes auf Tar Sands-Unternehmen soll es hier gleich weitergehen.

Am 4. Juli erklärte die Provinzregierung Albertas die Katastrophe für beendet, der Waldbrand sei nun unter Kontrolle. Am Tag davor war den Brandgefahr-Karten des Canadian Wildland Fire Information System zufolge noch ein mittleres bis hohes Risiko in weiten Gebieten der Region festgestellt worden; einen Tag später wechselt die Gefahrenanalyse auf "niedrig" - so wurde der Flächenbrand offiziell als beendet kategorisiert. Seit Mitte Juni war die Lage bereits von "außer Kontrolle" auf "being held" umbezeichnet worden, um zuletzt Anfang Juli als "unter Kontrolle" eingestuft zu werden. 589.955 Hektar, davon 589.552 Hektar in Alberta, hat die Feuersbrunst verschlungen, seit dem letzten Beitrag im grünen blatt also noch einmal über 150.000 Hektar mehr. Ab Mitte Juni hatten Regen und kühlere Temperaturen dazu beigetragen das Feuer einzudämmen. Auf seinem Höhepunkt fraß sich der Brand 30-40 Meter pro Minute durch die Landschaft. Die Suche nach Brandherden und deren vollständige Auslöschung dagegen soll noch bis Sommer 2017 andauern, so Laura Stewart, Sprecherin der Waldbrandbekämpfung in Alberta am 5. Juli. Die Brandursache ist noch immer ungeklärt, es wird allerdings von einem menschlichen Auslöser ausgegangen.


Brandkatastrophe in Fort McMurray am 3. Mai 2016: Große Flammen und Wolkenschwaden erfassen den verstopften Highway 63 Richtung Süden.

Auswirkungen auf Tar Sands-Unternehmen

Der größte Teil der Tar Sands-Betriebe der Region beutet die Natur nördlich von Fort McMurray aus, aber einige operieren auch im Süden, wo das Feuer seine Hauptschneise zog. So musste aufgrund des sich nähernden Waldbrandes beispielsweise der Betrieb "Long Lake project" des Sub-Unternehmens Nexen des chinesischen Ölkonzerns CNOOC eingestellt werden. Dies ist einer der bisher bestätigten von Feuerschäden betroffenen Betriebe der Ölindustrie. Aber auch Unternehmen im Norden mussten ihre Produktion reduzieren - einerseits wegen der auf ein Minimum reduzierten Belegschaft von Betrieben, die soviele Arbeiter*innen wie nur möglich evakuieren wollten, andererseits aufgrund der limitierten Transportmöglichkeiten, die sich durch die Stilllegung der Pipelines in den Süden ergaben. Diese befinden sich in der Regel direkt am Straßenrand des vom Feuer ebenfalls überrannten Highway 63. Zu schaffen machten der Industrie auch einmal mehr die begrenzten Verkehrskapazitäten: Normalerweise führt von Fort McMurray nur eine Straße (Highway 63) in den Süden, von der dann als zweite Option ebenfalls in südliche Richtung der Highway 881 abzweigt. Außerdem gibt es eine "Winterstraße" in den Norden der Provinz, die aber durch Feuchtgebiete führt und daher nur bei starkem Bodenfrost befahrbar ist. Aufgrund der Jahreszeit ist die Winterstraße derzeit überhaupt nicht nutzbar, während die beiden Highways vom Feuer zeitweise komplett unzugänglich gemacht wurden und insgesamt zumindest extrem limitiert in ihren Transportkapazitäten waren. Die Abbaugebiete und Industrieanlagen sind daher quasi vom Rest Albertas abgeschnitten. Die Kapazitäten alternativer Luft- und Wasserwege sind zu stark beschränkt, um die Operation solch gigantischer Betriebe zu gewährleisten.





- Fortsetzung (Teil 11) -

und Feuchtgebieten, Enteignung Einzelverursacher des Treibhauseffekts

Einfluss des Klimawandels

Einige Millionen Tonnen CO_2 wird das Horse River Fire schätzungsweise in die Atmosphäre freigesetzt haben. Verglichen mit den 2014 im Einflussgebiet Albertas abgegebenen 274 Millionen Tonnen, die überwiegend aufs Konto des Energiesektors gehen - wo die Ölindustrie extrem dominiert - ist der globale Klimaeinfluss des Waldbrandes kaum erheblich, bestätigt auch Waldbrandexperte Prof. Dr. Mike Flannigan. Wenn allerdings noch viel Torfboden mitverbrennt, könnten die CO_2-Emissionen doch noch Signifikanz gewinnen.

Nordwestkanada hat sich im Vergleich zum Rest des Landes in den letzten Jahren stärker erwärmt, berichtet Matt Smith in seiner Reportage zum Klimaeinfluss auf die Brandkatastrophe in Alberta. Dadurch sind Pflanzen und abgestorbenes Gehölz trockener geworden, während umliegende Feuchtgebiete ebenfalls austrocknen und zu Zunder für entstehende Waldbrände werden. Gleichzeitig sorge das wärmere Wetter für mehr Blitze, die derartige Feuer entzünden können.

Waldbrand-Experte Flannigan weist darauf hin, dass einer aktuellen Studie zufolge eine Temperaturerhöhung von nur 1 °C zu 12 % mehr Blitzeinschlägen führt. Obwohl nur etwa 3 % der beobachteten Waldbrände zu Zerstörungen über 200 Hektar führten, seien diese wenigen Feuer doch für 97 % der vernichteten Flächen verantwortlich. Und es wird schlimmer: "Im Augenblick erleben wir zwei oder drei wirklich schlimme Waldbrandjahre pro Jahrzehnt, aber bis zur Mitte dieses Jahrhunderts erwarte ich fünf schlimme Jahre pro Jahrzehnt", erklärt Flannigan den Vice News.

Ökologische Auswirkungen

Eigentlich ist die von der Brandkatastrophe heimgesuchte Region sehr feucht - es handelt sich schließlich um Boreale Wälder und große Feuchtgebiete; die Gegend wird von einem Netz vieler kleinerer und größerer Gewässer durchzogen. Insofern ist es verwunderlich, dass sich ein solch gewaltiger Flächenbrand ereignen kann. Andererseits war die Natur bereits in den letzten Jahren auffällig trockener als gewöhnlich, was vor allem auf Klimaveränderungen im Zuge des Klimawandels zurückgeführt wird. Allerdings dürften auch die vielzähligen und oftmals großflächigen Eingriffe der Ölindustrie und die mit ihr einherkommenden Erschließungen mit all den Zufahrtswegen, Zulieferererbetrieben, Zuzug von Arbeiter*innen mit Familien und der dafür notwendige Ausbau der Infrastruktur Einfluss gehabt haben. Für typische Tar Sands-Abbaue werden zuallererst umfassende Entwässerungen der Moore vorgenommen - die sich auf die Grundwassersituation weitflächig auswirken. Das lokale Klima ist aufgrund der Industrieaktivitäten, aber auch durch die gewöhnlichen Siedlungseffekte, wärmer geworden.

Da im Zuge der langandauernden und weitreichenden Brände nicht nur die Gehölze an der Oberfläche abgebrannt sind, sondern auch das Wurzelwerk bis in mehrere Meter Tiefe abgetötet wurde, wird das Ökosystem erheblich länger benötigen, um sich von dem Waldbrand zu erholen, als das sonst der Fall ist. Auch die Artenvielfalt wird sich verändern, spekuliert Forstökologin Macdonald gegenüber The Guardian.

Die Toxine, die durch die Katastrophe freigesetzt wurden, haben sich mit der Asche abgesetzt, welche mit den ersten heftigen Regenfällen als giftiger Schlamm in die Flusssysteme und letztlich in den Athabasca River gespült werden, erklärt Wasserexperte Schindler. Schon jetzt ist der Athabasca River durch die Unmengen von Schadstoffen belastet, die von der Tar Sands-Industrie kontinuierlich in die Umwelt abgegeben werden, was durch die vom Feuer mobilisierten Schadstoffe noch verschlimmert wird, erklärte Ökologe Kevin Timoney im Guardian. Die Auswirkungen

Vortragsangebot Tar Sands

*Die Autor*in bietet Vorträge zum Thema an - basierend auf mehr als hundert Bildern, die im Zuge offener und verdeckter Recherchen in Alberta gewonnen wurden. Dutzende Interviews mit Indigenen, Wirtschaftsvertreter*innen und Menschen aus Umwelt-NGOs sind in diese Präsentation eingeflossen.*

Terminabsprachen sollten frühzeitig vorgenommen werden. Der Vortrag ist sowohl in deutscher als auch englischer Sprache möglich. Technische Voraussetzung ist insbesondere ein Beamer.

Kontakt: falk@greenkids.de



auf Fische und andere Wasserorganismen seien nicht abzuschätzen.

Nicht zu vergessen sei der toxische Müll, der nach der Brandkatastrophe bleibt, erinnert Timoney. Berge kontaminierten Schutts, verbrannte Autos und Häuser, zerstörte Infrastruktur, nach wochenlangem Stromausfall mit vergammelten Lebensmitteln gefüllte Kühlgeräte etc. seien zu entsorgen. Einiges könne vielleicht noch irgendwie verwertet werden, aber die Berge des verbleibenden Mülls werden eine Herausforderung für die Gemeinde Fort McMurray werden.

Kosten

Nach Angaben des Insurance Bureau of Canada war das "Horse River Fire" mit 3,58 Mrd. Kanadischer Dollar die teuerste versicherte Katastrophe in der Geschichte Kanadas. Der zweitgrößte Katastrophenschaden für Kanadas Versicherungen stellten 2013 die Überschwemmungen im südlichen Alberta dar, wo Kosten in Höhe von 1,7 Milliarden Kanadischer Dollar entstanden waren. Damit werden die anfangs befürchteten 9 Milliarden zwar nicht erreicht, aber noch sind die Schäden lange nicht behoben und die Kosten können noch steigen. Bislang wurden den Versicherungen etwa 27.000 private Schadensfälle angezeigt, dazu 5.000 Unternehmensschadensfälle sowie 12.000 fahrzeugbezogene Versicherungsfälle.

Lohnkostenübernahme kleinerer Betriebe wurde vom Bezirk Wood Buffalo in Höhe von 15 Millionen Kanadischer Dollar zugesagt, zusätzlich hat die Provinzregierung Albertas zusammen mit dem Kanadischen Roten Kreuz bis zu 20.000 Kanadische Dollar pro Kleinunternehmen für die Erstattung von Brandschäden versprochen.

Bewohner*innen der evakuierten Gebiete erhalten als Entschädigung einmalig pro Erwachsene*r 1.250 bzw. pro Kind 500 Kanadische Dollar von der Provinzregierung. Desweiteren wurden Steuern für den Zeitraum des Notstands reduziert oder ausgesetzt. Zusätzlich zahlt das Kanadische Rote Kreuz als zentraler Spendensammler für die Katastrophenhilfe beim Horse River Fire pro evakuierte*r Erwachsenen 600 und pro Kind 300 Kanadische Dollar aus.

Wiederinbetriebnahme

Während die Tar Sands-Industrie bereits im Mai angefangen hat, die gedrosselte Produktion wieder zu erhöhen und nach eigenen Angaben Ende Juni auf Vollast laufen wollte, begann die Rückkehr der evakuierten Einwohner*innen regionsbezogen stufenweise ab Anfang Juni, wobei generell das Tragen von Atemmasken und Vollkörper-Schutzanzügen empfohlen wurde. Inzwischen ist zumindest die Luftqualität laut Alberta Air Quality Index von Anfang September auf niedrigem Gesundheitsrisiko-Niveau. Drei Wohngebiete mussten allerdings aufgrund von erhöhtem Auftreten von Toxinen, Furanen, Metallen und Polycyclischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) als unbewohnbar eingestuft werden, der Zugang wurde beschränkt. Bisher durften dort nur vereinzelte Anwohner*innen zurückkehren, aber bis Ende September sollen diese Gebiete dekontaminiert und wiederbesiedelbar sein. Die allgemeine Rückkehrwilligkeit war aber deutlich niedriger als angenommen, denn immer mehr der sieben zum Beginn der eröffneten Wiederbesiedlung eingerichteten Informationszentren wurden binnen weniger Tage mangels Bedarf geschlossen, bis am 13. Juni nach weniger als zwei Wochen das letzte davon den Betrieb einstellte - trotzdem waren immerhin 45.000 Anfragen bearbeitet worden, nur lagen die Erwartungen in den ersten Tagen nach der Wiedereröffnung wohl deutlich näher an einer vollständigen Rückkehr aller Einwohner*innen. Die Dienstleistungen der Informationszentren wurden daraufhin in reguläre Behörden verlegt.

Zerstörte Häuser, auch in den zur Wiederbesiedlung zugelassenen Gebieten, durften von ihren Bewohner*innen nur in Begleitung von Personal des von zwei US-Militärs gegründeten "Team Rubicon" besichtigt werden. Die Rettungsmaßnahmen und nun auch die Rückkehraktivitäten wurden von einer national aufgeladenen Politik des "alle müssen jetzt zusammen stehen" begleitet. Dies wurde nicht nur in den Ansprachen hochrangiger Politiker*innen deutlich, sondern auch in den extra zu diesem Anlass zur Begrüßung an der Zufahrtsstraße aufgestellten Riesenfahnen der Provinz Alberta und Kanadas.

Um die Verbreitung gesundheitsschädlicher Substanzen zu verhindern, wurden insbesondere bei vom Feuer zerstörten Grundstücken massenhaft sogenannte "tackifier" (dt.: "Klebrigmacher") eingesetzt, die vorhandene Schadstoffe und Asche binden und verhindern sollten, dass diese sich mit der Luft verbreiten. Auf die verunsicherte Nachfrage von Anwohner*innen, ob diese "tackifier" womöglich toxisch seien, beschrieb die Regionalverwaltung die Stoffe als umweltverträglich.

Regionale indigene Unternehmen wurden während des Feuers zu 25 % des Auftragsvolumens des Bezirks Wood Buffalo für Brandbekämpfungsmaßnahmen eingesetzt.

Inzwischen wurde offenbar wieder zur Tagesordnung übergegangen, obwohl die Beseitigung der festgestellten chemischen Kontaminationen und anderer Feuerfolgen sicherlich noch Jahre in Anspruch nehmen wird. Es scheint, dass Normalität suggeriert werden soll. Zumindest sind die kurzfristig eingeblendeten Warnmeldungen von touristischen Internetseiten wie der des Oil Sands Recovery Centers, das am 1. Juli wiedereröffnet wurde, verschwunden und mensch kann nun nicht einmal mehr erahnen, dass es die Katastrophe überhaupt gab. Dabei trat gerade das Propaganda-Museum der Tar



Sands-Industrie als eines der Informationszentren während des Feuernotstands auf. Vielleicht hat die Lokalpolitik auch Angst, Tourist*innen abzuschrecken oder die angeschlagene Ölindustrie zu schwächen, indem der verheerende Brand weiterhin groß thematisiert wird. Ein Indiz dafür ist die plötzliche Umbenennung



Horse River Fire am 1. Mai 2016

des Feuers auf der Statusupdate-Seite der Provinzregierung Albertas zu den 2016er Waldbränden am 10. Juni von "Fort McMurray wildfire", wie es hier in allen vorherigen 38 Updates und fast überall sonst auch genannt wurde, in "Rural Municipality of Wood Buffalo wildfire". Mit diesem "Update 39" wird die Berichterstattung an dieser Stelle beendet und nun nicht mehr von "wildfire", sondern von "recovery updates" gesprochen. Es geht nun in der Zählung wieder bei "1" los und heißt jetzt "Wood Buffalo wildfire recovery update". Am 27. Juli wurde diese Update-Folge mit der 6. Ausgabe kommentarlos beendet.

Offenbar gibt es in der Nähe der Stadt immer wieder Sichtungen kleiner frischer Brandherde in schon verbrannten Gebieten durch Rückkehrer*innen, so dass in einem FAQ darauf eingegangen wird. Die in der als "außer Kontrolle" bezeichneten Phase des Flächenbrands verhängten Verbote für jegliche offenen Feuer im Freien oder auch den Einsatz von Geländewagen ("Off-Highway Vehicles") waren zum Zeitpunkt der ersten Rückkehrphasen zwar noch in Kraft, wurden inzwischen aber gelockert.

Extra für Unternehmen, die nach Fort McMurray zurückkehren oder sich neu ansiedeln wollen, wurde nach dem Waldbrand vom Bezirk Wood Buffalo ein "Business and Economic Recovery Plan" installiert. Teile davon sind als Sofortmaßnahmen einerseits ein von der Regierung Albertas finanziertes "Back to Business Resource Centre" - hier geht es ausschließlich um die Unterstützung erneuter Betriebsaufnahme in der Region. Außerdem wurde Ende Mai/Anfang Juni eine spezielle, vom Kanadischen Roten Kreuz unterstützte, "Business Recovery Hotline" eingerichtet, wo Unternehmen mindestens zwei Wochen lang rund um die Uhr Ansprechpartner*innen bereitgestellt wurden.

direct action update

Mit dieser Ausgabe soll eine neue Rubrik in diesen fortlaufenden Tar Sands-Artikel eingeführt werden: die "direct action updates". Um nicht nur Theorie über Hintergründe und katastrophale Auswirkungen der Tar Sands-Industrie zu liefern, sondern auch zu verdeutlichen, dass es ständig Widerstand dagegen gibt, sollen hier weltweit gesammelte Aktionen im Telegrammstil aufgelistet werden. Wenn dies auf positive Resonanz stößt, soll es diesen Überblick dann mit jedem neuen Teil des Artikels geben.

3. Dezember 2015, Kanada:
Aktivist*innen klemmen manuell Enbridges Pipeline "Line 9" ab, mit deren Hilfe die Tar Sands-Industrie wachsen soll

7. Dezember 2015, Kanada:
erneut unterbrechen Aktivist*innen "Line 9" durch Schließen eines Ventils und verhindern durch Anketten die Wiederinbetriebnahme über etwa einen halben Tag

19. Dezember 2015, Sarnia/Ontario, Kanada:
drei Aktivist*innen ketten sich an ein Ventil von "Line 9" an und legen die Pipeline damit für anderthalb Stunden still

21. Dezember 2015, Sarnia/Ontario, Kanada:
"Line 9" wird erneut besetzt und zeitweise stillgelegt durch Aktivist*innen

3. Januar 2016, Cambridge/Ontario, Kanada:
Aktivist*innen unterbrechen den Betrieb von Enbridges "Line 7"-Pipeline, die ebenfalls für die Tar Sands-Industrie ausgebaut wurde, durch Manipulation eines Ventils und technische Behinderung der Wiederinbetriebnahme

25. Januar 2016, Kanada:
Aktivist*innen legen sowohl "Line 7" als auch "Line 9" still

17.-19. Juni 2016, East Tavaputs Plateau, Utah, USA:
"Renaturierungsaktion" eines Tar Sands-Tagebaus zur Behinderung und Beendigung des Betriebs

Fortsetzung folgt! Weiter geht es mit diesem Hintergrundbericht in der nächsten Ausgabe. Oder, wer nicht so lange warten will, kann auf der Internetseite des grünen blatts bereits weiterlesen. Fußnoten und Quellenangaben gibt es ebenfalls online.

*Dieser Artikel basiert auf Vorort-Recherchen in Alberta, Interviews mit Vertreter*innen von kanadischen Umwelt-NGOs, First Nations, aus Ölindustrie und Politik sowie auf Internet-Recherchen.*



Ein paar Gedanken zur Utopie

Michael Zukunftsprognosen oder vielmehr -phantasien sind so eine Sache. Sind sie von der optimistischen Art, extrapolieren sie meist nur die Ignoranz der Gegenwart. Sind sie pessimistisch, resignativ oder gar apokalyptisch, ist mit ihnen jedes Streben, jeder Kampf um Alternativen aufgegeben. Versuchen wir die Zukunft zu denken, die nicht bloß eine schlechte Verlängerung der Gegenwart ist! Doch die Ohnmacht den Verhältnissen gegenüber lässt jede Hoffnung, es könne vielleicht auch anders sein, als Naivität, als Vergeblichkeit erscheinen.

Nimmt man jedoch den Mut auf sich, Utopien zu denken, ist oftmals der Vorwurf des Totalitarismus nicht weit: Hatten nicht wenige Utopien, die ganz genau vorgaben zu wissen, was die ideale Gesellschaft sein müsse, Schreckensherrschaft antizipiert[1]. Schaut man sich insbesondere das 20. Jahrhundert an, sollte man daher schon skeptisch gegenüber (vermeintlich) utopischen Weltentwürfen sein[2].

Auf der anderen Seite ist das utopische Denken insofern wichtig und notwendig, da es zumindest eine gedankliche Distanz zur Gegenwart schafft, Tendenzen und Widersprüche aufgreift und neue Möglichkeiten sehen lässt. Träume können, ein scheinbar naiver Utopismus, jedoch zusammen mit kritischer Reflexion und Analyse ein schlagkräftiges Instrument des Denkens und Handelns werden. Ohne Träume wird man kaum wissen, wonach man strebt, wofür man eigentlich kämpft, wofür es sich zu leben lohnt. Ohne Analyse jedoch verliert man sich in den Träumen. Beide zusammen machen erst das kritische Denken.

Oscar Wilde schrieb 1891 in seinem Essay „Der Sozialismus und die Seele des Menschen“:

„Bis jetzt war der Mensch bis zu gewissem Grade der Sklave der Maschine, und es liegt etwas Tragisches in der Tatsache, dass der Mensch, sowie er eine Maschine erfunden hatte, die ihm seine Arbeit abnahm, Not zu leiden begann. Das kommt indessen natürlich von unserer Eigentums- und Konkurrenzwirtschaft. Ein einzelner ist der Eigentümer einer Maschine, die die Arbeit von fünfhundert Menschen tut. Fünfhundert Menschen sind infolgedessen beschäftigungslos; und da man ihre Arbeit nicht braucht, sind sie dem Hunger preisgegeben und legen sich auf den Diebstahl. … Wäre diese Maschine das Eigentum aller, so hätte jedermann Nutzen davon. Sie wäre der Gemeinschaft von größtem Nutzen. Jeder rein mechanische, jede eintönige und dumpfe Arbeit, jede Arbeit, die mit widerlichen Dingen zu tun hat und den Menschen in abstoßende Situationen zwingt, muß von der Maschine getan werden.…Jetzt verdrängt die Maschine den Menschen. Unter richtigen Zuständen wird sie ihm dienen…..so wird die Maschine, während die Menschheit sich der Freude oder edler Muße hingibt – Muße, nicht Arbeit, ist das Ziel des Menschen – oder schöne Dinge schafft oder schöne Dinge liest oder einfach die Welt mit bewundernden und genießenden Blicken umfängt, alle notwendige und unangenehme Arbeit verrichten.“



Wenn man sich also zum Beispiel über die Zukunft der Arbeit Gedanken macht, so muss man natürlich der besonderen historischen Form gewahr werden, in der die Arbeit in unserer Gesellschaft stattfindet. „Arbeit“ besteht nicht unabhängig von den gesellschaftlichen Verhältnissen, sie ist keine anthropologische Konstante. Im Mittelalter war sie eine grundsätzlich andere und „Lohnarbeit“, wie sie im Kapitalismus entstand, existierte nicht. Die moderne Arbeit ist ein Produkt der Geschichte und hat die Form der Lohnarbeit. Sie ist abgekoppelt vom Rest des Lebens und es gelten für sie spezielle „ökonomische Gesetzmäßigkeiten“ wie sie z.B. für die Kinderpflege nicht gelten (können): denn bekanntlich verliert man Zeit bei der Kindererziehung, statt dass man sie einspart (Frigga Haug). Die moderne Arbeit hat die Tendenz, das ganze Leben einem rigiden Leistungsschema zu unterwerfen. „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ war und ist das mörderische Credo der modernen Arbeitsgesellschaft[3].

Die Frage ist, ob es nicht naiv ist oder gar sinnlos, die moderne Form der Arbeit beliebig in die Zukunft zu extrapolieren? Kann es so was wie eine Gesellschaft der Lohnarbeit überhaupt noch geben, wenn die Produktion komplett automatisiert ist (oder schon lange davor?) und daher die Voraussetzung eines Menschen, am produzierten Reichtum teilhaben zu können, von der tatsächlichen individuellen Leistung komplett entkoppelt ist? Ist die „Krise der Arbeitsgesellschaft“, von der heutzutage an manchen Stellen die Rede ist[4], nicht bereits ein Anzeichen dafür, dass die Arbeitsgesellschaft, sprich der Kapitalismus, an ihre historische Grenze stößt? Was in dieser Situation ist mit

jenen, denen es nicht mehr oder immer weniger gelingt, ihre Arbeitskraft zu verkaufen?

Die Tendenz besteht darin, dass durch die Entwicklung der „Produktivkräfte“ Arbeit immer mehr überflüssig gemacht wird und daher immer mehr „Überflüssige“ produziert werden. Der Widerspruch ist, dass es keineswegs an materiellem Reichtum, Technik und Kreativität mangelt, sondern an „Arbeitsplätzen“. Eigentlich sollten die Produktivkraftentwicklung und die Automatisierung zu mehr Muße für alle führen, wie Oscar Wilde schon bemerkte, aber es führt zu Massenarbeitslosigkeit für die einen und Arbeitsterror für die anderen.

Durch die Produktionsverhältnisse ist die Lohnarbeit ohnehin obsolet geworden und die Arbeit der Zukunft wäre eine, die keine Lohnarbeit ist, die keinem Leistungsethos mehr zu Grunde liegt; fraglich bleibt, ob man die Mannigfaltigkeit an menschlichen Tätigkeiten dann noch „Arbeit“ nennen kann. Bezeichnen würde diese ganz andere Dinge – wenn der Gegensatz zwischen Muße und Arbeit fällt, wenn es keinen Arbeitsmarkt mehr gibt – was ist dann noch Arbeit?

Wahrscheinlich werden die Menschen eines Tages auf unsere Welt genau so angeekelt zurückblicken, wie die Menschen heutzutage – die sich ja für so aufgeklärt halten – auf die Barbarei der Kreuzzüge oder Menschenopfer zurückblicken.

Wie könnte man die Welt einrichten, damit diese Absurdität endlich Geschichte wird? Was würde sich ändern, wenn der kapitalistische Verwertungszwang Geschichte werden würde?

Man würde sich darum kümmern und debattieren, was und wozu produziert werden sollte und man würde sich Gedanken machen, wie man das umsetzen kann unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Mitglieder und beurteilt nach Kriterien wie Nachhaltigkeit, Gesundheit, Freude und Freundschaft. Das Geschrei nach „Arbeitsplätzen“ (wobei der Inhalt und der Sinn und Unsinn der Arbeit scheissegal sind), das Geraune über „Wirtschaftswachstum“ (wobei nicht wirklich debattiert wird, was eigentlich wozu „wächst“) würde endlich aufhören. Das würde auch implizieren, dass Produktionen, die destruktiv und sinnlos sind, stillgelegt werden. Die Tatsache, dass Produktionen in destruktiven Formen ablaufen, liegt in der Regel nicht an der Sache selbst, sondern an der Tatsache, dass die Produktion blind erfolgt, gemessen am einzigen Kriterium: dem Profit. Es liegt daran, dass jeder Produzent sich in der Konkurrenz durchsetzen, und dazu seine Kosten möglichst minimal halten muss und dadurch einen möglichst großen Absatz und Profit erzielt.

In Endeffekt ist es genau andersherum: Nicht das Nachsinnen über eine Alternative zum Kapitalismus ist naiv oder utopisch, sondern das Beharren darauf, die Welt müsse trotz allem kapitalistisch verfasst sein, denn ein Großteil der Menschheit ist vom Kapitalismus bereits für überflüssig erklärt worden und vom kapitalistischen Standpunkt ist er es auch real[5]. So gesehen ist der Kapitalismus eine bereits verwirklichte Schreckensutopie. Wie auch beim Stalinismus produziert der Kapitalismus fortlaufend Leichenberge; dass die Menschen aber meistens von der „unsichtbaren Hand“ des Marktes totgeschlagen werden, statt von der „sichtbaren Hand“ des Staates (wobei sich beide auch bekanntlich gern ergänzen), macht die Sache keineswegs besser.

Es wird an keinem Zwang gespart, die Menschheit unter die Knute des Kapitalismus zu zwingen, eher opfert man die Menschen, als dass man den Kapitalismus in Frage stellt. Es ist tatsächlich eine naive Träumerei, zu glauben, die Menschheit könnte unter kapitalistischen Bedingungen so etwas wie eine Zukunft haben, bei all den permanenten Katastrophen. Ebenso, dass die zahlreichen längst bekannten Weltprobleme irgendwie unter kapitalistischen Bedingungen gelöst werden könnten. Zwar erdenkt man sich durchaus was zu tun wäre, tut es dann aber doch nicht (so richtig), weil es „nicht finanzierbar“ ist oder weil das geheiligte Wirtschaftswachstum sonst darunter leiden würde.

Wer ist hier also naiv – derjenige der sich analysierend und träumend Gedanken macht, was falsch an der Welt ist, wie sie sein könnte; oder derjenige der bloß „Realist“ ist und über einen konformen Alltagshorizont – mag er noch so „wissenschaftlich“ fundiert sein – nicht hinauszukommen vermag?

1. Meistens geschah das in literarischer Form wie beispielsweise im Buch „code de la nature“ von Morelly 1717-1778.

2. Vgl. Karl Schlögel: Terror und Traum – Moskau 1937, (2011). Zur linken Kritik am Bolschewismus: Hendrik Wallat: Staat und Revolution – Aspekte und Kritik linker Bolschewismuskritik, (2012).

3. Zur Entstehungsgeschichte der Arbeit gibt es auch schon längst diverse historische Untersuchungen, wie z.B. Gerhard Pfeisinger: Arbeitsdisziplinierung und frühe Industrialisierung 1750-1820, (2006), sowie Götz Eisenberg: „Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen“ – Zur Sub- und inneren Kolonialgeschichte der Arbeitsgesellschaft, online auf www.krisis.org.

4. So wie in dem „Manifest gegen die Arbeit“, online auf www.exit-online.org.

5. Sehr erschreckend wird es beschrieben in dem Buch von Mike Davis: Planet der Slums, (2011).

Nicht nur glühender Antisemit – Martin Luthers Hass auf alles Abweichende

Der Held ist geistiger Brandstifter

_jb_ Manche halten ihn für den größten Deutschen aller Zeiten oder überschütten ihn mit lobenden Titeln, die Ähnliches aussagen. Die Finsternis des Mittelalters sei durch ihn beendet und die Neuzeit eingeläutet, die deutsche Sprache erschaffen oder die Kirche neu begründet worden. Das hätte Aufklärung und Moderne den Weg geebnet. Doch bei näherem Hinsehen entpuppt sich Luther eher als Begründer einer zwar neuen, aber genauso engstirnigen Religion - mit Vernichtungswillen gegenüber allem Abweichenden.

Die folgenden Seiten vereinigen verschiedene kritische Blickwinkel auf Luther und die Lutherverehrung. Dabei muss klar sein: Luther ist tot. Und zwar schon sehr lange. Es geht also nicht darum, ihn als Begründer einer christlich-fundamentalistischen Denktradition zu entlarven. Die Kritik richtig sich gegen diejenigen, die Luther heute noch als Vordenker anerkennen. Die gesamte evangelische Kirche basiert auf dem unmenschlichen Fundament der Reformation vor 500 Jahren. Die von ihr teilweise verdrängte katholische Kirche stand dem an Brutalität in nichts nach - und nur der Machtwechsel hin zu nationalstaatlichen, also eher weltlichen Regierungsformen hat der Kirche zumindest in den modernen Rechtsstaaten die Möglichkeiten weitgehend entzogen, weiter zu morden, zu diffamieren und eigene Glaubensrichtungen als Wahrheit durchzusetzen.

Ursprüngliche Titelbildidee für diese Ausgabe, die allerdings nicht alle begeisterte.

Da aber Luther sowohl von großen Teilen der Kirche als auch als deutschnationaler Held gesehen wird, werden die ersten Kapitel einen ungeschönten Blick auf ihn werfen - angefangen von Ausgrenzungen bis Vernichtungsphantasien über seine engstirnigen, theologischen Ergüsse bis zur befeuernden Wirkung seiner Hetztheorien vor allem gegen Juden.

Im zweiten Teil geht es darum, wie Luther heute weitgehend kritiklos als Vorbild und Begründer geistiger Werte abgefeiert wird. Vor allem die Kirchen machen das ungebrochen - und werden dafür noch staatlich unterstützt. Welche andere Organisation wäre in diesem Land überhaupt erlaubt, die sich auf einen Begründer beruft, der Frauen als niederwertig diffamierte, Andersgläubige und „Gebrechliche" vertreiben oder gleich töten wollte, und die auch tatsächlich in ihrer Geschichte Millionen gemordet hat und die Ermordung weiterer Millionen mit kirchlichem Segen bedachte. Doch die Statthalter solcher Traditionen bekommen keinen Ärger mit Justiz und Öffentlichkeit, sondern können sich weiterhin freundlicher Zuwendungen der Obrigkeit erfreuen - jener Obrigkeit, gegenüber der ein totaler Gehorsam oberste Pflicht ist, wie Luther es sagte. Warum also sollte die Obrigkeit den Reformator da nicht zum Helden erklären?

Aktionen zur Verehrung Martin Luthers können also dessen Denken und ihre Traditionslinien bis heute angreifen, gleichzeitig Religion und Kirche aufs Korn nehmen und die nationalchauvinistische Dimension des Lutherjahres thematisieren. Dafür geben wir im letzten Kapitel einige Tipps. Die Texte enthalten umfangreiche Beiträge und Zitate aus verschiedenen Quellen. Alle wurden einschließlich verbindender Sätze und Absätze von Jörg Bergstedt zusammengestellt. Wir hatten mehrere religionskritische Organisationen angesprochen, ob sie Beiträge zu diesem Heft liefern wollen. Geantwortet hat niemand. Deutsche NGO-Realität.

Quellenkürzel/Seiten: W = Wikipedia M = Hubert Mynarek, „Luther ohne Mythos" V = Veit-Jakobus Dieterich, „Martin Luther"

Luthers Hass gegen Juden, Türken, Gebrechliche und andere Glaubensrichtungen

Umerziehen, Verjagen oder töten!

Es ist eigentlich kein Geheimnis, dass Martin Luther überwiegende Teile der Bevölkerung als niedere Wesen betrachtete (z.B. alle Frauen) und große Teile sogar verbannen oder vernichten wollte. Natürlich war es nicht seine Art, sich selbst die Finger dreckig zu machen. Vielmehr paktierte er mit der Obrigkeit - und zwar vor allem der weltlichen. Insofern trieb Luther den Teufel „Papst“ mit dem Beelzebub „Fürsten“ aus. Auch deshalb ist es nur folgerichtig, wenn der größte Menschenvernichter der Neuzeit, der deutsche Reichsführer Adolf Hitler, sich selbst als Vollstrecker lutherischer Ideen definierte - angesichts der im folgenden dargestellten, mörderischen Gedankenwelt Luthers keine Übertreibung.

Die vielen Vernichtungsphantasien sind dabei kein Geheimnis, sondern in Luthers Schriften verewigt nachlesbar. Neben dem inzwischen auch kritisch diskutierten Judenhass (siehe Extrakapitel) sind das unter anderem:

- Bauern: Nachdem einige Bauern einen Grafen und seine Begleiter ermordet hatten (Weinsberger Bluttat), verfasste Luther seine Schrift „Wider die mörderischen Rotten der Bauern". In ihr verdammte er die Aufstände nunmehr als Werk des Teufels und forderte alle Fürsten - unabhängig von ihrer Konfession - dazu auf, die Bauern mit aller notwendigen Gewalt niederzuschlagen. Daraufhin verstärkten die Fürsten, bei denen Luthers Wort Gewicht hatte, ihr Gegenheer.[W]
- Hexen: Luther glaubte, wie damals üblich, an die Existenz von Hexen. In seiner Erklärung der Zehn Gebote von 1518 forderte er die Exkommunikation von als Hexen verdächtigten Frauen. In einer Predigtreihe über das 2. Buch Mose predigte er zwischen März und Mai 1526 auch über Ex 22,17 LUT: „[...] sie können nämlich Milch, Butter und alles aus einem Haus stehlen; [...] Sie können ein Kind verzaubern... Auch können sie geheimnisvolle Krankheiten im menschlichen Knie erzeugen, dass der Körper verzehrt wird; [...] Schaden fügen sie nämlich an Körpern und Seelen zu, sie verabreichen Tränke und Beschwörungen, um Hass hervorzurufen, Liebe, Unwetter, alle Verwüstungen im Haus, auf dem Acker, über eine Entfernung von einer Meile und mehr machen sie mit ihren Zauberpfeilen Hinkende, dass niemand heilen kann; [...] Die Zauberinnen sollen getötet werden, weil sie Diebe sind, Ehebrecher, Räuber, Mörder... Sie schaden mannigfaltig. Also sollen sie getötet werden, nicht allein weil sie schaden, sondern auch, weil sie Umgang mit dem Satan haben." Damit forderte er wie seine Zeitgenossen die Todesstrafe für vermeintliche Schadenszauberei. Obwohl er selbst

sich nicht als Hexenjäger betätigte, wurden 1540 die ersten als Hexen betrachteten Personen in Wittenberg verbrannt.[W]

- Täufer: Ab 1530 jedoch wollte auch Luther die Todesstrafe für die Täufer nicht mehr ausschließen. ... Für ihn waren die Täufer von einem „mörderischen, aufrührerischen, rachgierigen Geist, dem der Odem nach dem Schwert stinkt“. Die infolge der zunehmenden Verfolgung geheim abgehaltenen Zusammenkünfte der Täufer waren für Luther „ein gewiss Zeichen des Teufels“.[W] Hubertus Mynarek ergänzt in seinem empfehlenswerten Buch „Luther ohne Mythos“, einer gut sortierten, mitunter polemischen, aber recht vollständigen Übersicht über Luthers problematisches Wirken, Reden und Schreiben: Da sich die Täufer strikt an Jesu Weisung „Die Herren der Völker herrschen über sie, bei euch soll es nicht so sein“ hielten und die völlige Gleichheit der Wiedergetauften, zugleich die Ablehnung jeglicher Herrschaft von Menschen über Menschen sowie den gemeinsamen Güterbesitz lehrten, konnte sie Luther bei den staatlichen Stellen leicht als obrigkeitsfeindlich und aufrührerisch diffamieren: „Denn“, so Luther, „sie sind auch nicht schlicht allein Ketzer, sondern als Aufrührer greifen sie die Obrigkeit und ihr Regiment und Ordnung an.“[M28]
- Sog. Behinderte: Zur Zeit Luthers wurden mit Behinderungen geborene Kinder Wechselbälger genannt, weil man sich ihre später ausgeprägte Behinderung damit erklärte, dass der Teufel das gesund geborene Kind heimlich gegen das behinderte Kind ausgewechselt habe. Luther übernahm diese Sicht und beschrieb Behinderte in seinen Reden und Schriften ausnahmslos als Teufelsgeschöpfe. Er beschrieb den Fall eines geistig schwer behinderten Kindes, zu dem zwei Fürsten seinen Rat als Autorität für Dämonologie eingeholt hatten. Er beschrieb das Kind als „Fleischmasse“, das keine Seele besitze. In ihm habe der Teufel den Platz der Seele eingenommen. Deshalb habe er den Fürsten geraten, es im Fluss zu ertränken.[W]
- Türken: Luther fürchtete eine machtpolitische Allianz von Papsttum und Türken. Zugleich begriff Luther den Türkeneinbruch heilsgeschichtlich als Strafe Gottes: Der Türke „ist Gottes rute und des Teuffels diener, das hat keinen Zweifel“, so urteilt Luther in Vom Kriege wider die Türken. Dass durch den Türkenglauben der Teufel wirke, begründet Luther mit Verweis auf Joh. 8, 44, wo der Teufel als Lügner und Mörder identifiziert wird.[W]

Im Laufe seines Lebens nimmt Luther zudem immer stärker feindliche Haltungen zu allen ein, die seinen Glaubensvorstellungen, die er als direkt von Gott kommend interpretiert und propagiert, widersprechen (siehe Extrakapitel).

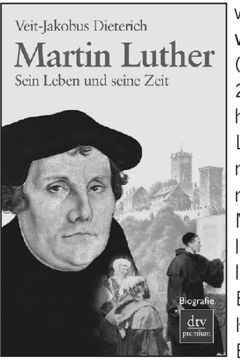
Niedere Wesen: Luther als „Frauenversteher“

Eines der überraschendsten Themen, das Luther mehrfach aufgriff, waren Frauen und ihre Rolle in der Gesellschaft. Sein triefender Sexismus steht in einem seltsamen Widerspruch zur breiten Unterstützung seiner Lehren in den einfachen Bevölkerungsschichten. Aber solche Phänomen sind ja auch aus der Neuzeit bekannt, wenn Frauen, Arbeitslose und prekär Beschäftigte ausgerechnet die Hauptwähler_innengruppe der asozial und chauvinistsch eingestellten Partei AfD darstellen oder machohaften Schauspielern, Sängern oder Politikern zujubeln. Luther jedenfalls hat deutliche Worte über die Beschränkheit des weiblichen Geschlechtes gefunden: „Daraus erscheinet, daß das Weib geschaffen ist zur Haushaltung, der Mann aber zur Policey, zu weltlichem Regiment, zu Kriegen und Gerichtshändeln, die zu verwalten und führen.“ (TiWA I 532 (1054)) „Wenn man dies Geschlecht, das Weibervolk, nicht hätte, so fiele die Haushaltung und Alles, was dazu gehöret, zusammen, läge gar darnieder; darnach das weltliche Regiment, Städte und die Polizey. Summa, die Welt kann das Weibervolk nicht entbehren, da

Luther auf Papier oder Bildschirm

„Über keine Persönlichkeit der Weltgeschichte (außer vielleicht Jesus Christus) existiert eine umfangreichere Literatur. Die in Leipzig erarbeitete Lutherbibliografie verzeichnet weltweit um die 1000 neue Luthertitel jährlich“. So schildert Armin Köhnle in seinem großformativen, reich bebilderten Band „Martin Luther“ (2015, SCM in Holzgerlingen, 224 S., 29,95 €) den Blätterwald zum Reformator. Wenig sagt die Zahl darüber aus, welche Schwerpunkte solche Veröffentlichungen haben, denn wahrscheinlich deutlich mehr als Jesus wird Martin Luther in den Veröffentlichungen sehr unterschiedlich bewertet: Als Erneuerer einer eingestaubt-zentralistischen Kirche, als Wegbereiter der Neuzeit und als nationaler Begründer des Deutschtums einerseits, als Hetzer, Juden- und Frauenfeind, Antirevolutionär und Hexenjäger andererseits. Köhnles Buch gehört zu denen, die Luther überwiegend einseitig positiv darstellen. Texte und Bilder sind durchaus informativ - und ganz am Ende fügt der Autor auch ein Kapitel mit Hinweisen auf die problematischen Gedanken Luthers an, spricht ihn aber explizit von jedem Antisemitismus frei. Adolf Hitler, Julius Streicher und andere Haupttäter des Holocaust lasen Luther da genauer, während für einen Kirchenverlag vielleicht auch nichts Besseres zu erwarten war. Ähnlich unkritisch sind **Martin Dreyers „Martin reloaded“** (2015, 203 S., 14,95 €) und **Andreas Malessas „Hier stehe ich, es war ganz anders“** (2015, 188 S., 14,95 €) aus dem gleichen Verlag. Letzterer informiert in seinem benannten Buch über falsches Wissen bezüglich Luthers Wirken, was in der Tat oftmals ganz spannende Informationen bietet. Martin Dreyer hingegen versucht sich als moderner Nachfolger Luthers, in dem er dessen Texte in eine vermeintlich zeitgemäße Sprache übersetzt - einschließlich populärere Anglizismen und Computerfachsprache. Das könnte Luthers Gedanken mehr Menschen zugänglich machen - schade nur, dass in der Sammlung Luthers Hasstexte z.B. gegen Juden, Frauen und sog. Behinderte fehlen. Gerade das wäre aufklärerisch gewesen, steht aber in der Tradition vieler Werke wie auch dem **SCM-Hörspielbuch „Martin Luther“**, in dem abwechselnd eine Sprecher- und eine Lutherperson recht oberflächlich und unkritisch den Lebenslauf des Reformators nachzeichnen. Wie beim Kirchen-Verlag SCM üblich, fehlen auch hier viele Hinweise auf die Vernichtungsideen von Luther gegen alle, die von ihm als ungläubig eingestuft wurden. Zum Teil wird sogar das Gegenteil behauptet.

Sehr neutral gehalten ist die Darstellung im **Buch gleichen Titels von Ulrich Köpf** (2015, Reclam in Stuttgart, 254 S., 22,95 €). Hier werden die Lebensetappen und Themen Luthers in sehr informativen Texten beschrieben. Die Kritik wird nicht verschwiegen, aber auch nicht in den Vordergrund gestellt. Luthers Ausfälle gegen Frauen, Gebrechliche und „Zaubererinnen“ hätten deutlich mehr herausgehoben werden müssen, um das machtförmige, mit eliminatorischen Ideen gegenüber vielem Abweichenden und damit dem Faschismus nahestehende Denken Luthers zu dokumentieren. Etwas deutlicher wird das in **„Martin Luther“ von Veit-Jakobus Dieterich** (2008, dtv in München, 239 S., 15,90 €) und ist deshalb die empfehlenswerteste Lektüre für einen allgemeinen Überblick zur umstrittenen Person des Reformators. Neben den textlichen Darstellungen finden sich zudem viele nützliche Illustrationen.



Eher selten sind spezielle Kritiken an Martin Luther.

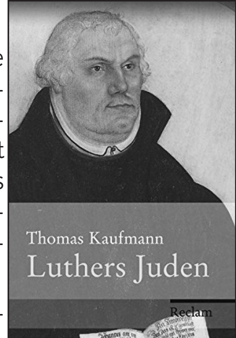
Ein schmales, für seinen geringen Umfang bedauerlich teures Buch ist **„Die geschönte Reformation“ von Bernd Rebe** an (2012, Tectum in Marburg, 109 S., 19,90 €). Es lässt verschiedene Lutherkritiker_innen zu Wort kommen, bietet aber originär nur sehr wenig Informationen und Originalquellen. Da ist längst viel mehr Material z.B. im Internet verfügbar. Ein Buch, das speziell die Kritik an Luther zusammenstellt, muss mehr bieten. Ganze Themenfelder, z.B. Luthers Gedanken zur Vernichtung unwerten Lebens und seine antirevolutionäre Ausrichtung, fehlen. Anders in **Hubert Mynareks „Luther ohne Mythos“** (2012, Ahriman-Verlag in Freiburg, 137 S., 12,80 €). Der Autor kann zwar von seiner typischen Polemik nicht lassen, reiht aber viele kritische Aspekte im Leben und Wirken Luthers aneinander, so dass sich ein guter Überblick ergibt. Da auch reichlich Quellenangaben vorhanden sind einschließlich etlicher Zitate im Originalton, kann das Buch allen empfohlen werden, die sich von der Verehrung des Frauen-, Juden-, Behindertenhassers und Anti-Revolutionärs nicht bleiben lassen wollen.

Zwei Bücher dehnen typische Themen von Lutherhandlungen auf längere Zeiträume aus. Viel zitiert auch in anderen Werken ist **Thomas Kaufmanns „Luthers Juden“** (2014, Reclam in Stuttgart, 203 S., 22,95 €). Dieser bettet den zu seinem Lebensende in reinen Vernichtungshass gewandelten Antise-

gleich die Männer selber könnten Kinder austragen.“ TiWA II 166 (1658) „Das aber ist wahr, in häuslichen Sachen, was das Hausregiment belanget, dazu sind die Weiber geschickter und beredter; aber im weltlichen politischen Regiment und Händeln tügen sie nichts, dazu sind die Männer geschaffen und geordnet von Gott, nicht die Weiber.“ TiWa II 286 (1979) „Der Weiber Regiment hat von Anfang der Welt nichts Guts ausgereichet, wie man pflegt zu sagen: Weiber Regiment nimmt selten ein gut End! Da Gott Adam zum Herrn über alle Creaturen gesetzt hatte, da stund es Alles noch wol und recht, und Alles ward auf das Beste gerieret; aber da das Weib kam und wollte die Hand auch mit im Sode haben und klug seyn, da fielt es Alles dahin und ward eine wüste Unordnung.“ TiWA I 528 (1046) „Wenn Weiber beredt sind, ist das an ihnen nicht zu loben, es paßt besser zu ihnen, daß sie stammeln und nicht gut reden konnen. Das ziert sie viel besser.“ TiWA IV 122 (4081) „Denn Gott sagt zum Weibe: ‚Du sollst dem Mann untertan sein“ [1. Mose 3,16]. Der Mann hat im Hause das Regiment, er sei denn ein Verbum anomalum, das ist ein Narr oder daß er dem Weib aus Liebe zu Gefallen sei und lasse sie regieren, wie bisweilen der Herr des Knechtes Rat befolgt. Sonst und ohne das soll das Weib den Schleier aufsetzen; wie denn ein frommes Weib schuldig ist, ihres Mannes Unfall, Krankheit und Unglück helfen zu tragen von wegen des bösen Fleisches. Das Gesetz nimmt den Weibern Weisheit und Regierung. Dahin hat Sankt Paulus gesehen, da er spricht 1. Kor. 7,10: ‚Ich gebiete, ja nicht ich, sondern der Herr`. Und 1. Tim. 2,12: ‚Ich gestatte einem Weibe nicht, da sie lehre`.“ TiWA VI 46 (6567)[M42]

Grundlegende Ablehnung von Luthers Ideen

Nur wenige bedeutende Persönlichkeiten haben sich scharf von Luther distanziert. Zu den wenigen gehört Thomas Mann, sicherlich selbst nicht gerade die Personifizierung von Herrschaftsfreiheit, war von Luther mehr als angeekelt: „Martin Luther (...) ein Erzieher seines Volkes zur Untertänigkeit vor gottgewollter Obrigkeit (...). [E]r verstand nichts von [der] Freiheit [des Staatsbürgers] ... die ließ ihn nicht nur kalt, sondern ihre Regungen und Ansprüche waren ihm in tiefster Seele zuwider. (...) So hasste Luther den Bauernaufstand, der (...) wenn er gesiegt hätte, der ganzen deutschen Geschichte eine glücklichere Wendung, die Wendung zur Freiheit hätte geben können (...). Wie tolle Hunde ließ er die Bauern totschlagen und rief den Fürsten zu, jetzt könne man mit Schlachten und Würgen von Bauernvieh sich das Himmelreich erwerben. Für den traurigen Ausgang dieses ersten Versuches einer deutschen Revolution, den Sieg der Fürsten nebst allen seinen Konsequenzen, trägt Luther, der deutsche Volksmann, ein gut Teil Verantwortung. (...) Ich liebe ihn nicht, das gestehe ich offen. (...) Ich hätte nicht Luthers Tischgast sein mögen.“ (aus Helmut Fuhrmann: „Literatur, Literaturunterricht und die Idee der Humanität“, S. 52)



Der Kirchenkritiker Hubertus Mynarek wähnt in Luthers Hass eine Distanzierung von seinen eigenen Wirken: „Der giftigste Hass entsteht immer bei dieser Gelegenheit, insbesondere, wenn jemand sich vorgewagt hat und dann seinen Rückzug ‚rationalisiert'.“[M14]

Zum Glück aber gibt es bei den Protestanten keine Heiligen. Wir müssten sonst fragen, ob die inoffizielle Heiligsprechung im Falle Luther nicht rückgängig gemacht werden müsste. Denn Luther war nicht nur groß in der Liebe (zu Gott), sondern auch im Hass gegen alles Teuflische, nicht nur ein scharfer und konsequenter Denker, sondern auch ein blind wütender Hetzer. Wenn er im Papst den Antichristen, in radikaleren Reformatoren, Türken und Juden den Teufel nicht nur am Werk, sondern leibhaftig verkörpert sah, verfiel er da nicht gerade dem Geist, den er bekämpfte? Luthers Hass und seine radikale Aufspaltung des Seins in Gut und Böse, Himmel und Hölle, Teufel und Gott, konnten verheerend im wahrsten Sinn des Wortes wirken. Er spürte das selbst und kam doch nicht davon los. Und das Gift wirkte weiter, jahrhundertelang. Wir können ihn auch nicht dadurch entschuldigen, dass er sich einfügt in einen breiten Strom von Vorurteil, Verfolgung und Vernichtung in Deutschland. Denn zum einen gab es ja auch die anderen, Philipp Melanchthon, Johannes Reuchlin und Erasmus von Rotterdam. Sie suchten das Gespräch, auch mit dem Gegner, sehr zum Verdruss des großen Vernichters. Zudem war eben dieser große Kämpfer ja auch selbst zu ganz anderen, weit differenzierteren Haltungen fähig.[V208]

Sammlungen von Zitate von und über Luther:

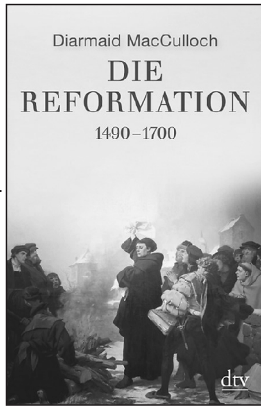
- http://leipziger-montagsdemo.de/informationen/daten/daten_07_kirche/zitate/luther/luther__ein_riese.htm
- http://martin-luther.tk
- https://de.wikiquote.org/wiki/Martin_Luther

Inzwischen hat sich auch die Evangelische Kirche Deutschlands zumindest vom offenen Antisemitismus Luthers distanziert:

- https://ekd.de/aktuell_presse/news_2015_11_11_4_ekd_synode_luther_juden.html

mitismus Luthers in die lange Geschichte der Judendiskriminierung ein. So zeigt sich Luther einerseits als Kind seiner Zeit, andererseits aber auch als prägende Person eines religiös abgeleiteten Judenhasses. Ebenso über Jahrhunderte reicht **„Der deutsche Glaubenskrieg“ von Tillmann Bendikowski** (2016, C. Bertelsmann/Random House in München, 380 S., 24,99 €). Ihm geht es um die vielen Grabenkämpfe zwischen den konkurrierenden Richtungen des Glaubens. Es zeigt sich schnell, dass die Verbindung religiösen Denkens mit höheren Wahrheiten und vermeintlichen Offenbarungen ein fataler Nährboden für Streit bis hin zu Vernichtungsfeldzügen ist.

Ebenfalls längere Zeiträume betrachten zwei Werke über die Reformation. Luther steht dort zwar im Mittelpunkt, aber beide Werke bemühen sich, den Blickwinkel zu erweitern. **„Die Reformation“ von Helge Schnabel-Schüle** (2. Auflage 2013, Reclam in Stuttgart, 314 S., 7,80 €) konzentriert sich dabei auf die „heiße Phase“ von 1495 bis 1555, beschreibt die Vorbedingungen und geschichtliche Lage, dann die Kernphase und schließlich die aus der Auseinandersetzung folgenden Kriege, Debatten, Machtverschiebungen und schließlich Vereinbarungen, die die entstandene Vielfalt unterschiedlicher christlicher Ausrichtungen manifestiert. Den interpretierenden Abschluss bildet ein Blick auf Akteure und Aspekte der Reformation. Wesentlich länger zieht der englischsprachige Kirchenhistoriker **Diarmaid MacCulloch „Die Reformation“**. Im Untertitel steht: 1490-1700 (2010, dtv in München, 1056 S., 29,90 €). Damit beginnt auch dieses Buch bei den Vorbedingungen des entstehenden Streits, betrachtet aber die Folgen bis in die Neuzeit. Spannend ist der internationale Blickwinkel, denn MacCulloch schaut von den britischen Inseln auf die gesamte Lage vor allem in Europa, die durch Luthers Intervention ausgelöst wurde und sich dann in alle Ecken ausbreitete, wenn auch auf sehr unterschiedliche Weise. Einen speziellen Blickwinkel hat **Sebastian von Birgelen mit seinem Buch „Die Reformation auf dem Lande“** (2011, Tectum in Marburg, 149 S. plus gefaltetern historischen Plan, 29,90 €), denn er versucht mit Hilfe damaliger Rechnungsvorgänge das Geschehen in und um Wittenberg nachzuzeichnen.



Mehr Informationen

Text "Neuneinhalb Thesen gegen Martin Luther" von Alan Posener, in: Die Welt, 31.3.2014 http://www.welt.de/kultur/article126395361/Neuneinhalb-Thesen-gegen-Martin-Luther.html

Zudem lohnt sich Wikipedia mit verschiedenen Seiten zu Luther. Dort sind viele kritische Anmerkungen enthalten.

Besonderer Feind – oder nur bekannter?

Luther und die Juden

Wenn überhaupt mal kritisch über Luther und die Reformation nachgedacht wird, dann beschränkt sich das (meist nur leise) Unbehagen auf seinen Aufruf an die damalige Obrigkeit, alle aufständischen Bauern zu töten - und seinen im Laufe des Lebens wachsender Hass auf Juden. Der ist in der Tat gewaltig und wuchs im Laufe der Zeit wie die Verteufelung (im wahrsten Sinne des Wortes) überhaupt aller Andersgläubigen. Anfangs wollte Luther die Juden noch bekehren (was bereits auch keine freundliche Gesinnung ist!)- Später weicht das reinen Vernichtungsphantasien.

Auch hier ist Wikipedia aufschlussreich - das Wissen liegt also offen zutage: „Seit einigen Missionserfolgen von Juden in evangelischen Gebieten unterstellte er ihnen kollektive Mordabsichten gegen die Christen und verweigerte 1537 ein Treffen mit Josel von Rosheim, ihrem Anwalt im Reich. 1538 führte er die christliche Sekte der Sabbater wider besseres Wissen auf jüdischen Einfluss zurück, um die Vertreibung der Juden aus Mähren zu erreichen. 1543 griff er sämtliche damalige antijudaistische Stereotypen auf, um alle evangelischen Fürsten zur Vertreibung der Juden aus ihren Gebieten zu bewegen. Er verlangte, ihre Synagogen, Schulen und Häuser zu zerstören, körperliche Zwangsarbeit für sie sowie ein Verbot ihrer Religionsausübung und des Geldgeschäfts. Private Gewaltakte gegen Juden lehnte er weiterhin ab („Von den Juden und ihren Lügen"). Zudem verhöhnte er die rabbinische Bibelexegese mit Bezug auf die Wittenberger Judensau („Vom Schem Hamphoras"). Kurz vor seinem Tod fasste er seine Haltung zusammen: Den Juden solle man als Brüdern zunächst die christliche Taufe anbieten; im Fall ihrer Taufverweigerung solle man sie vertreiben, da ihre Religionsausübung sonst Gotteslästerung fortsetze und damit auch das Christentum bedrohe."

„Mein Kampf" a la Luther

Im Jahr 1543 veröffentlichte der 60 Jahre alte Martin Luther sieben Forderungen als Teil seiner Hetzschrift „Von den Juden und ihren Lügen". Komplett dokumentiert im Original und - jeweils auf der gegenüberliegenden Seite - übersetzt in ein aktuelles Deutsch, ist das gegen Juden gerichtete Pamphlet unter dem Originaltitel im Verlag Alibri (2016, 47 S., 20€). Die Kernsätze (im Buch ab S. 247): „Was wollen wir Christen nun tun mit diesem verworfenen, verdammten Volk der Juden? [...] Ich will meinen treuen Rat geben:

Erstlich, daß man ihre Synagoga oder Schule mit Feuer anstecke und, was nicht verbrennen will, mit Erde überhäufe und beschütte, daß kein Mensch einen Stein oder Schlacke davon sehe ewiglich.

Zum anderen, daß man auch ihre Häuser desgleichen zerbreche und zerstöre.

Zum Dritten, daß man ihnen nehme alle ihre Betbüchlein und Talmudisten.

Zum Vierten, daß man ihren Rabbinern bei Leib und Leben verbiete, hinfort zu lehren.

Zum Fünften, daß man den Juden das Geleit und Straße ganz und gar aufhebe.

Zum Sechsten, daß man ihnen den Wucher verbiete und ihnen alle Barschaft und Kleinode an Silber und Gold nehme.

Zum Siebten, daß man den jungen, starken Juden und Jüdinnen in die Hand gebe Flegel, Axt, Karst, Spaten, Rocken, Spindel, und lasse sie ihr Brot verdienen im Schweiß der Nase."

Im Grunde hatte Luther damit das gefordert, was knapp 400 Jahre später in der Reichspogromnacht realisiert wurde und sich in den Holocaust steigerte.

Luthers Antisemitismus in aktuellen Büchern

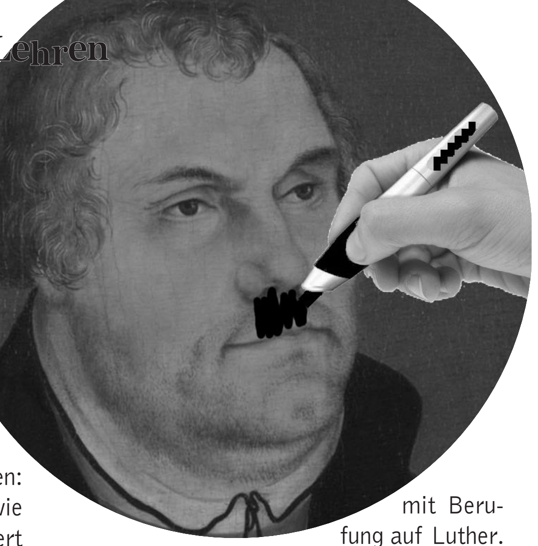
In Bezug auf Luther unterscheiden manche Autor_innen zwischen Antijudaismus und Antisemitismus. Ersteres meint die Abneigung gegenüber der Religion. Ein Jude müsste dann nach Übertritt z.B. zum Christentum akzeptiert werden und die Diskriminierung aufhören. Luther schien zunächst die Hoffnung zu haben, dass sich Menschen jüdischen Glaubens für seine Versionen des Christentums gewinnen lassen. Da Luther insgesamt davon erfüllt war, dass seine Auffassung der christlichen Religion die allein richtige und direkt von Gott ihm eingegeben war, verlangte er von fast allen anderen Menschen, dass sie gefälligst seine Auffassung von Gott und der Welt zu teilen haben. Eine freiheitliche und emanzipatorische Auffassung war das von Anfang an nicht. Im Laufe seiner Schaffenszeit bemerkte Luther dann, dass seine Hoffnungen sich nicht erfüllten - und entwickelte dann einen eliminatorischen Hass auf alle Andersgläubigen. Ob Juden, Täufer, Türken oder andere - Luther hat zu allen Gedanken geäußert, die als Aufruf zum Massenmord verstanden werden können und im Kontext seiner Hasspredigten auch müssen. Seine Aufrufe zu Pogromen gegen Juden waren am Ende unabhängig davon, ob die Opfer noch für einen Übertriff zum Christentum zu gewinnen waren. Luther wollte das gar nicht mehr, sondern das Judemtum ausrotten. Das aber ist reiner Antisemitismus, weil er eben die Menschen als solche brandmarkt unabhängig von ihrer Gesinnung.


Luther und eine brennende Synagoge: Collage auf dem Titel des Alibri-Buches

Dass Luther damit in bester Gesellschaft vieler Antisemiten war, ändert daran nichts - zumal spätere Judenfeinde einschließlich derer, die dann mit dem Holocaust den schrecklichen Höhepunkt aller antisemitischen Verfolgungen setzten, sich immer wieder auf Luther als Legitimation bezogen. Schriften wie das Buch „Judenklischees und jüdische Wirklichkeit" (1985, Freie Akademie in Wiesbaden, 235 S.) versuchen, die vielfältigen Vorurteile gegenüber Juden zu beleuchten und mit ihnen aufzuräumen. Das genannte Buch dokumentiert eine Tagung mit etlichen Beiträgen über jüdisches Leben und seine Veränderungen im Laufe der Jahrhunderte. Doch das, was dort an antisemitischen Projektionen benannt wird, lebt auch heute noch weiter und dringt bis in die Mitte der Gesellschaft vor. Erst vor wenigen Monaten geriet der baden-württembergische AfD-Landtagsabgeordnete Wolfgang Gedeon für judenfeindliche Formulierungen in die Kritik, die er in seinem dreibändigen Werk „Christlich-europäische Leitkultur" (2009, R.G. Fischer in Frankfurt, je ca. 600 S. und 29,80 €) unter dem Pseudonym W.G. Meister verbreitete. Gedeon zeigt sich dabei zu verschiedenen Glaubensthemen als christlicher Fundamentalist, der nicht nur vor dem Zionismus warnt und ihm z.B. eine Komplizenschaft mit dem Nationalsozialismus unterstellt, sondern für Deutschland bzw. die EU einen christlichen Glaubensstaat erträumt (Auszüge auf S. 32). Neben dem Judentum zeigt der Autor offenen Hass gegen die USA, deren Politik angeblich die Schwächung des Konkurrenten Europa zum Ziel habe. Er verteidigt mehrfach sogar das Dritte Reich. Polen hätte, im Einvernehmen mit Frankreich und England, den zweiten Weltkrieg begonnen und Hitler hätte bis dahin eher als Friedenskämpfer agiert.

Vaterlandsliebe und Holocaust als Praxis aus Luthers Lehren

Taktgeber der Rechten



Der Hass auf Juden und die Förderung des deutschen Nationalgefühls im Kampf um Souveränität (gegen Rom) oder Bedrohung von außen (Türken) bot von Beginn an Anknüpfungspunkt für das, was viele Hundert Jahre später im deutschen Faschismus seinen schrecklichen Höhepunkt fand.

Luther-Deutschland

Die Nazis selbst sind Kronzeugen von Luthers deutschnationaler Einstellung. Schauen wir einmal eine typische rechte Übernahme von Luther als Vordenker an (aus Gustav Sichelschmidt, 1994: „Die Herrschaft der Internationalisten“ (S. 35ff): „Der Wittenberger Theologe schuf, von seinem ehrlichen deutschen Gewissen gedrängt, eine romfreie Kirche, ... Indem er seine Landsleute von der Bevormundung und der geistigen Tyrannei Roms befreite und ihnen dabei eine eigene Sprache verlieh, schenkte er ihnen nach düsteren Jahren geistiger Unterdrückung ein natürliches Nationalgefühl.“ Sichelschmidt, während seiner Lebenszeit Autor und teilweise Redaktionsmitglied mehrerer rechtsextremer Zeitungen, zitiert dann zustimmend Luther selbst: „Ich kann es ja nicht lassen; ich muß mich sorgen um das arme, elende, verlassene, verachtete, verratene und verkaufte Deutschland, dem ich ja kein Arges, sondern nur Gutes gönne, als ich schuldig bin meinem lieben Vaterland.“ Auch wenn Luther wegen Fehlens einer einheitlichen deutschen Nation nur selten so deutlich nationalistisch formulierte, war es im Ergebnis für Sichelschmidt doch ausreichend: „Damals trug der Germanismus einen noch lange nachwirkenden Triumph über den Romanismus davon. Luther hatte das „finstere Mittelalter“ beendet und die Menschheit, allen voran seine Deutschen, ein gutes Stück näher an ihre eigentliche Bestimmung herangeführt. ... Trotz aller Polemiken, die überzeugte Universalisten gegen Luther über die Jahrhunderte anzettelten, lässt sich nicht aus der Welt diskutieren, daß er den Deutschen den richtigen Weg zu sich selbst gewiesen hat. Nur so konnten sie wieder zu einer Nation zusammenwachsen, die im internationalen Wechselspiel entscheidende Gegenkräfte entwickelte, um sich inmitten Europas gegen eine feindselig gesonnene Umwelt behaupten zu können.“

Luther als Hitlers Vorbild

Adolf Hitler stilisierte Luther 1923 beim Parteitag der NSDAP während der propagandistischen Vorbereitung des Hitler-Putsches zum Vorbild für sein Führerprinzip: Der habe seinen Kampf gegen „eine Welt von Feinden“ damals ohne jede Stütze gewagt. Dieses Wagnis zeichne einen echten heldischen Staatsmann und Diktator aus. In der 1924/25 in der Haft verfassten Schrift „Mein Kampf“ erwähnte er Luther neben Friedrich dem „Großen“ und Richard Wagner als „großen Reformatoren“, kritisierte aber innerchristliche konfessionelle Kämpfe scharf als gefährliche Ablenkung vom „gemeinsamen Feind“, den Juden.[W]

Hitlers Meinung über Luther in zwei Zitaten: „Luther war ein Riese, er sah den Juden, wie wir ihn erst heute zu sehen beginnen“ (zitiert nach Basler Zeitung, 13.3.2015). „Ich tue nur, was die Kirche seit fünfzehnhundert Jahren tut, allerdings gründlicher“ (aus „Mein Kampf“, nicht allein auf Luther bezogen).

Christian Pfeiffer, Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, am 20. Mai 2014 in seinem Cicero-Text „Die dunkle Seite des Reformators“: „Der junge Adolf Hitler hatte Anfang der zwanziger Jahre mit den aufeinanderfolgenden Chefredakteuren des Völkischen Beobachters, Dietrich Eckart und Alfred Rosenberg, zwei Berater an seiner Seite, die Luther gerade wegen seines Kurswandels vom Judenfreund zum Judenfeind bewunderten. Dies dürfte dazu beigetragen haben, dass Hitler bereits in seiner Nürnberger Parteitagsrede von 1923 und ein Jahr später in „Mein Kampf“ seine Wertschätzung Luthers zum Ausdruck brachte. Den „großen Reformator“ würdigte er in einer Reihe mit Friedrich dem Großen und Richard Wagner als herausragenden Deutschen.“

Von Luthers 445. Geburtstag zum Holocaust

Die Nationalsozialisten entdeckten Luther erwartungsgemäß schon früh. In den Richtlinien der Deutschen Christen von 1932 wird Luther zur Ikone: „Wir bekennen uns zu einem bejahenden Christenglauben, wie er deutschem Luthergeist und heldischer Frömmigkeit entspricht.“ Die DC bildeten im Dritten Reich innerhalb der christlichen Kirchen vielerorts den Mehrheitsblock und führten einige Landeskirchen. Der christliche Glaube passte allerdings nicht zur faschistischen Ideologie. Die Ausnahme: Martin Luther.

Ein düsterer Höhepunkt war die Reichspogromnacht. Die staatlich organisierten Novemberpogrome 1938, bei denen tausende jüdische Synagogen, Bethäuser und Friedhöfe zerstört, hunderte Juden ermordet und zehntausende Juden in Konzentrationslager deportiert wurden, geschahen ohne jeden Protest einer Kirchenleitung. Einige DC-Kirchenführer rechtfertigten diese Verbrechen mit Berufung auf Luther. Landesbischof Walter Schultz forderte alle Pastoren Mecklenburgs in einem „Mahnwort zur Judenfrage“ am 16. November 1938 auf, Luthers „Vermächtnis“ zu erfüllen und dafür zu sorgen, dass die „deutsche Seele“ nun keinen Schaden erleide, sondern die „deutschen Menschen“ ohne „falsche Gewissensbeschwerung getrost alles daran setzen, eine Wiederholung der Zersetzung des deutschen Reiches durch den jüdischen Ungeist von innen her für alle Zeiten unmöglich zu machen.“ Adolf Hitler, nicht „der Jude“, habe am deutschen Volk „Barmherzigkeit getan“, so dass ihm und seinem „dem deutschen Volk aufgetragenen Kampf gegen die Juden“ die Nächstenliebe, Treue und Gefolgschaft der Christen zu gelten habe. Ob zufällig oder nicht, die erste Nacht kollektiver Massenangriffe auf Juden und damit bedeutender Schritt in Richtung Holocaust fiel genau auf Luthers Geburtstag (Vorabend und Nacht). Aus dieser Verbindung machte z.B. der Thüringer Landesbischof Martin Sasse keinen Hehl. In seiner wenige Tage später (23.11.) erschienenen Schrift „Martin Luther über die Juden: Weg mit ihnen!“ äußerte er sich: „Am 10. November 1938, an Luthers Geburtstag, brennen in Deutschland die Synagogen (...). In dieser Stunde muss die Stimme des Mannes gehört werden, der als der Deutsche Prophet im 16. Jahrhundert aus Unkenntnis einst als Freund der Juden begann, der getrieben von seinem Gewissen, getrieben von den Erfahrungen und der Wirklichkeit, der größte Antisemit seiner Zeit geworden ist, der Warner seines Volkes wider die Juden.“ Er stellte ausgewählte Lutherzitate unter dem Leitmotto von Joh 8,44 („Ihr habt den Teufel zum Vater ...“) so zusammen, dass die nationalsozialistische Judenverfolgung als direkte Erfüllung von Luthers Forderungen erschien. Sasse verbreitete dieses Pamphlet auch außerhalb der Kirchen als „Kampfmittel in dem Weltkampf unseres Volkes gegen die Juden“.

Auch die offizielle Propaganda des Dritten Reiches bezog sich immer wieder auf Luther. Das „Geschichtsbuch für höhere Schulen“ (7. Klasse: „Führer und Völker“) von 1941 zi-

tierte aus Luthers Schrift „Von den Juden und ihren Lügen“ mit dem Kommentar: „Keiner vor und nach ihm hat die Juden, diese ‚leibhaftigen Teufel`, mit solcher elementaren Wucht bekämpft wie er ...“. Das „Deutsche Lesebuch für Volksschulen“ von 1943 präsentierte unter dem Titel „Der Jude, unser Erzfeind“ judenfeindliche Zitate „großer Deutscher“, darunter Luther.


Feier zum Luthertag vor dem Berliner Schloß, Fahnenbanner mit DC = „Deutsche Christen“ und Hakenkreuz an den Fenstern. Bundesarchiv Bild 102-15234

Kirchen als Wegbereiter des Holocaust

Die zitierten Stimmen waren auch in den Kirchen keine Einzelmeinungen, da die meisten evangelischen Kirchenführer die staatliche Judenverfolgung seit 1933 immer wieder bejaht hatten. Der Deutsche Evangelische Kirchenbund begrüßte die „Machtergreifung“ des NS-Regimes (30. Januar 1933) mit großer Begeisterung. In vielen Predigten und Festtagsreden stilisierten seine Vertreter, zum Beispiel Otto Dibelius beim Tag von Potsdam (21. März 1933), Hitler zum gottgesandten Retter des deutschen Volkes, lobten die Beseitigung der Weimarer Demokratie als „neue Reformation“, parallelisierten Luthers und Hitlers Biografien und konstruierten eine gegen Menschenrechte, Demokratie und Liberalismus gerichtete historische Kontinuität von Luther über Friedrich den „Großen“ und Otto von Bismarck zu Hitler. Im Führerkult waren sich Deutsche Christen (DC) und Bekennende Kirche (BK) damals weitgehend einig. „Mit Luther und Hitler für Glaube und Volkstum“ hieß die öffentlich plakatierte Losung der ev.-luth. Landessynode von Sachsen am 17.11.1933.

Als 1941 der Judenstern eingeführt wurde, waren acht norddeutsche Landeskirchen der „Deutschen Christen“ wieder mit Beifall und Bezug auf Luther dabei: „Als Glieder der deutschen Volksgemeinschaft stehen die unterzeichneten deutschen evangelischen Landeskirchen und Kirchenleiter in der Front dieses historischen Abwehrkampfes, der unter anderem die Reichspolizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden als der geborenen Welt- und Reichsfeinde notwendig gemacht hat. Wie schon Dr. Martin Luther nach bitteren Erfahrungen die Forderungen erhob, schärfste Maßnahmen gegen die Juden zu ergreifen, und sie aus deutschen Landen auszuweisen.“ Die gesellschaftliche Ächtung der Juden (als Zwischenschritt zur späteren Vernichtung) wurde von acht Landeskirchen am 17. Dezember 1941 in der „Bekanntmachung über die kirchliche Stellung evangelischer Juden“ befürwortet: „Die nationalsozialistische deutsche Führung hat mit zahlreichen Dokumenten unwiderleglich bewiesen, daß dieser Krieg in seinen weltweiten Ausmaßen von den Juden angezettelt worden ist. Sie hat deshalb im Innern wie nach außen die zur Sicherung des deutschen Lebens notwendigen Entscheidungen und Maßnahmen gegen das Judentum getroffen. Als Glieder der deutschen Volksgemeinschaft stehen die unterzeichneten deutschen evang. Landeskirchen in der Front dieses historischen Abwehrkampfes, der u. a. die Reichspolizei-Verordnung über die Kennzeichnung der Juden als der geborenen Welt- und Reichsfeinde notwendig gemacht hat, wie schon Dr. Martin Luther nach bitteren Erfahrungen die Forderung erhob, schärfste Maßnahmen gegen die Juden zu ergreifen und sie aus deutschen Landen auszuweisen. Von der Kreuzigung Christi bis zum heutigen Tage haben die Juden das Christentum bekämpft oder zur Erreichung ihrer eigennützigen Ziele mißbraucht und verfälscht. Durch die christliche Taufe wird an der rassischen Eigenart eines Juden, seiner Volkszugehörigkeit und seinem biologischen Sein nichts geändert. Eine deutsche evangelische Kirche hat das religiöse Leben deutscher Volksgenossen zu fördern. Rassejüdische Christen haben in ihr keinen Raum und kein Recht. Die unterzeichneten deutschen evangelischen Kirchenleiter haben deshalb jegliche Gemeinschaft mit Judenchristen aufgehoben. Sie sind entschlossen, keinerlei Einflüsse jüdischen Geistes auf das deutsche religiöse und kirchliche Leben zu dulden.“[W]

Ganz rechtgläubig-lutherisch war es, was - um ein Beispiel unter vielen zu nennen - der Präsident der Thüringer Evangelischen Kirche selbst noch im Juli 1944 verkündete, nämlich daß „Adolf Hitler für unsere lutherische Frömmigkeit wahrhaft der Führer von Gottes Gnaden ist. Sein Auftrag ist unmittelbar von Gott, und sein Befehl ist Gottes Befehl!“ Hitler verkörpere „in einzigartiger Weise das deutsche Wesen und die Seele unseres Volkes (. . .) Der Führer ist uns zum Sinnbild des ewigen Deutschen geworden (. . .) Der Führer (. . .) steht auf einsamer Hohe in der ganz kleinen Zahl der wirklich Großen unseres Volkes! Kaum wüßte man neben dem Thüringer Bauernsohn Martin Luther noch einen anderen Deutschen zu nennen, der so wie Adolf Hitler in begnadeter Vollmacht berufen war, seiner Zeit und kommenden Jahrhunderten den Stempel seines wahrhaft revolutionären Wesens aufzuprägen!“[M67]

Nazi-Bekenntnisse über 1945 hinaus

Einige Jahre später, nach Vernichtungskrieg und Holocaust, berief sich Julius Streicher, im Dritten Reich Herausgeber des Hetzblatts „Der Stürmer“ in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen weiter auf den Reformator: „Dr. Martin Luther säße heute sicher an meiner Stelle auf der Anklagebank, wenn dieses Buch in Betracht gezogen würde. In dem Buch ‚Die Juden und ihre Lügen` schreibt Dr. Martin Luther, die Juden seien ein Schlangengezüchte, man solle ihre Synagogen niederbrennen, man solle sie vernichten (...). Genau das haben wir getan!“ Ihm wurde das Weiterreden verboten - aber Recht hatte er mit seiner Wertung von Luthers Judenhass.

Bücher zu Rechtextremismus

Stefan Gläser/Thomas Pfeiffer (Hrsg.)
Erlebniswelt Rechtsextremismus
(4. Auflage 2014, Wochenschau in Schwalbach, 319 S. plus CD, 29,80 €)
Das Buch gliedert sich in zwei Teile. Der erste (auf weißem Papier) schildert die kulturellen und Verhaltenscodes rechtsextremer Strömungen. Der zweite (grau hinterlegt) bietet Anregungen und Hilfen für die Unterrichtsgestaltung. Als Beilage bietet die CD weitere Texte und Dokumente, darüber hinaus Musikbeispiele und Präsentationen. Das Buch ist so vielfach praktisch einsetzbar in Schule und außerschulischer Bildungsarbeit.



Sebastian Fischer
Rechtsextremismus: Was denken Schüler darüber?
(2013, Wochenschau in Schwalbach, 318 S., 36,80 €)
Das Buch dokumentiert die Ergebnisse einer Untersuchung über das Wissen und die Einstellungen von Schüler_innen zum Rechtsextremismus. Statistische Auswertungen und Zitate auch der Fülle von Antworten, Interviews und Aufzeichnungen wechseln sich ab und ergeben so einen Eindruck vom Wissensstand und Auffassungen über die Geschichte und aktuelle rechtsextreme Entwicklungen.

Zwei Bücher des Unrast-Verlages (Münster) widmen sich speziellen Ausformungen des Rechtsradikalismus. Lucius Teidelbaum beschreibt den „**Obdachlosenhass und Sozialdarwinismus**“ (2013, 80 S., 7,80 €). In kurzen Kapiteln werden die verschiedenen Formen der Diskriminierung durch staatliche Stellen, durch die wirtschaftlichen Verhältnisse und durch direkte Angriffe vor allem aus rechten Kreisen beschrieben. Aufgrund der Kürze und nur weniger Quellenangaben von zumeist politischen Aufsätzen ist das Buch eher eine Einführung. Präziser stellen Eike Sanders, Ulli Jentsch und Felix Hansen in „**Deutschland treibt sich ab**“ (2014, 98 S., 7,80 €) die Strömungen dar, die unter dem Banner des „Lebensschutzes“ für antifeministische und religiöse Ziele eintreten. Allein 32 Seiten nimmt die Vorstellung vieler Vereine und Gruppe ein, die in diesem Themenfeld agieren, rundherum geht um es um ihre Ideologien und Aktivitäten.

Wahrheit definieren, Andersgläubige ausgrenzen oder vernichten

Das theologische System Luthers

Luthers Kritik am Papst und dem ganzen dekadenten Kirchenapparat unter römischer Führung gehört zu den zentralen Bausteinen seines Heldenimages. Da das Papsttum damals (und noch immer) eine zentralistisch-hierarchische Inszenierung von Macht und Definitionsgewalt über Richtig und Falsch war, glänzt Luthers Beitrag im Lichte der Befreiung von diesem Joch. Dass Luther selbst aber ebenfalls in alle möglichen Richtungen den Einsatz maßregelnder oder gar vernichtender Gewalt forderte, sagt schon viel über den Reformator aus - wird aber gern übersehen. Noch weniger beachtet wird das Motiv von Luthers Kritik am Papsttum. Denn mitnichten ging es ihm um Befreiung, sondern von Beginn an war es ein Glaubenskrieg, d.h. Kritik ist nicht an Luthers Praxis, sondern auch an seiner theologischen Ausrichtung zu üben.

Papst und Luther rangen darum, wer die Wahrheit gepachtet hat und Sprachrohr Gottes ist. Zwar sind von Luther keine finanziellen Eskapaden ähnlich den Ablassbriefen bekannt, doch ansonsten zeigt sich der Wittenberger Reformator eher ähnlich dem Alleinvertretungsanspruch des römischen Glaubensführers. Er setzte seine theologischen Überlegungen ebenso absolut, hielt sich für unfehlbar und phantasierte immer wieder, dass seine privaten Ergüsse und Hasstiraden direkt von Gott kämen. Anfangs leitete er daraus „nur“ das Recht ab, andere belehren oder bekehren zu dürfen. Später entstand ein eliminatorischer Hass auf alle Andersgläubigen und Abtrünnigen. Diese waren in Luthers Sicht durchgehend eine Erscheinung des Teufels. Luthers Bann, verbunden mit ständigen Aufforderungen zum Mord, traf nicht nur Juden, vermeintliche Hexen („Zaubererinnen“) und aufständische Bauern, sondern auch viele ehemalige Weggefährten, die zum Teil nur in theologischen Details von ihm abwichen, aber trotzdem von ihm für vogelfrei erklärt wurden. Was Luther selbst drohte und zu seinem sicheren Tod geführt hätte, wenn er nicht die Allianz mit den Mächtigen gesucht und gefunden hätte, geschah nun vielen Anderen. Luther rief selbst dazu auf oder lieferte den legitimatorischen Hintergrund. In dieser Haltung ähnelt er denen, die heute als Fundamentalisten bezeichnet werden (z.B. Salafisten).

Aufruf zur Denunziation

Ganz im Stil der katholischen Inquisitoren des Mittelalters ruft Luther die Bürger zum allgemeinen Denunziantentum auf: „Und ein Bürger ist schuldig, wo solcher Winkelschleicher einer zu ihm kommt, ehe denn er denselbigen hört oder lehren läßt, daß er seiner Obrigkeit ansage und auch dem Pfarrherrn, des Pfarrkind er ist. Tut er das nicht, so soll er wissen, daß er als ein ungehorsamer Untertan seiner Obrigkeit wider seinen Eid tut und als ein Verächter seines Pfarrherrn (dem er Ehre schuldig ist) wider Gott handelt, dazu selbst schuldig ist und gleich auch mit dem Schleicher ein Dieb und Schalk wird.“[M29]

Aufklärer auf Luthers Scheiterhaufen?

Luthers nimmt die Bibel beim Wort und interpretiert sie zudem auf seine Art, die er als direkt von Gott gewollt definiert und damit zum Maßstab erhebt. Jede Abweichung ist verwerflich, wenn nicht die Sprache des Teufels und daher auszurotten. Das ist Öl ins Feuer der Scheiterhaufen. Luther zum Begründer der Neuzeit und Meilenstein zur Aufklärung zu erklären, ist angesichts dieser fundamentalistischen Glaubensauslegung grotesk. Im Gegenteil wären diejenigen, die der Aufklärung den Weg bereiteten, in Luthers Denken Ketzer und somit des Teufels gewesen - egal ob sie Zeitgenossen wie Sebastian Castellio, Kopernikus waren erst später lebten wie Galileo Galilei und andere Weltentdecker.

Von Martin Luther ist eine kritische Äußerung über die zentrale These des Kopernikus überliefert: „Der Narr will mir die ganze Kunst Astronomia umkehren! Aber wie die Heilige Schrift zeigt, hieß Josua die Sonne stillstehen und nicht die Erde!“ (M. Luther) unter Berufung auf Jos 10,12-13 LUT, die aus Luthers wörtlichem Verständnis des Bibeltextes resultiert. Nach dieser Bibelstelle ließ Gott die Sonne für einen Tag stillstehen, woraus Luther folgerte, dass sie normalerweise in Bewegung sein müsse. Galilei zeigte, dass dieser Gedankengang keineswegs zwingend war, sondern der Effekt des Joshua-Wunders im heliozentrischen Weltbild besser beschrieben werden kann als im geozentrischen. Eine Ablehnung der heliozentrischen Lehre erfolgte von protestantischer Seite, allen voran Luther und Melanchthon.[W]

Dem Geiste Luthers waren auch andere Kirchenmodernisierer nahe: So nahmen sich Kopernikus' Gegner die Bibel als Waffe. Der Reformator Johannes Calvin beispielsweise zitierte in einem Bibelkommentar den 93. Psalm: „Der Erdkreis ist fest gegründet, nie wird er wanken“ und fragte: „Wer will es wagen, die Autorität von Kopernikus über die des heiligen Geistes zu stellen?“ Philipp Melanchton, ein Mitarbeiter Martin Luthers, wies auf Kohelet 1,4-5 hin, wo es heißt: „Eine Generation geht, die andere kommt. Die Erde steht in Ewigkeit. Die Sonne, die aufging und wieder unterging, atemlos jagt sie zurück an den Ort, wo sie wieder aufgeht.“ Luther selbst zog noch mehr über Kopernikus her: „Es

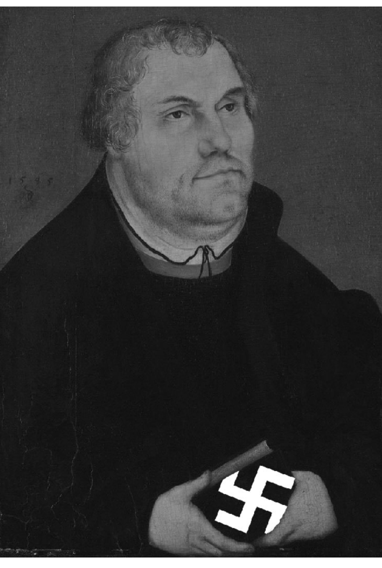
ward gedacht eines neuen Astrologi, der wollte beweisen, daß die Erde bewegt würde und umginge, nicht der Himmel oder das Firmament, Sonne und Monde; gleich als wenn einer auf einem Wagen oder einem Schiffe sitzt und bewegt wird, meinete, er säße still und ruhete, das Erdreich und die Bäume gingen um und bewegten sich." Hier bezieht er sich auf Josua 10,13: „Und die Sonne blieb stehen, und der Mond stand still, bis das Volk an seinen Feinden Rache genommen hatte".

So machte die Kirche weiter: Die Indexkongregation, also die Behörde, die zu jener Zeit für die kirchliche Druckerlaubnis oder Zensur von Büchern zuständig war, bezeichnete Galileis Werk als „ganz und gar der heiligen Schrift widersprechend" und verbot den weiteren Druck und die Verbreitung von „Sidereus Nuncius". Auch Kopernikus' „De Revolutionibus Orbium Celestium" wurde auf den Index gesetzt. Von der kopernikanischen Lehre durfte nur noch als Hypothese gesprochen werden, nicht mehr als Erkenntnis oder dergleichen. ... Die harte Haltung der katholischen Kirche läßt sich durch die geschichtliche Situation zu dieser Zeit erklären. Zu Beginn waren es hauptsächlich Protestanten, die das kopernikanische System bekämpften. Da sie als Glaubensgrundlage ausschließlich die Worte der Bibel anerkannten, lehnten sie es ab, den Wortlaut zu interpretieren. ...

Schon zwanzig Jahre nach Galileis Tod wollten zahlreiche Leute eine Revision des Urteils gegen ihn erreichen. Die Kirche reagierte prompt und rehabilitierte Galilei - am 2. November 1992 (zitiert aus „Das kopernikanische Weltbild und die Probleme, es im christlichen Europa durchzusetzen", http://astronomische-vereinigung-augsburg.de/artikel/astronomiegeschichte/kopernikus-weltbild/).

Hass gegen Philosophen

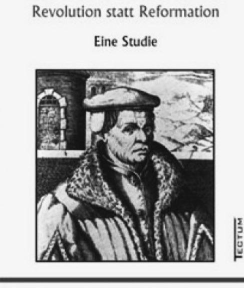
Deutliche Ablehnung brachte Luther auch den Philosophen seiner Zeit entgegen. „Ich wenigstens glaube, Gott diesen Gehorsam zu schulden, gegen die Philosophie wüten [wörtl.: „bellen", nach dem Bilde des Wachhundes] (...) zu müssen." (WA LVI 371) Der Hexen-, Ketzer- und Sektenjäger Luther verteufelt und verfolgt in seinem Wahn, der einzige wahre Verkünder des Evangeliums zu sein, alle, die von seiner Glaubens- und Moraldoktrin abweichen.[M25f] „Ebenso wie Erasmus habe ich auch Müntzer getötet; sein Tod liegt auf meinem Hals."[M78] Die Vernunft hatte sich laut Luther von einer erleuchteten Dienerin des Geistes Gottes zu einer „Teufelshure" und „Teufelsbraut", zu einem lästerlichen



Weibstuck, „Frau Hulda", zu einer Gegnerin Gottes pervertiert. Sie sei nun konstitutiv „Widersacherin Gottes" und seines heiligen Willens und könne im Grunde nur noch „blinde Finsternisse" vermitteln. Das „Spekulieren" über Gott und die tragenden ontologischen und ethischen Grunderkenntnisse und -werte des menschlichen Lebens, dieses „Erklügeln"-Wollen der Wahrheit über Gottes und unseren Willen gehe grundsätzlich in die Irre und Leere. Die natürliche Vernunft sei in dieser Hinsicht nichts, total nichts"[M79f] (zum Streit mit Erasmus von Rotterdamm siehe u.a. in „Kampfplätze der Philosophie" von Kurt Flasch).

Nicht nur Luther: Selbst Gegenspieler Müntzer ein Glaubenskrieger

Einer seiner Ex-Weggefährten, dann aber von Luther als vom Teufel besessen ausgestoßen, war Thomas Müntzer. Ihn beflügelte zunächst die Denkfreiheit, die aus den neuen Formen religiöser Betätigung folgte, und entwickelte diese zu einer revolutionären Perspektive weiter. Manch spätere politische Strömung hat Müntzer zur Gallionsfigur von Befreiungskämpfen erhoben. Doch war er wirklich der revolutionäre Gegenspieler, der auf das „Volk" setzte statt auf die Fürsten, der also eine Befreiung statt eine modernisierte Herrschaft wollte? Armin Gebhardt tritt dem in seinem Buch „Thomas Müntzer" (2004, Tectum in Marburg, 80 S., 19,90 €) vehement entgegen. Er beschreibt den Werdegang und die Meinungsverschiedenheiten zwischen Martin Luther und Thomas Müntzer als theologische Auseinandersetzung. Müntzer agierte zunächst nicht in der Sphäre der Bauern, als deren Anführer er erst spät, dann aber heftig und mit grausamen Ende für Zigtausende auftrat. Die Überhöhung, die Müntzer später insbesondere in der DDR erfuhr, basierte auf zahlreichen Ausblendungen, insbesondere der religiösen Ausrichtung von Müntzers Übernahme der Führung in aufständischen Strömungen. Viele derer, die heute als von jeweiligen politischen Strömungen oder nationaler Identitätsschaffung als Vorbilder oder gar Helden dargestellt werden, waren selbst in ideologische bis religiöse Machtkämpfe verwickelt. Eine emanzipatorische Perspektive, die auf die Befreiung der Menschen und deren Selbstentfaltung setzt, war selten bzw. wird von kaum einer Strömung heute als positiv gewertet. Held_innen sind die Rambos der Geschichte, die - oft mit viel Blut - ihre dogmatischen Ideen durchzusetzen versuchten.



Mehr Informationen

Kritische Abhandlung zur Theologie Luthers unter http://theologe.de/theologe1.htm.
Zum christlich begründeten Judenhass: Gerhard Czermak: Christen gegen Juden - Von der Antike bis zum Holocaust, von 1945 bis heute Geschichte einer Verfolgung, Rowohlt 1991

Bücher vorgestellt

Gottfried Regis
Die manipulierte Menschheit
(2010, R.G. Fischer in Frankfurt, 340 S., 18 €)
Ein seltsames Buch: Von der ersten bis zur letzten Seite liest sich alles wie eine Hasspredigt gegen Kirche und Christentum. Doch der Stil erinnert durchgehend eher an die Kritisierten: Keine Quellenangaben, keine konkreten Belege, sondern seitenweise Hass. Aber nicht nur das: Das Buch wimmelt von Verhaltensanweisungen, zudem werden überall „Wahrheiten" verkündet - so wie es Bibel und PredigerInnen auch tun. Die anderen werden sogar als „krank" bezeichnet - eine deutlich ins religiöse gehende Denkart. Da das Buch auch keine Belege enthält, ist es aus allen Blickwinkeln sein Geld nicht wert.

Dr. Alfred Stümper
Gott? Rational nachgefragt
(2005, Info Verlag in Karlsruhe, 26 S., 5 €)
Die erste Hälfte liest sich richtig spannend: Der Autor, Hobby-Gottesforscher im Polizeipräsidentenrang, frönt dem Dekonstruktivismus. Dass es Wahrheit im objektiven Sinne nicht gibt, hätte er mal in seinem früheren Beruf mehr beherzigen sollen. Im Buch lässt er auf diese Erkenntnis dann die Definition folgen, dass Gott in Form der Liebe existiert. Die Idee ist zwar gegenüber dem strafend-personalen Gott schon ein Fortschritt - aber was daran rational sein soll, bleibt unklar.



Forum Demokratischer AtheistInnen (Hrsg.)
Mission Klassenzimmer
(2005, Alibri in Aschaffenburg, 212 S., 14,50 €)
Ein Einblick nicht nur in Schulen. Dort aber liegt der Schwerpunkt mit einer Kritik an sog. Alternativen Pädagogikkonzepten und an Einzeleinflüssen, die auch außerhalb der mit Extrakapiteln abgehandelten Montessori- und Waldorfschulen zu finden sind. Nicht vergessen wurden manipulative Bildungsinhalte, die die Anpassung an kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse verbessern sollen - ganz offiziell an Schulen und Volkshochschulen gelehrt. Einigen Kapiteln fehlt eine stringende Gedankenfolge, so etwa dem letzten über den Dauerbrenner Evolutionstheorien. Grund dürfte sein, dass der Band Beiträgen eines Kongresses dokumentiert.

Luthers Segen für alle Formen der Herrschaft über Menschen

Staatliche Macht als Gottes Gabe

Luthers Einstellung übte eine fatale Wirkung auf die Ausbildung der deutschen Untertanenmentalität aus. Umgekehrt erreichen die protestantischen Fürsten durch Einzug des kirchlichen Vermögens sowie durch ihren Einfluss auf die neu entstehenden evangelischen Landeskirchen eine Festigung und Ausweitung ihrer Macht und Herrschaft. Diese Aussicht stellt sicherlich eine nicht unwesentliche Motivation dar für den Übertritt vieler Landesherren zum neuen Glauben.[M174f]

Gottesdienst praktisch: Bekämpfung der Bauernaufstände

Thomas Müntzer hatte die Forderung nach einer Befreiung aus der Leibeigenschaft theologisch begründet. Luther trat ihm genau deshalb entgegen - er rechtfertigte jede Form der Unterdrückung mit der Bibel. In seiner Antwortschrift auf die Forderungen der Bauern, der „Ermahnung zum Frieden auf die zwölf Artikel der Bauernschaft in Schwaben“, hieß es im April/Mai 1525: „Auf den dritten Artikel: ‚Es soll kein Leibeigener sein, weil uns Christus alle befreit hat.` Was ist das? Das heißt christliche Freiheit ganz fleischlich machen. Haben nicht Abraham und andere Patriarchen und Propheten auch Leibeigene gehabt? Lest Paulus, was er von den Knechten, welche zu der Zeit alle leibeigen waren, lehrt. Deshalb ist dieser Artikel direkt gegen das Evangelium und räuberisch, womit ein jeglicher seinen Leib, der (leib-)eigen geworden ist, seinem Herrn nimmt. Denn ein Leibeigener kann wohl ein Christ sein und christliche Freiheit haben, gleichwie ein Gefangener oder kranker Christ und doch nicht frei ist.“

Nach der Rückkehr von einer Reise ins thüringische Aufstandsgebiet legte Luther nach und rief in einer Erweiterung der zweiten Auflage seiner Bauernschrift in vollkommen maßlosen zutiefst erschreckenden Worten die Obrigkeiten dazu auf, die Aufständischen ohne Gnade und Erbarmen wie „tolle Hunde“ niederzumetzeln. Denn wer sie nicht schlage, werde von ihnen geschlagen und das ganze Land dazu. Die Niederwerfung des Aufstands geriet zum Gottesdienst. „Solche wunderlichen Zeiten sind jetzt, dass ein Fürst den Himmel mit Blutvergießen verdienen kann, besser als andere mit Beten.“ Das war doppelt interessant: Es zeigte einerseits Luthers eliminatorischen Hass, andererseits aber auch seine Doppelzüngigkeit. Was für die Christen insgesamt gelten soll, schien für die Obrigkeit nicht zuzutreffen. In Bezug auf die Aufständischen legitimierte er das, was er beim Aufstand von unten verneint: Dass der Mensch durch seine Handlung selbst seine Seele retten könne. Das widersprach gänzlich seiner sonstigen Theologie. Aber wenn es der Macht hilft, war auch das Zentrum Luthers, seine Theologie, nichts mehr wert.

Das Ergebnis: Ein riesiges Gemetzel mit Hunderttausenden Toten. Luther weiß, wer das (mit) zu verantworten hat - und sieht sich wieder als Sprachrohr Gottes: „Ich habe im Aufruhr alle Bauern erschlagen; all ihr Blut ist auf meinem Hals. Aber ich schiebe es auf unsern Herrgott; der hat mir befohlen, solches zu reden.“ Immer wieder ist es der Kampf zwischen Gott und Teufel, in dem er, Luther, der Waffenführer Gottes sei - ganz im Gegensatz zu Thomas Müntzer und vielen anderen. Müntzer war selbst Theologe und lange Anhänger von Luthers Ideen, dann aber dessen Erzfeind. Er führte die thüringischen Bauern blindwütig in eine aussichtslose Schlacht, wurde anschließend gefangen und gefoltert, sein Kopf nach der Hinrichtung aufgespießt und als abschreckendes Beispiel ausgestellt. Auch dazu liefert Luther Gottes Wort: „Wer den Müntzer gesehen hat, der hat den Teufel gesehen in seinem höchsten Grimm“.[V85ff]

Pro Obrigkeit

Es ist von Beginn an die Überzeugung des Reformators gewesen, dass die Menschen sich der Obrigkeit zu unterwerfen haben. „Aber weil Kaiser Kaiser, Fürst Fürst bleibt, wenn er gleich alle Gebote Gottes überträte, ja ob er gleich ein Heide wäre, so soll ers auch sein, ob er gleich sein Eide und Pflichten nicht halt.“ Luther ist also in seiner Staatstheorie in erster Linie ein Verfassungsfeind („Eide und Pflichten“ braucht der Gewalthaber gemäß dieser Äußerung eben nicht zu halten, was ihn z.B. von Calvin, aber auch vielen katholischen Wortführern sehr unvorteilhaft unterscheidet). Schrankenlos erlaubt so Luther den Herrschenden auch darüber hinaus jede Unmoral, jegliche Ungerechtigkeit, ja seine Aussagen über die unbegrenzten Rechte der Obrigkeit kommen fast einer Einladung derselben zu jeglicher Form und Ausübung von totalitärer Willkür gleich. Denn, so Luther im selben Brief, „Sünde hebt Obrigkeit und Gehorsam nicht auf, denn wir nicht allein den gütigen und frommen, sondern auch den bösen und unschlachtigen Herrn sollen mit aller „Furcht untertan sein“. Daher soll auch dem Kaiser „niemand Gehorsam entziehen wider ihn streben, denn das ist Rotterei und Aufruhr und Zwietracht anfangen“.[M64]

Gehorsam sei Christenpflicht. Egal wer an der Macht ist, sie ist gottgewollt und daher zu akzeptieren. „Gott will die Oberherrn, sie seien böse oder gut, geehrt haben, Röm. 13 und 1. Petr. 3.“ BrWA III 416f. Und noch absurder: Die Mächtigen dürfen dann sogar gegen die Bibel verstoßen. Aus Machtkalkül segnet Luther (und nicht nur er allein) die Doppelehe in Fürstenschichten ab. Das also ist Luther, der Hurerei und Polygamie im Volk und in den „Sekten“ mit dem Tode bestrafen möchte, aber Ehebruch, Hurerei und Bigamie der Fürsten und Könige unterstützt.[M28]

Das einzige Christenrecht nach Luther ist das Recht, zu leiden und die Rolle des Schlachtschafes zu spielen, dabei auf Gottes Rache an den bösen Herrschern geduldig wartend! Denn, so Luther in einem weiteren Gutachten an denselben Herzog, Anno 1530 geschrieben, „nach der Schrift will sichs in keinem Weg ziemen, da sich jemand (wer ein Christ sein will) wider seine Obrigkeit setze, Gott gebe sie tue recht oder Unrecht, sondern ein Christ soll Gewalt und Unrecht leiden, sonderlich von seiner Obrigkeit“.[M63f]

Reformation hat zu viele Schattenseiten

Kein Grund zum Jubeln

Luther ist tot. Aber die Kirche lebt (anders als Millionen ihrer Opfer). Die aus dem Streit Luthers (und seinem Umfeld) mit dem Papsttum entstandenen, reformierten Glaubensrichtungen sind nicht einheitlich. Ihre Hauptteile bildeten später die evangelische Kirche. Auch sie ist keine ganz geschlossene, aber im Kern doch auf gemeinsame Glaubensgrundsätze fußende Organisation. Was sie, oft unter Berufung auf Martin Luther, in den vergangenen Jahrhunderten tat, bietet wenig Anlass zum Jubeln, sondern eher für eine kritische Aufarbeitung der Vergangenheit.

Der Historiker und Professor für Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin, Wolfgang Wippermann, forderte Kirche und Gesellschaft daher auf, „die anstehenden Feierlichkeiten zum 500. Jahrestag der Reformation dazu [zu] nutzen, um einen kritischen und selbstkritischen Blick auf uns und unsere Kirche zu werfen". Dafür entwarf er sechs Thesen:

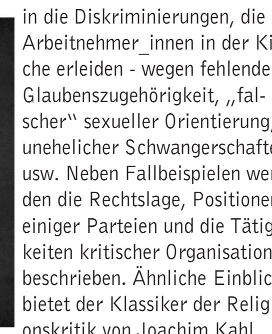
1. Die deutsche evangelische Kirche hat in der Nachfolge und unter Berufung auf Luther Staat, Krieg und Kapital verherrlicht, Juden Sinti und Roma sowie Frauen verdammt: Die deutsche evangelische Kirche hat im Banne der Obrigkeitslehre Luthers bis in die NS-Zeit hinein den Staat verherrlicht. Mit dieser unseligen Tradition gebrochen hat erst die Bekennende Kirche. Mit ihrer Bekämpfung der nazifizierten Reichskirche hat sie aber keinen Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime geleistet. Erst die Kirche in der DDR hat der Obrigkeit gegenüber den Gehorsam aufgekündigt und den Widerstand gegen das kommunistische Regime unterstützt. Damit hat sie zu seinem Untergang beigetragen.
2. Die deutsche evangelische Kirche hat unter Berufung auf Luther alle deutschen Kriege einschließlich des Zweiten Weltkrieges verherrlicht. Dies durch unchristliche, weil kriegerische Kriegspredigten und durch das Aufstellen von Kriegerdenkmälern, die mit unchristlichen Symbolen wie dem Eisernen Kreuz geschmückt waren und immer noch sind. Bis in die unmittelbare Gegenwart hinein hat sich die Kirche nicht zu einer uneingeschränkten Einhaltung des biblischen Tötungsverbots durchgerungen. Stattdessen versucht sie immer noch, einige Kriege zu rechtfertigen. Das darf nicht sein.
3. Die deutsche evangelische Kirche hat bis fast in die unmittelbare Gegenwart hinein Partei für die Reichen und gegen die Armen eingenommen. Sie hat für die negativen Aspekte des kapitalistischen Wirtschaftssystems „die Juden" verantwortlich gemacht und gemeint, die soziale Frage durch eine Erziehung zur und durch Arbeit lösen zu können. Zu diesen in der Vergangenheit von Antisemiten wie Adolf Stoecker und Sozialpolitikern wie Johann Hinrich Wichern gemachten Fehlern sollte sich die Kirche bekennen und sich dafür entschuldigen.
4. Die deutsche evangelische Kirche war bis in die NS-Zeit hinein (teilweise noch darüber hinaus) antisemitisch eingestellt. Sie hat den christlichen und von Luther nicht reformierten, sondern radikalisierten Antisemitismus nur partiell und damit unzureichend überwunden. Die Juden werden zwar nicht mehr (wie noch von Luther) verteufelt, sie sollen aber immer noch trotz und sogar wegen der Schoah bekehrt werden.
5. Die deutsche evangelische Kirche hat nicht nur zu der Verfolgung der Sinti und Roma geschwiegen, sie hat sich in der NS-Zeit auch daran beteiligt. Dies durch die Herausgabe der Kirchenbücher an die Verfolger der Sinti und Roma, die mit den in den Kirchenbüchern enthaltenen Informationen befähigt wurden, die deutschen Sinti und Roma in „reinrassige Zigeuner" und „Mischlinge" einzuteilen, um sie dann deportieren und ermorden zu können. Eine Entschuldigung für die Fehler der Vergangenheit steht ebenso aus wie eine wirkliche Hilfe für die heutigen Roma, die in vielen europäischen Ländern wieder oder immer noch verfolgt werden.
6. Die deutsche evangelische Kirche hat sich nicht nur an der (auch von Luther gebilligten) Hexenverfolgung beteiligt, sie hat bis in die NS-Zeit hinein (und teilweise noch darüber hinaus) eine antifeministische Politik betrieben. Die ist heute nicht mehr der Fall. Außerdem ist die theologisch begründete Geringschätzung und Diskriminierung der Frauen, die auch bei Luther anzutreffen war, überwunden worden. Damit können die in der Vergangenheit gemachten Fehler aber nicht entschuldigt, geschweige denn ungeschehen gemacht werden.

Immerhin: Es gibt zaghafte Versuche kritischer Distanz. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, hat den Martin Luther im Spiegel am 3.4.2015 kritisiert. „Luther hat sich in seiner Spätzeit unhaltbar und in kruden Thesen über das Judentum geäußert. ... Diese Verirrungen können nur Anlass zu

Grundlegende Kritiken an Glaube und Kirchen

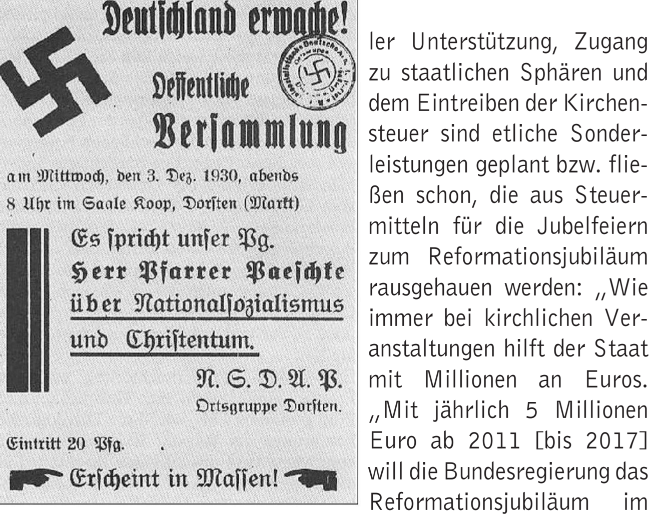


Es gibt eine Vielzahl von Büchern zu den großen Kirchen und den vielen Nebengrüppchen mit speziellen Glaubensrichtungen, von den staatlich geförderten Kirchen als „Sekten" denunziert.
Viele der Werke reihen Fakten einander, beleuchten die Schrecken in der Geschichte oder Gegenwart der großen Kirchen und ihrer nahestehenden Organisationen. Dass die Kirchen sowohl in ihrer (oft blutigen) Geschichte als auch in der Gegenwart ausreichend Stoff für kritische Sammlungen bieten, zeigt sich schnell. Ein Beispiel ist das empfehlenswerte **„Loyal dienen" von Corinna Gekeler** (2013, Alibri in Aschaffenburg, 319 S., 22 €). Es bietet einen intensiven Einblick in die Diskriminierungen, die Arbeitnehmer_innen in der Kirche erleiden - wegen fehlender Glaubenszugehörigkeit, „falscher" sexueller Orientierung, unehelicher Schwangerschaften usw. Neben Fallbeispielen werden die Rechtslage, Positionen einiger Parteien und die Tätigkeiten kritischer Organisationen beschrieben. Ähnliche Einblicke bietet der Klassiker der Religionskritik von Joachim Kahl.



Das 1964 erstmals erschienene Buch **„Das Elend des Christentums"** ist vom Tectum-Verlag in Marburg neu verlegt worden (216 S., 17,95 €) fügt in einer systematischen Gliederung all die Schrecken von 2000 Jahren zusammen - von Juden- und Hexenverfolgung bis zur Irrationalität des Gottesglaubens. Kahl präsentiert zudem Perspektiven einer stärkeren Verdrängung der Religiösität aus der Gesellschaft. 1993 fügte er einige aktuelle Kapitel hinzu, verließ dabei aber den systematischen Ansatz, so dass nun ein Buch mit enzyklopädischem Hauptteil und angefügten Einzelkapiteln vorliegt. Einen anderen Weg gehen **Robert Kaufmann in „Götter-Menschen, Menschen-Götter"** (Angelika Lenz Verlag in Neu-Isenburg, 324 S., 19,90 €) und **Hubert Mynarek in „Herren und Knechte der Kirche"** (2010, Ahriman-Verlag in Freiburg, 397 S., 24,80 €). Beides sind persönliche Aufzeichnungen, Erfahrungen und spontane Überlegungen, die ganz oder, bei Mynarek, weitgehend quellenlos die Betrachtungen des Autors aneinanderreihen. Ihre Texte sind oft eher Plaudereien als analytische Darstellungen. Kaufmanns Buch ist ein buntes Mosaik. Er springt durch die verschiedenen Themen von Gottesbildern über die Frage nach der konkreten Person Jesus zu Moses und Mohammed sowie schließlich einzelnen Themenfeldern wie das Mensch/Tier-Verhältnis. Die Texte bieten Anregung, aber kaum erschöpfende Darstellungen der Sachgebiete. „Herren und Knechte der Kirchen" ist eine Autobiografie. Der Autor schildert seinen Weg in die Kirche, angefangen von der Kindheit über die eigene Priesterweihe zur theologischen Lehre. Sein Bruch mit der Amtskirche bedeutete das Aus vieler Möglichkeiten. Die Trennung von Staat und Kirche funktioniert erkennbar nicht. Erst ab Seite 337 kommt Mynarek in die Nähe des Themas, das der Buchtitel suggeriert. Das ist etwas wenig, der Titel damit eher eine Täuschung.

Trauer und Scham sein.“ Zumindest der Judenhass wird also nicht komplett verschwiegen. Bedford-Strohm in der „Welt“ am 22.12.2014: „Wir müssen Luthers Judenhass als das benennen, was es ist: Eine unerträgliche Form der Missachtung einer anderen Religion, wofür man sich nur schämen kann. 2017 kann es nicht um Heldenverehrung gegenüber Luther gehen. Vielmehr müssen wir die von Luther neu entdeckte, kraftvolle Botschaft wiederum für uns neu entdecken, in Luthers Tradition und zugleich im Wissen um die Irrtümer Luthers. Diese Irrtümer hat man als solche zu benennen, statt sie als kleine Fehler zu verharmlosen.“ Doch in der Jubelstimmung dürfte wieder das große Vergessen drohen - so wie vor über zehn Jahren, als „Luther - der Film“ eine intensive Wahrnehmung erreichte und in den Begleitmedien für Schulen zu lesen war, man könne Luther nicht „nachsagen, er habe die Juden - wie die Nazis - als gefährliches Volk oder minderwertige Rasse gehasst“. Sehr wahrscheinlich wird das große Vergessen bleiben bei allen anderen Hasstiraden des Reformators. Seine Hetze gegen Türken, Frauen, sogenannte Behinderte und alle Andersgläubigen bietet jeder Diskriminierung eine geistige Grundlage. Luther diente vielen Massenmorden als Brandstifter.



Der langjährige Direktor des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Hartmut Lehmann, warnte schon 2008 vor einer „Heldenverehrung“ Martin Luthers. Der Evangelische Pressedienst epd stellte fest, „die evangelische Kirche täte gut daran, hier längst bekannte Forschungsergebnisse angemessen zu berücksichtigen, etwa zu Luthers Antisemitismus, zu seiner Beurteilung anderer religiöser Glaubensauffassungen oder dem Gehorsam gegenüber Landesherren“. Und zitierte Lehmann wörtlich: „Es ist erstaunlich, wie sehr Theologen, die sonst jeden Satz der Bibel historisch-kritisch unter die Lupe nehmen, Luther-Legenden ungeprüft übernehmen“. Das gilt schon für den Thesenanschlag in Wittenberg, der dem 500-Jahres-Jubiläum zugrunde liegt - auch er ist wahrscheinlich eher ein Mythos als tatsächlich geschehen.

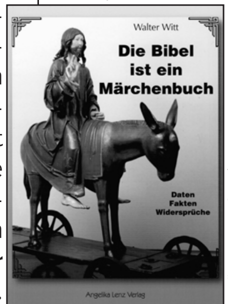
Jubiläumszulage: Viel staatliche Unterstützung für die Kirche

Doch nach einer breiten kritischen Auseinandersetzung sieht es nicht aus. Stattdessen unterstützt der Staat die Kirchen im geplanten Jubel - das übliche Spiel also. Neben den üblichen Förderungen, Zuschüssen, institutioneller Unterstützung, Zugang zu staatlichen Sphären und dem Eintreiben der Kirchensteuer sind etliche Sonderleistungen geplant bzw. fließen schon, die aus Steuermitteln für die Jubelfeiern zum Reformationsjubiläum rausgehauen werden: „Wie immer bei kirchlichen Veranstaltungen hilft der Staat mit Millionen an Euros. „Mit jährlich 5 Millionen Euro ab 2011 [bis 2017] will die Bundesregierung das Reformationsjubiläum im Jahr 2017 fördern“, schreibt idea-spektrum (Nr. 10 vom 9.3.2011; siehe http://ekd.de/print. php?file=/aktuell_presse/77001.html). Das heißt: Es gibt mindestens 35 Millionen Euro schon einmal von der Bundesregierung. Zusätzlich zahlen natürlich auch noch die Bundesländer, die Regierungsbezirke, die Kreise, Städte und Gemeinden - alle für das mehrjährige Lutherjubiläum der evangelischen Kirche. Im Jahr 2016 hieß es dann in einer epd-Meldung vom 10. Juni: Die Bundesregierung unterstützt mit weiteren 2,7 Millionen Euro Projekte zum Reformationsjubiläum im kommenden Jahr“, was von Kulturstaatssekretärin Monika Grütters (CDU), gleichzeitig Zentralrat der Katholiken (ZdK), der Öffentlichkeit so mitgeteilt wurde. (Quelle: Der Theologe Nr. 67, www.theologe.de/500-jahre_reformation_jubilaeum_2017.htm)

Nicht nur Luther, sondern Religionen und Kirchen in die Kritik nehmen

Luther ist tot. Gott noch nicht - und erst recht nicht diejenigen, die als Person oder Institution mit abenteuerlicher Berufung auf ein höheres Wesen (oder auch immer mal wieder auf Martin Luther, der als Gespenst daher dann doch noch weiterlebt) Menschen bevormunden, entmündigen, verführen oder bedrängen. Das Christentum hat die blutigen Seiten seiner Geschichte ebenso wie viele andere Weltanschauungen längst noch nicht hinter sich gelassen, auch wenn moderne Kampfbomber oder Konzerne nicht mehr offiziell im Namen Gottes ausbeuten, morden oder zerstören. Die Zeiten religiös motivierter Massenmorde sind aber auch in der das sog. Abendland prägenden Glaubensrichtung noch nicht lange vorbei. Christentum - das sind 2000 Jahre Blutspuren und Vernichtung. Dass andere Religionen ähnliche Wirkungen haben und in den christlich geprägten, kapitalistischen Kernländern bevorzugt kritisiert werden, sollte nicht länger verschleiern, dass das Christentum auf die gesamte Geschichte betrachtet den meisten Dreck am Stecken

Martin Urban schuf mit „Ach Gott, die Kirche!“ (2016, dtv in München, 270 S., 14,90 €) eine sehr ergiebige Darstellung des „Protestantischen Fundamentalismus und 500 Jahre Reformation“ (Untertitel). Gleich in den ersten Zeilen stehen deutliche Worte: „Der islamistische Fundamentalismus verbreitet seit einiger Zeit im vermeintlichen Namen Allahs, „des einen Gottes“, überall auf der Welt Schrecken und Tod. Oft vergessen wir dabei, dass der Fundamentalismus, also die fanatische Überzeugung, im Besitz der Wahrheit über das Wesen und den Willen Gottes zu sein und deshalb radikale Herrschaft ausüben zu dürfen, bereits im Christentum zu finden ist: Über zwei Jahrtausende fand sie ihren Niederschlag in furchtbaren Glaubenskriegen, Unterdrückung und im missionarischen Kolonialismus.“ (S. 9)
Schwieriger wird es bei den ideologischen Kritiken. Dabei kommt es auf sie im Besonderen an. Denn die Enthüllungen über die Praxis der Kirchen könnten gerade mit dem Verweis abgetan werden, dass es sich um irdische Verfehlungen handelt, angetrieben von Macht- oder Profitinteressen, die fraglos in den Kirchen überall verbreitet sind. Doch sind Gottesglaube bzw. deren radikale Formen auch per se gefährlich? Das will zum Beispiel das Buch **„Fundamentalismus für Einsteiger“ von Simon Schneeberger** (2010, Alibri in Aschaffenburg, 197 S., 14 €) nachweisen. Doch es versagt dabei angesichts recht willkürlich aneinander gereihter, in der Tat haarsträubender Einzelbeispiele für wirre religiöse Theorien. Als Quellen werden fast ausschließlich Religionskritiken genannt, die Behauptungen über religiöse Eiferer sind unbelegt. Schlimmer aber ist noch: Die Brille, durch die Religion betrachtet wird, ist selbst hoch-dogmatisch. Kausale Zusammenhänge werden mittels Projektion erstellt, z.B. ab Seite 91 die Schilderung, dass zügelloser Sex das Klima gefährde. Aus den angebotenen Zitaten und Vorgängen lässt sich dieser Vorwurf nicht ableiten. Aber der Autor will das so sehen. Leider ist das nicht selten: Die Kritiker_innen der Kirche wollen bei ihrer - eigentlich wichtigen - Kritik an der Religion eigene Weltanschauungen bewerben. Besser machen es **Andreas Edmüller in „Die Legende von der christlichen Moral“** (2015, Tectum, 250 S., 17,95 €) mit einer Kritik der nur vagen Legitimation und Fundierung einer auf Bibel und andere Überlieferungen gestützten Ethik und **Christa Mulack in „Gewalt im Namen Gottes“** (2016, Tectum in Marburg, 382 S., 17,95 €).



Sie begründet die besondere Neigung monotheistischer Religionen zu Unterdrückung und Kriegen mit deren Anspruch, die einzige und reine Wahrheit zu vertreten. **Walter Witt macht es sich in „Die Bibel ist ein Märchenbuch“** (2015, Angelika Lenz, 283 S., 19,90 €) einfach, aber überzeugend: Er lässt die Bibel selbst reden - und die enttarnt sich schnell als menschenfeindliche Schrift. Die Kommentare des Autors sind zwischen den vielen Zitaten mit Fundstellenangabe fast überflüssig. Aus dem gleichen Verlag stammt **„Tödliche Lehre“, eine Übersetzung von Wendell W. Watters** US-amerikanischer Kritik am Christentum - einem Ritt durch verschiedene Themen, jedoch oft ohne besonderen Tiefgang und nur lückenhaften Quellenangaben (1995, 311 S., 16,40 €).

hat. Es hätte schon mehrfach genug Gründe gegeben, die zur Brutalität neigende Kirche schlicht zu verbieten - stattdessen wird sie aber weiterhin vom Staat stark gefördert. Da kann schon die Frage aufkommen, warum gerade die Freiheit der Religionsausübung in besonderer Weise geschützt ist. Wer religiöse Handlungen stört, ist bereits Straftäter_in - kirchliches Handeln wird hier über andere Grundrechte wie Meinungsfreiheit und Demonstrationsrecht gestellt. Was an Religion und Kirchen eigentlich so schützenswert ist, erschließt sich keinesfalls von selbst. Unfair ist es allerdings, wenn - wie Oliver Smiljic es in seinem Buch „Die missverstandene Religionsfreiheit" (2014, Tectum in Marburg, 114 S., 19,95 €) macht - die Frage nach den Privilegien der Religion nur in Bezug auf nicht-christliche Religionen kritisch gesehen wird. Das für den doch recht hohen Preis recht dünne Buch erfüllt die Erwartung, die aus dem allgemein gehaltenen Titel folgt, nämlich nicht. Das eigentlich allgemein wichtige Thema wird nur unter zwei Aspekten etwas genauer untersucht: Die Beschneidung, beschränkt auf männliche Nachkommen, und der Anwendung der Scharia als islamisches Recht, hier begrenzt auf den Status von Frauen und auf die Frage der Religionsfreiheit. Zu diesen Punkten sind die Informationen präzise - aber insgesamt ist es eine ziemlich dürftige Auswahl von Einzelaspekten.

Oliver Smiljic
Die missverstandene Religionsfreiheit
Rituelle Beschneidung, die Scharia und unsere Menschenrechte
Tectum

Und außerhalb der Kirchen? Sieht es nicht besser aus - zwar unterschiedlich, aber das Problem ist eben nicht die Frage, wie mensch glaubt, sondern in erster Linie, ob er_sie eine höhere Sphäre für über dem Menschen stehend hält und die Existenz von Verkünder_innen als Sprachrohre akzeptiert. In dieser Mischung bilden sich automatisch Hierarchien und (zumindest geistige) Unterwerfung, die Vorboten von Unterdrückung und mehr sind. Das ist in den Kirchen so - und in all dem, was von den Kirchen als Sekten oder Eso-Gruppen abgetan wird, genauso. Günther Zäuner beschreibt in „Hirngift&Seelenmord" (2009, Goldegg in Wien, 447 S., 24,90 €) viele solcher Gruppen und ihre Funktionsweise. Das ist wertvoll, aber leider nimmt er dann die umgekehrte Kurve. In den letzten Zeilen des Buches plädiert er leidenschaftlich für einen Umstieg auf die klassischen Religionen. Diese stellen vermeintlich das Gegenteil der sog. Sekten dar. „Religionen respektieren meist die Autonomie des Einzelnen" und „Religionen bieten Hilfe an" steht da - wo das bei Kreuzzügen, Kolonialzeiten, heiligen Kriegen oder dem auch kirchlich abgesegneten Holocaust der Fall gewesen sein soll, wird dann nicht weiter erklärt ...



Warum aber verfallen soviele Menschen religiösen Orientierungskrücken? Der Verhaltensforscher Gerhard Roth erklärt das in „Ach Gott, die Kirche!" mit der Psyche der Gläubigen: „Wir Menschen bestehen aus widerstrebenden Tendenzen. Hierzu gehören unter anderem Aufregung und Ruhe, Bindung und Selbstbestätigung, Unterwerfung und Kontrolle, Versorgung und Autarkie, Harmonie und Kritik. Von frühester Kindheit an gehört es zu den Herausforderungen der Persönlichkeitsentwicklung, zwischen diesen polaren Tendenzen ein „leb-bares", wenngleich immer bedrohtes Gleichgewicht zu finden. Wird dieses Gleichgewicht gefunden, so sprechen wir von einem „in sich ruhenden" und toleranten Menschen. Das sind aber offenbar nicht viele. Die Mehrzahl der Menschen strebt nach Ruhe, Bindung, Unterwerfung, Versorgung und Harmonie. Religionen waren stets darauf ausgerichtet, dieses Streben zu bedienen. In einer unübersichtlichen und beunruhigenden, ja verängstigenden Welt liefern sie einfache Erklärungen, Sinndeutung, verlässliche Verhaltensregeln, Bindung und vor allem Trost und Zuversicht für die größte Bedrohung in unserem Leben, nämlich das Sterben und den Tod. Sie sind deshalb bis heute so erfolgreich, weil sie damit das vermitteln, was bereits das Kleinkind am nötigsten braucht: Schutz, Bindung und Tröstung. Damit begeben sich Kleinkind und Erwachsener in eine tiefe geistige und psychische Abhängigkeit." Sein Vorschlag: „Aus dieser Abhängigkeit führt nur der Prozess der Erziehung zur Mündigkeit, d.h. der Aufklarung, wie es der Philosoph Immanuel Kant thematisierte."

Mit Luther und Hitler für Glauben und Volkstum!

Der Landesbischof erläßt an das sächsische Kirchenvolk im Anschluß an die Erklärung des Reichsbischofs zu den Vorgängen in Berlin am 13. November folgende Kundgebung:

1. Die Berliner Vorgänge innerhalb der Glaubensbewegung „Deutsche Christen" berühren uns in Sachsen nicht unmittelbar. Wir Sachsen haben innerhalb der Glaubensbewegung „Deutsche Christen" einen festen und klaren Kurs. Dieser Kurs ist dadurch gesichert, daß der Landesbischof der evangelisch-lutherischen Landeskirche auch der Gauobmann und Führer der Glaubensbewegung „Deutsche Christen" in Sachsen ist.

2. In der Kirche drohen durch die Berliner Vorgänge die alten kirchlichen Fronten der Vergangenheit wieder aufzubrechen, um deren Überwindung wir uns gerade bemühen.

Wir lehnen die Wiederkehr einer „Orthodoxie" ab.

Sie macht die Bibel und das Bekenntnis zu einem Gesetze, das den an Christus gebundenen Menschen knechtet. Die Bibel bleibt uns die unentbehrliche Grundlage der Christusbotschaft. Das Bekenntnis hat trotz der Zeitgebundenheit der Form auch für uns verpflichtende Bedeutung. Es bezeugt den evangelischen Glauben.

Wir lehnen aber auch die Wiederkehr des alten Liberalismus ab,

der den Christusglauben umbildet und umdeutet nach menschlichen Wünschen und Vernunftgründen. Diese Wiederkehr des Liberalismus ist nicht nur eine Gefahr für die Kirche, sondern auch für das gesamte Werk Adolf Hitlers. Der Nationalsozialismus hat den Liberalismus in jeder Form bekämpft und ihn politisch und wirtschaftlich überwunden. Deshalb kann die Kirche nicht dulden, daß Liberalismus auf weltanschaulichem Wege sich wieder einschleicht. Der Orthodoxie und dem Liberalismus gegenüber bekennen wir uns über die Zeiten hinweg zu dem Christusglauben, wie Luther ihn uns vorgelebt hat. Mit Luther sagen wir: „Ich glaube, daß Jesus Christus sei mein Herr." Dieser Christus ist uns die entscheidende Offenbarung des ewigen Gottes. Er ist uns der einzige Weg zu Gott. Vor ihm beugen wir uns als deutsche Menschen, die an ihn glauben. Dieser Christusglaube ist das „positive Christentum".

3. Wir erblicken in allen Versuchen, diesen Christusglauben im deutschen Volke in irgendeiner Form zu zerstören, die Absicht der Kreise, die der Führer mit folgenden Worten schildert: „Besonders bei den sogenannten religiösen Reformatoren auf altgermanischer Grundlage habe ich immer die Empfindung, als seien sie von jenen Mächten geschickt, die den Wiederaufstieg unseres Volkes nicht wünschen. Führt doch ihre ganze Tätigkeit das Volk vom gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den Juden, weg, um es statt dessen seine Kräfte in ebenso unsinnigen wie unseligen inneren Religionsstreitigkeiten verzehren zu lassen." (Hitler, Mein Kampf I Kap. 12.)

4. Von dieser Grundlage aus erheben wir nun aber auch mit allem Nachdruck die Forderung, daß alle, die dieses Glaubens sind, mit helfen am Bau der deutschen evangelischen Volkskirche. Die deutsche evangelische Kirche soll alle umschließen, die evangelische Christen sein wollen und zum deutschen Volke gehören.

Darum bekennen wir uns zum Arierparagraphen.

Wir wollen die Juden nicht vom Evangelium (Gottes Wort und Sakrament) ausschließen. Wir gönnen den getauften Juden in Deutschland einen Zusammenschluß in judenchristlichen Gemeinden. So nur ist es möglich, daß nicht wie bisher die christliche Taufe mißbraucht wird als Einfallstor jüdischen Geistes ins deutsche Volkstum. Durch die Taufe wird ein Jude Juden-Christ, aber er wird nicht Deutscher. Wir wollen die deutsche Volkskirche, in der Pfarrer und Gemeinde eins sind in christlichem Geiste und nationalsozialistischem Wollen. Von diesem Wege, auf dem wir uns gebunden wissen an unseren Herrn Christus und verpflichtet wissen unserem Volke, lassen wir uns nicht abdrängen. Wir gehen diesen Weg unter der Losung:

„Mit Luther und Hitler für Glauben und Volkstum!"

gez. Coch

Verkündung durch den sächsischen Landesbischof Friedrich Coch

Und heute?

Selbstkritische Kreise, die das stete Schweigen oder Mitmachen der christlichen Kirchen bei den Verbrechen der Vergangenheit einräumen, sind selten - und viele verweisen dann auf die Veränderungen in der Neuzeit. Doch stimmt das? Haben christliche Organisationen gelernt, menschliche Vielfalt und Würde anzuerkennen statt sie mit ihrem Alleinvertretungsanspruch des richtigen Glaubens zu bedrängen?

Zweifel sind angebracht. Das gilt nicht nur grundsätzlich bei einem skeptischen Blick, welchen Hintergrund eigentlich überhaupt die Aufladung ausgewählter Schriften und vieler Predigten als vermeintliches Wort Gottes hat. Das hatte schon bei Luther zu einer fatalen Selbstüberschätzung als Inhaber göttlicher Weisheit und Wahrheit geführt - mit den bekannten Folgen für alle Andersdenkenden. Zum Glück ist die Umsetzung per Scheiterhaufen oder Gaskammern außer Mode gekommen, so dass die offiziellen christlichen Kirchen heute mehr auf die (durch weiter behaupteten Gottesbezug gesteigerte) Macht des Wortes setzen. Zwecks Umsetzung suchen sie den Pakt mit der Exekutive - von Armeen über Finanzämter und dem Strafregime. Weniger harmlos sind die fundamentalistischen Ränder, die es im Christentum genauso gibt wie in anderen Kollektiven geistiger Verwirrung, oft auch Religion genannt.

Fundamentalismus

Kreationismus, die starke Präsenz von Christ_innen bei Pegida oder den Demos pro Hetero-Ehe und gegen Abtreibung sind aktuelle Formen christlichen Fundamentalismusses. Ein in Deutschland gerade diskutiertes Beispiel ist Wolfgang Gedeon, der in Baden-Württemberg wegen antisemitischer Ausfälle sogar in der AfD unerwünschte Landtagsabgeordnete. Seine Neigung zu fundamentalistischen Denkmustern, zeichnet ihn schon lange aus. Wikipedia beschreibt den Wandel vom linken Autoritäts- zum Gottesglauben: "Nach eigenen Angaben löste er sich in seiner Studentenzeit von der katholischen Kirche, wendete sich marxistischen Schriften zu und wurde „praktizierender Kommunist". In den 1970er Jahren war er Mitglied der maoistischen KPD/ML und zeitweilig deren Erster Vorsitzender des Zentralkomitees in Gelsenkirchen. Nach dem Tode Mao Zedongs will er sich schrittweise vom Kommunismus gelöst, über Jahrzehnte aber keine politische Heimat gefunden haben und wandte sich über die Esoterik immer weiter nach rechts. Im April 2013 trat er der AfD bei und wurde zum ersten Vorstandssprecher des Kreisverbands Konstanz gewählt. Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 2016 erhielt er auf Basis von 15,7 Prozent der Stimmen im Wahlkreis Singen ein Zweitmandat der AfD für den Landtag. Gedeon wird dem rechten Flügel der Partei zugeordnet." Auf seiner eigenen Internetseite stellt er heute die Frage: „Welche Leitkultur wollen wir: eine laizistsich-amerikanische, eine christlich-europäische oder eine muslimisch-asiatische?" und bezieht sich in seiner Antwort vor allem auf Thilo Sarrazin. In seinem dreibändigen Werk „Christlich-europäische Leitkultur", welches die Kritik im Landtag hervorrief, zeigt Gedeon unter dem Pseudonym W.G. Meister alle geistigen Facetten des christlichen Fundamentalismus. Selbst die uralte Nummer mit den gefälschten „Protokollen der Weisen von Zion" ist noch Teil seiner Gedankenwelt. Wie andere Köpfe solchen Denkens - genannt seien hier beispielhaft die auch in politischen Bewegungen auftretenden AZK-Macher Ivo Sasek und UL-Prophetin Gabriele Wittek - konstruiert er aus einer (fast) wörtlichen Bibelauslegung und dem Glauben an die Überlegenheit der eigenen Gottesfigur eine tiefe Ablehnung aller andersartiger Menschen, quasi der Un- und Falschgläubigen. In diesem Fanatismus sind christliche Fundamentalist_innen den intoleranten Strömungen anderer Glaubensrichtungen ebenbürtig.

Auszug aus dem komplett in Interviewform verfassten Buch (Band 1, S. 27f):

Gerlinde Wolf: Das multikulturelle Europa ist ideologisch also eingekreist von einem zionistisch dominierten Säkularismus auf der einen und einem fundamentalistischen Islam auf der anderen Seite.
W.G. Meister: Dieser tödlichen Umklammerung kann Europa nur entgehen, wenn es seine christlichen Wurzeln wieder entdeckt.
Gerlinde Wolf: Wo liegen die? Es gibt doch kaum mehr Christen in Europa?
W.G. Meister: Auf den ersten Blick sieht es so nus. Das kann sich in Notzeiten aber schnell ändern.
Gerlinde Wolf: Wollen Sie einen christlichen Gottesstaat? Sind Sie womöglich ein christlicher Fundamentalist?
W.G. Meister: Das Christentum ist in seiner politischen Konsequenz eine Religion der Mitte. Es will keine völlige Verbindung von Religion und Staat und will dem Menschen die Freiheit lassen, sein Heil selbst zu suchen. Auf der anderen Seite aber lehnt es einen Staat ab, der ohne jegliche Verantwortung die heidnische Verwahrlosung seiner Bürger geschehen läßt oder diese sogar selbst betreibt, wie das heute der Fall ist. Am meisten entspricht dem Christentum heute eine liberale Demokratie mit christlicher Grundorientierung bzw. christlich-europäischer Leitkultur.

Bücher mit einfachen Weltsichten

Llewellyn Vaughan-Lee
Spirituelle Ökologie
(2015, Neue Erde in Saarbrücken, 287 S., 14,90 €)
„Der Ruf nach Erde" steht im Untertitel - und in der Tat finden sich im Buch solche Kapitel, wie sie der Buchtitel erwarten lässt. Es sind Abhandlungen verschiedener Autor_innen mit Häuptlings- oder bürgerlichen Namen. Sie schreiben über das Heilige in der Natur, über spirituelle Verbindungen zwischen Mensch und Umwelt oder verborgene Heilungskräfte. So entsteht ein guter Einblick, der die anregen wird, die auf so etwas stehen - und denen hilft, die sich skeptisch mit solchem Naturverständnis auseinandersetzen.

Jan van Helsing/Stefan Erdmann
Whistleblower
(2. Auflage 2016, Amadeus Verlag in Fichtenau, 359 S., 23,30 €)
Ein wichtiges Thema und eine Chance, Machenschaften in Politik und Wirtschaft im Zeitalter immer besserer Überwachungs- und Beherrschungstechniken aufzudecken. Das Buch weist auch einige vielversprechende Darstellungen auf, z.B. über dubiose Geldpraktiken von Organisationen mit gemeinnützigen Flair oder moderne Überwachungstechniken. Den Hauptteil bilden jedoch die üblichen sog. Enthüllungen über böse Ausländer_innen, das besetzte Deutschland usw. Gerade mal 11 Quellenangaben, zum Teil auch nur als Verweis auf eigene, andere Veröffentlichungen, sind enthalten. So kommt ein Werbebuch über Verschwörungen und vereinfachte Weltansichten im täuschenden Gewand eines aktuellen Aufklärungswerkes daher, was nicht fair ist.

Gabriele Schuster-Haslinger
Verraten, verkauft, verloren?
(2015, Amadeus in Fichtenau, 443 S., 26 €)
Nett und nützlich: Wer wissen will, welche zum Teil abstrusen Ideen in den Köpfen derer rumspuken, die die - zweifelsohne überwiegend widerlichen bis bedrohlichen - politischen Verhältnisse auf der Welt auf in der Regel nur eine einzige Ursache reduzieren, findet mit diesem Buch ein Kompendium. Alles, was bereits seit Jahren benannt wurde von Chemtrails bis zum vermeintlich fehlenden Friedensvertrag für Deutschland, wird hier aufgelistet - dazu einige neue Schoten, deren Lektüre interessant ist. Wer hätte schon gedacht, dass hinter tiefhängenden Jeans eine Verschwörung steckt, Menschen präpubertär zu halten? Das liest sich fast amüsant. Als „Belohnung" folgt ein umfangreicher Teil mit Tipps, wie mensch sich individuell schützen kann - mit Kokosmilch, dem Kontakt zu Elfen oder dem Wandeln von Mobilfunkstrahlung in eine Weltheilungsenergie im eigenen Körper.

Wer lieber kritische Bücher über sog. „irrationale Welterklärungen" liest, kann sich mit **Claudia Barths "Über alles in der Welt - Esoterik und Leitkultur"** (2. Auflage 2006, Alibri in Aschaffenburg, 210 S., 14 €) auf einen Ritt durch die Geschichte vom Aberglauben über Esoterik bis zu modernen Verschwörungstheorien machen. Sehr empfehlenswert, aber Achtung: Kritiker_innen des Irrationalismus haften oft einem irrationalen Glauben an die Existenz von Rationalität an, was zu Einseitigkeiten oder Ausblendungen führt. Nichts im menschlichen Denken ist rein rational!

Trotz blutiger Geschichte und anti-emanzipatorischer Gegenwart:

Kirchenprivilegien

Kritiker_innen der Kirche oder von religiösen Orientierungen landen, zumindest hierzulande, nicht mehr auf dem Scheiterhaufen. Einzelne Kirchenvertreter_innen räumen sogar offen ein, dass die Kirche viele Sachen gemacht hat, die nicht akzeptabel waren. Doch der Staat steht weiterhin treu an der Seite der offiziellen Kirchen und verschafft ihnen immer noch etliche Vorteile. Solche Privilegien sind schon als solches zweifelhaft. Dass aber ausgerechnet eine Organisation, die viel Anlass hätte, selbst umfangreiche Wiedergutmachungen zu leisten oder lieber schuldbewusst aus der Geschichte abzudanken, so bevorteilt wird, bildet eine Ungerechtigkeit, die Millionen Opfer verhöhnt und zugleich mitverhindert, dass eine ehrliche Aufarbeitung erfolgt. Ein besonderer Ausdruck dieser Bevorzugung bei gleichzeitiger Verweigerung kritischer Vergangenheitsbewältigung ist, dass das Konkordat von 1933, also die Klärung von Interessensphären zwischen katholischer Kirche und Nationalsozialismus, der einzige noch bestehende internationale Vertrag der Nazi-Regierung ist.

Wikipedia listet die weiteren Kirchenprivilegien in einem namensgleichen Eintrag auf:

- Garantierte Korporationsrechte: Mit dem Körperschaftsstatus einer Religions- und Weltanschauungsgemeinschaft sind bestimmte, von Verfassungs wegen garantierte Korporationsrechte verbunden.
- Besteuerungsrecht: Durch Art. 140 GG in Verbindung mit Art. 137 Weimarer Reichsverfassung wird Vereinigungen mit Körperschaftsstatus garantiert, vom zuständigen Land das Besteuerungsrecht verliehen zu bekommen. Das Land hat die Pflicht die Erhebung gesetzlich zu regeln, sich an dem Vollzug einschließlich des Verwaltungszwanges zu beteiligen und insgesamt die Möglichkeit geordneter Verwaltung der Kirchensteuer sicherzustellen.
- Religionsunterricht: Nach Art. 7 Abs. 3 GG ist der Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen ordentliches Lehrfach. Er ist grundsätzlich Pflichtfach für die Angehörigen der jeweiligen Religionsgemeinschaft. Die Inhalte des Religionsunterrichts sind unbeschadet der staatlichen Schulaufsicht in Kooperation mit den Religionsgemeinschaften und „in Übereinstimmung mit deren Grundsätzen“ festzulegen. Religionsgemeinschaften haben, unabhängig vom Körperschaftsstatus, gegenüber dem jeweiligen Land unter bestimmten Voraussetzungen einen Anspruch auf Einrichtung eines Religionsunterrichts ihres Bekenntnisses.
- Dienstherrenfähigkeit: Die Dienstherrenfähigkeit ermöglicht es Religionsgemeinschaften mit Körperschaftsstatus, Dienstverhältnisse öffentlich-rechtlicher Natur zu begründen, die nicht dem Arbeits- und Sozialversicherungsrecht unterliegen. Mit der Dienstherrenfähigkeit einher geht die Befugnis, einseitige Disziplinarmaßnahmen mit öffentlich-rechtlicher Wirkung zu verhängen. Weiter gelten nach § 9 AAG die Regelungen des Antidiskriminierungsgesetzes in vielen Kirchlichen Betrieben nur eingeschränkt.
- Organisationsgewalt: Die Organisationsgewalt stellt eine Kompetenz zur Bildung, Errichtung, Einrichtung, Änderung und Aufhebung öffentlich-rechtlicher Untergliederungen und Organe dar.
- Rechtssetzungsgewalt: Die Rechtssetzungsgewalt ist die Befugnis zur öffentlich-rechtlichen Regelung der Beziehungen zu den Mitgliedern. Sie beinhaltet die Kompetenz, über die normative Strukturierung des religionsgesellschaftlichen Binnenbereichs (Kirchenrecht) hinaus die einzelnen Korporationsrechte (insbesondere die Dienstherrenfähigkeit und das Recht auf Steuereinzug) dem jeweiligen religiösen Selbstverständnis entsprechend normativ mit öffentlich-rechtlicher Wirkung autonom auszugestalten.
- Parochialrecht: Das Parochialrecht umfasst das Recht, alle Angehörigen der jeweiligen Konfession in einem Gebiet ipso iure als Mitglieder in Anspruch zu nehmen. Die Zugehörigkeit eines Mitgliedes zu einer Gemeinde wird im Parochialsystem allein durch Wohnsitznahme begründet.
- Öffentliche Sachenrecht: Das Öffentliche Sachenrecht spricht die Befugnis zu, Vermögensgegenstände zu öffentlichen Sachen widmen zu können. Die derart gewidmeten Sachen sind mit einer öffentlich-rechtlichen Dienstbarkeit belastet, so dass sie nur im Dienste des bestimmten Zwecks benutzt werden dürfen. Der bezweckte Gebrauch erfährt somit eine besondere Absicherung gegenüber jedermann.


Religiöse Bauten weisen regelmäßig eine Architektur der Machtdemonstration auf. Sie sind wegen ihrer Größe und geringen praktischen Verwendbarkeit eine ungeheure Verschwendung von Produktivkraft. Oft wurden sie früher unter großen Menschenopfern und Zwang errichtet.

- Insolvenzunfähigkeit: Auch die Insolvenzunfähigkeit öffentlich-rechtlicher Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ist nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts unmittelbar dem Grundgesetz zu entnehmen.
- Einfach-gesetzliche Vergünstigungen: Den öffentlich-rechtlichen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften mit Körperschaftsstatus können darüber hinaus durch Gesetz weitere Vorteile eingeräumt werden, wovon in der Praxis in großzügiger Weise Gebrauch gemacht wurde. Diese Rechte können im Wesentlichen den folgenden Gruppen zugeordnet werden: Steuer- und gebührenrechtliche Ausnahmetatbestände, Sonderregelungen im Arbeits- und Sozialrecht für Mitarbeiter der Religionsgemeinschaften, Freistellung von staatlicher Kontrolle, z.B. bei Immobilienerwerb und Handel mit Kunstgegenständen, besonderer Schutz des Eigentums der Religionsgemeinschaften, Schutz durch das Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht, datenschutzrechtliche Begünstigungen, Berufung in Rundfunkräte und Einräumung von Drittsenderechten und besondere Gestattungen (z.B. Betrieb von Friedhöfen, Beurkundungen).
- Zivilrecht: In § 4 Nr. 2 Grundstücksverkehrsgesetz werden die öffentlich-rechtlichen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften von einer sonst erforderlichen Genehmigung bei der Veräußerung bestimmter Grundstücke freigestellt. Auch im Stiftungsrecht gibt es besondere Regelungen (vgl. etwa §§ 22 ff. des Stiftungsgesetzes für Baden-Württemberg).
- Strafrecht: Das Strafrecht schützt etwa in § 132a Abs. 3 StGB die „Amtsbezeichnungen, Titel, Würden, Amtskleidungen und Amtsabzeichen der Kirchen und anderen Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts“.
- Öffentliches Recht: Die Zivilprozessordnung gewährt Vollstreckungsschutz nach Maßgabe des § 882a Abs. 3, das Verwaltungs-

vollstreckungsgesetz des Bundes in § 17 und die Landesvollstreckungsgesetze in ähnlichen Regelungen. Häufig ist in den Kostenordnungen auch Gebührenfreiheit für bestimmte Verfahren angeordnet. Rücksicht auf die besonderen Belange nimmt das Baugesetzbuch in § 1 Abs. 6 Nr. 6 und das Denkmalschutzrecht. Nicht unumstritten ist die Beurkundungsbefugnis der öffentlich-rechtlichen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften.

Die „Sonderrechte der Amtskirchen“ wurden auf DeutschlandradioKultur am 4.5.2015 wie folgt thematisiert: „Der staatliche Steuereinzug wurde in einem Konkordat von 1933 zwischen der Hitlerregierung und dem Heiligen Stuhl geregelt. Es ist der einzige internationale Vertrag der Nazi-Regierung, der nicht aufgehoben wurde. Dann hatte ein konfessionsloser Arbeitgeber mal dagegen geklagt, dass er für die Kirche diese Lohnabzüge beibringen muss, und das ging sehr schnell bis zum Verfassungsgericht. Und da wurde gesagt: Diese Pflicht hast du nicht gegenüber den Kirchen, sondern gegenüber dem Fiskus, und deshalb kannst du dich da nicht entziehen.“ Eine derart enge Verbindung von Staat und Kirche ist in der deutschen Verfassung eigentlich nicht vorgesehen. Im Grundgesetz stehen mehrere Artikel zu Religion und Religionsgesellschaften, die aus der Weimarer Verfassung übernommen wurden - und die atmen einen ganz anderen Geist: Kirche und Staat sind demnach unabhängig voneinander. Die Bürger dürfen ihren Glauben leben. Oder nicht glauben. In Artikel 136, Absatz 3 heißt es zum Beispiel: „Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren.“ Erst Gesetzgebung und Rechtsprechung in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit haben die wechselseitige Durchdringung von Staat und Amtskirchen vorangetrieben - auch zu Lasten Konfessionsfreier und Andersgläubiger.“

Erklärung des IBKA „Privilegien der Kirchen in Deutschland abschaffen!“

1. Kirchensteuer: Der Einzug der Kirchensteuer erfolgt aufgrund staatlicher Gesetze, meist durch die Finanzämter. Damit das möglich wird, sind alle Bürgerinnen und Bürger kraft staatlicher Gesetze gezwungen, ihr Bekenntnis den Gemeindebehörden, dem Finanzamt und dem Arbeitgeber zu offenbaren. Artikel 4 des Grundgesetzes garantiert die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses. Dieser Artikel kennt keinen sogenannten Gesetzesvorbehalt. Darum ist der Zwang der Bekanntgabe des eigenen Bekenntnisses, wie ihn sämtliche Kirchensteuergesetze der Länder vorschreiben, verfassungswidriges Recht.
2. Taufe: Die Taufe, eine religiöse Zeremonie, bildet für den Einzug der Kirchensteuer die Rechtsgrundlage. Ein kirchlicher Ritus begründet so Rechtswirkungen für den bürgerlichen Bereich. Auch dies widerspricht den Freiheitsrechten des Artikel 4 GG. Wollen sich Bürgerinnen und Bürger der Kirchensteuerpflicht entziehen, müssen sie ihren Austritt aus ihrer Religionsgesellschaft formgerecht (vor dem Amtsgericht, dem Kreisgericht oder dem Standesamt) erklären. Das ist in einigen Bundesländern sogar kostenpflichtig.
3. Religionsunterricht: Der Religionsunterricht ist versetzungsrelevantes ordentliches Unterrichtsfach. Die erklärungsbedürftige Nichtteilnahme verpflichtet mancherorts zur Teilnahme an einem - verfassungsrechtlich höchst problematischen - Ethikunterricht: Die Kirchen wirken entscheidend bei der Anstellung und Entlassung jener Lehrkräfte mit, die für den Religionsunterricht vorgesehen sind (missio canonica). In Nordrhein-Westfalen gibt es nicht nur die katholische Bekenntnisschule als staatliche Regelschule (!) noch, es werden auch die konfessionellen Privatschulen in (fast) allen Bundesländern rechtlich und materiell bevorzugt. Der Religionsunterricht wird insbesondere an Berufs- und Realschulen sowie Gymnasien vollständig aus öffentlichen Mitteln finanziert.
4. Militärseelsorge: Die Militärseelsorge ist - verfassungswidrig - als gemeinsame Aufgabe des Staates und der Kirchen organisiert. Sie wird fast völlig vom Staat aus allgemeinen Steuermitteln finanziert.
5. Theologische Fakultäten und Hochschulen: Diese dienen ausschließlich der Ausbildung künftiger Kirchenfunktionäre (Geistliche, Religionslehrer und sonstige Mitarbeiter). Studierende für das geistliche Amt sind ebenso wie alle Geistlichen vom Wehr- und Ersatzdienst befreit. Weil nicht nur Theologische Fakultäten, sondern auch besondere Lehrstühle in anderen Fächern (Philosophie und Geschichte), an denen Kirchen ein Interesse an ideologisch „reinem“ Unterricht haben, der Ausbildung des kirchlichen Funktionärsnachwuchs dienen, beanspruchen die Kirchen entscheidende Mitwirkung bei der Ernennung und Entlassung von ProfessorInnen, bei der Gestaltung von Lehrplänen und Prüfungsordnungen sowie bei der Durchführung von Prüfungen, Promotionen und Habilitationen. Obwohl der Einfluß der Kirchen nahezu vollkommen ist, so daß in den Theologischen Fakultäten die in Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetzes verbürgte Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre nicht wirksam werden kann, werden diese Einrichtungen doch samt und sonders aus allgemeinen Steuermitteln finanziert.
6. Sonderseelsorge: Die öffentliche Hand finanziert außerdem die Polizei-, Gefängnis- und Krankenhausseelsorge. Aus dem von der Verfassung zugesicherten Recht der freien Seelsorge in diesen Bereichen ist unter der Hand eine Finanzierungspflicht des Staates geworden.
7. Überrepräsentation in öffentlichen Gremien: Die Kirchen sind in öffentlichen Gremien nicht nur überrepräsentiert, sondern genießen zahlreiche geldwerte Privilegien, etwa kostenlose Sendezeiten bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten für die eigene Präsentation; sie können also kostenlos werben! Trotzdem interessieren sich immer weniger Menschen für ihre Veranstaltungen. Angesichts des rapiden Mitgliederschwundes der Kirchen muß gefragt werden, mit welchem Recht sie diese Privilegien noch weiterhin genießen sollen.
8. Wohlfahrtswesen/Arbeitsrecht: Dank des sogenannten Subsidiaritätsprinzips, das die Kirchen auf ihre Weise auslegen, dominieren sie das gesamte Wohlfahrts- und Jugendhilfewesen. Die in diesen Bereichen bei kirchlichen Arbeitgebern Beschäftigten stehen nicht nur nicht unter dem Schutz des Betriebsverfassungsgesetzes; sie sind vielmehr kirchlichen Normen und geistlicher Willkür fast schutzlos ausgeliefert.
9. Rechtsordnung: Religiöse Grundsätze und kirchliche Interessen beherrschen noch immer entscheidende Normen des Verfassungsrechts und vieler Rechtsbereiche: so beispielsweise das Schulrecht ebenso wie das Straf- und Familienrecht (u.a. § 166 StGB). Kirchliche Symbole in öffentlichen Räumen und bei Veranstaltungen des Staates (Kreuze in Gerichts-, Sitzungs- und Schulsälen) sowie Emissionen zum Zwecke kirchlicher Werbung (Glockengeläute) werden allenthalben gerichtsnotorisch geduldet, obwohl sie die von der Verfassung gebotene Neutralität des Staates eklatant verletzen.
10. Schlussfolgerungen: Diese Beispiele lassen sich erweitern und vertiefen. Sie machen deutlich, wie mächtig die religiösen Institutionen, die Kirchen, in unserer Gesellschaft noch immer sind. Und dies, obwohl die Kirchen trotz aller Privilegien sowie der rechtlichen und finanziellen Hilfe des Staates seit Jahrzehnten laufend an Einfluss verlieren. (https://www.ibka.org/infos/privilegien.html)

Weitere Informationen

Eine Liste aller Kirchenprivilegien in Deutschland gibt es unter http://gbs-koblenz.de/kirchenprivilegien.

Bücher zu politischem Engagement

Klaus J. Beckmann
Bürgerbeteiligung in Kommunen
(Band 3/2013, Dt. Institut für Urbanistik in Berlin, 71 S.)
Verschiedene AutorInnen behandeln Fragestellungen vor allem bei der Frage der Motivation von BürgerInnen, sich an kommunalen Planungen und Handlungen zu beteiligen. In allen Kapiteln geht es um Formen, Motive und Ziele, jedoch nicht um formale Veränderungen, die tatsächliche Machtverschiebungen beinhalten. Insofern ist das Buch nur halb gelungen. Es zeigt Aspekte auf, die wichtig sind, vergisst aber, die Machtfrage zu stellen. Für Beteiligungsprozesse ist es aber entscheidend, ob die BürgerInnen nur BittstellerInnen sind oder z.B. Planungsprozesse, Energienetze, Grünflächen usw. tatsächlich in ihrer Hand liegen. Zu befürchten ist, dass die Nähe des difu zur Kommunalpolitik hier Wirkung zeigt: Die Vorschläge sollen die Macht der Kommunalverwaltung nicht schmälern.

Christoph Ewen/Oscar W. Gabriel/Jan Ziekow
Bürgerdialog bei der Infrastrukturplanung: Erwartungen und Wirklichkeit
(2013, Nomos in Baden-Baden, 220 S., 44 €)
Ausbau von Flughäfen, Stuttgart 21, Transrapid - viele Großprojekte haben in der Vergangenheit für viel öffentliche Aufregung und oft Auseinandersetzungen gesorgt. Meist war es für die Durchsetzung solcher Großvorhaben günstig, eine frühzeitige Bürger_innenbeteiligung zu organisieren, die mit professionellen Mitteln die Konfliktpunkte bearbeitet. Im Buch werden mehrerer solcher Prozesse genauer untersucht, die Vorgehensweisen verglichen und bewertet. Es bietet intensive Einblicke in die Strategien und Details solcher Abläufe. Und es dokumentiert, wahrscheinlich etwas unfreiwillig, wem solche Verfahren vor allem nützen: Die Projekte wurden überwiegend umgesetzt, trotz Protesten. Mediationen und Runde Tische sind Wasserwerfern als moderne Beherrschungs- und Befriedungsmittel erkennbar überlegen.

Ideen gegen nationalen und religiösen Taumel

Das Lutherjahr als Chance

Ein Gutes hat das alles ja: Luthers Hass gegen Juden, Frauen, von ihm als „Zauberer_innen“ oder „Wechselbälge“ geschmähte Menschen und sein Aufruf, gegenüber der Obrigkeit stets untertänig zu sein und alles Aufständische zu vernichten, ist so klar, dass es nicht schwerfällt, diese Neigungen zu belegen. Ebenso einfach ist es, Kirchen und andere als Schweigekartell an den Pranger der Geschichtsfälschung und der Verharmlosung diskriminierender Sichtweisen zu stellen. Folglich bedarf es „nur“ der guten Ideen, wie den zu erwartenden, millionenteuren Jubelshows etwas entgegen gesetzt werden kann.

Die Kritik an Religion und der üblen Geschichte des Christentums mit etlichen Problemzonen bis heute ist ziemlich abstrakt und daher schwer zu vermitteln. Kirchen und religiöse Handlungen bieten Anlässe, der Staat hat diese aber unter besonderen Schutz gestellt. Denkmäler und die in manchen Gegenden allgegenwärtigen religiösen Symbole können Ansatzpunkte für Kritik bilden, ebenso in manchen Bundesländern besonders absurde religiöse Schutzvorschriften wie das Tanz- und Kinoverbot an Karfreitag. Martin Luther ist demgegenüber geradezu ein Glücksfall für direkte Aktion. An seinem Beispiel kann deutlich gezeigt werden, was christlicher Fundamentalismus anzurichten in der Lage ist - und dass einem solchen Hassprediger auch heute noch gehuldigt, als geistiges und nationales Vorbild dargestellt wird.

Mit Aktionen zum Lutherjahr lässt sich die ganze Kritik an Religion im Allgemeinen und christlicher Kirche im Besonderen vermitteln.

- Fundamentalismus ist dem Christentum nicht fremd - im Gegenteil. Keine Religion hat eine so dunkle Geschichte. Kreuzzüge und Kriege, Kolonialzeit, Reiche und Regimes, Antisemitismus, Patriarchat und mehr - all das ist immer auch Sache der christlichen Kirchen gewesen, sei es aktiv oder als legitimierendes, geistiges Rüstzeug, die Schaffung der Einbildung, auf der richtigen Seite zu stehen.
- Institutionelle Macht ist nicht neutral: Luther wird vom aufbegehrenden zum einflussreichen Menschen. Er gewinnt im Laufe seines Lebens Zugänge zur Macht. Es ist kein Zufall, dass er die dann auch nutzt und z.B. seine Gegner_innen im harmlosen Fall außer Landes jagt, in vielen Fällen aber auch umbringen lässt. Luther ist daher ein Signal: Herrschaft ist selbst der Grund für seine menschenfeindliche Anwendung.
- Große Teile des Christentums weigern sich bis heute, eine klare Kritik an Luthers Ideologien und der Praxis in den folgenden 500 Jahren zu formulieren. Die Mehrheit verhält sich ignorant. Das ist zu wenig.
- Das Problem heißt: Religion.
- Dass der deutsche Nationalismus Luther für sich nutzt und der Nationalsozialismus sich auf ihn berief, ist kein Wunder, sondern konsequent - aber das macht die Sache noch deutlich schlimmer.

Im Folgenden sollen einige Aktionsmöglichkeiten angedeutet und ausgewählte Ideen näher beschrieben werden.

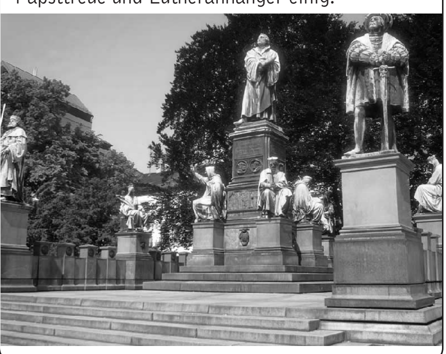
Denkmäler, Museen und mehr

Luther wird vor allem in den Orten öffentlich verehrt, die in seinem Leben eine große Rolle spielten. Neben den beiden „Lutherstädten“ (Wittenberg und Eisleben) sind das Erfurt, Eisenach und Worms. Touristische Angebote, Denkmäler, Häuser, Gedenktafeln und mehr erinnern an bestimmte Handlungen von Luther, lassen aber mitunter sogar deutlich seine problematische Rolle erahnen, z.B. das Denkmal in Worms.



Viel Symbolik: Mit der Befreiung vom Nationalsozialismus fällt auch Luther: Dresden 1945.

Das Luther-Denkmal in Worms entstand 1868 und demonstriert die Macht Luthers über alles, auch über die Vertreter der Staatsmacht. Diese setzen mit dem Schwert (links und rechts vorne) die lutherische Lehre mit Gewalt durch. Zu Füßen Luthers wurden unter anderem der Gottesprophet Savonarola aus Florenz (links) und der böhmische Papst-Kritiker Jan Hus - beide lebendig verbrannt - als Vorläufer Luthers vereinnahmt, ebenso wie der Kirchenkritiker Wiclif aus England. Ein weitere Figur steht für den Reichstag in Speyer, der die Hinrichtung der damaligen Urchristen, der so genannten „Täufer“, zum Reichsgesetz erhob. Hier waren sich sogar Papsttreue und Lutheranhänger einig.



Aktionen für die Hauptorte der Lutherfeiern

Im „Bund der Lutherstädte“ befinden sich viele Orte, in denen Luther wirkte oder die sonst mit ihm verbunden waren. Aber nur zwei Städte tragen die Erinnerung in ihrem Namen: Wittenberg (seit 1922) und Eisleben (seit 1946). Wo gibt es das noch, dass eine Stadt den Namen einer Persönlichkeit trägt? Bad Lauchstädt trägt den amtlichen Vornamen „Goethestadt“. Die bekannte Karl-Marx-Stadt wurde nach dem Ende der DDR gleich wieder umbenannt. Ebenfalls in der DDR erhielt Mühlhausen den Beinamen Thomas-Müntzer-Stadt. Der wurde 1991 gestrichen, offenbar will eine bundesdeutsche Stadt mit dem Bauernführer nichts zu tun haben. Den geistigen Mörder von Müntzer, der zudem noch glühender Judenhasser und auch ansonsten mit Vernichtungsphantasien gegen missliebige Menschen nicht gerade geizte, behielten Eisleben und Wittenberg in ihren Namen. Diese einseitige Bevorzugung des geistigen Massenmörders gegenüber einem seiner Opfer sollte Anlass genug sein, diese Art des Dauerjubelns mal kritisch aufzumischen.

Das geschah Anfang Mai 2005 bereits einmal in der Lutherstadt Wittenberg und war eine der bislang deutlichsten Belege dafür, wie eine kluge Mischung verschiedener Aktionsformen eine breite Aufregung und Thematisierung erreichen kann. Es gibt einen Vortragsmitschnitt, unterlegt mit Bildern von den Aktionen auf https://youtu.be/kA0IXPsE0VQ und einen Bericht schon kurz nach den Geschehnissen auf https://de.indymedia.org/2005/05/117090.shtml. Öffentlich sichtbar und damit auch ansprechbar waren die Aktivist_innen, weil sie ein lutherkritisches Theater aufführten (dieses Theater kann auch heute noch bzw. wieder gespielt werden - Beschreibung und nötige Audiodateien für das Playback auf www.luther-action.de.vu). Die Polizei glaubt nach einiger Ermittlungsarbeit aufgrund von Hinweisen der Gießener Polizei und ihrer Erfahrungen mit solchen kreativ-subversiven Methoden, dass diese Theatergruppe auch für alle weiteren Aktionen in nur insgesamt vier Tagen verantwortlich ist. Dazu gehören umfangreiche Plakatieraktionen mit Ausstellungstafeln voller Zitate von Luther, zudem jede Nacht gesprühte Graffiti mit etlichen Thesen zur Kritik am Lutherkult und der Religion allgemein. Es gab 95 Farbbeutel

auf das Lutherdenkmal und etliche andere kleine Aktionen. Zwei Höhepunkte brachten die erste und die letzte Nacht. Über beide berichtete die Mitteldeutsche Zeitung. Zunächst: „Die Stadt Wittenberg will einen Restaurator beauftragen, das von Unbekannten geschändete Portal des Alten Rathauses wieder in Ordnung zu bringen. Allerdings könne es noch bis September dauern, so Pressesprecherin Karin Austermann. Der oder die Täter hatten die mit Blattgold versehene Schrift aus dem Jahr 1573 - „Fürchte Gott, ehre die Obrigkeit und sei nicht unter den Aufrührern“ - beschädigt. Nun lautet der Text: Fürchte die Obrigkeit und sei unter den Aufrührern.“ Dann: „Ein im Namen der NPD verfasstes Flugblatt sorgt in Wittenberg für Wirbel. In dem Schreiben, das offenbar teils erfundene Quellen sowie Sympathisanten benennt, kündigt der „Kreisverband“ der rechtsextremistischen Partei für den 15. Mai eine nationale Prozession zu Ehren Luthers auf dem Markt an.“ An Ende des längeren Pressetextes stand dann noch: „Die Polizei hält einen Zusammenhang zwischen vermehrten Graffiti-Schmierereien in der historischen Altstadt - die direkt oder indirekt auf Luther zielen - und dem Flugblatt nicht für ausgeschlossen.“ Die vier Tage Aktionen reichten, um in Wittenberg eine intensive Diskussion über Luther anzustoßen, nicht nur in Zeitungen und Fernsehen, sondern z.B. auch in Form eines in allen Kirchen verlesenen Textes des Propstes im damaligen Kurkreis Wittenberg. Gegen die Theatergruppe wurde übrigens aufgrund des Gießener Tipps ein Verfahren nach § 129 StGB (Bildung krimineller Vereinigung) eingeleitet, aber auch schnell wieder beendet. Die damaligen Aktionen lohnen sich, nochmal anzugucken. Denn alle könnten auch heute wieder passend sein ...

Solche Ausstellungsplakate und Grafitties gab es sehr viele.

Ehrungen und Gedenkveranstaltungen „aufmischen“

Es wird viele Veranstaltungen mit Bezug auf Luther geben, vor allem in den Städten mit Lutherbezug. Am Reformationstag finden überall in den evangelischen Kirchen ohnehin jährlich Gottesdienste statt - 2017 ist dann der 500. Jahrestag des zugrundeliegenden vermeintlichen Thesenanschlags in Wittenberg. Einmalig wird er deshalb zum bundeseinheitlichen Feiertag. Das zentrale „Lutherjahr“ beginnt ein Jahr vorher, also am 31.10.2016.

Theatergruppe

Jährlich werden die Martin-Luther-Medaille und der Preis für das unerschrockene Wort mit Bezug auf den Reformator verliehen. Neben ihnen gibt es zahlreiche weitere Ehrungen. Dazu gehört der Lutherpreis der Stadt Wittenberg, für den die Stadt im Herbst 2012 die russische Punk-Band Pussy Riot vorgeschlagen hatte, deren rebellische Sängerinnen in der russisch-orthodoxen Hauptkirche Moskaus lautstark zur „Jungfrau“ Maria „gebetet“ haben, Präsident Wladimir Putin aus dem Land zu jagen. Das hat in Deutschland viel Applaus gefunden. Als eine Soligruppe als „Pussys“ im Kölner Dom ähnlich aufgetreten sind, wurde sie dort allerdings von den Kirchenbediensteten verprügelt und später vom Staat bestraft.



Die veränderte Inschrift am Marktplatz

Martin-Luther-Straßen umbenennen

Widerstand gegen die Martin-Luther-Verehrung gibt es mittlerweile von vielen Seiten. So schlagen wir vor, die verbleibende Zeit der „Luther-Dekade“ zu nützen, um die Martin-Luther-Straßen und -Plätze in Deutschland Zug um Zug umzubenennen. Denn Martin Luther ist in keinster Weise ein Vorbild, selbst wenn man die Umstände der damaligen Zeit berücksichtigt (siehe www. theologe.de/theologe3.htm). Er ging intolerant und mit Hinrichtungsaufrufen gegen alle Menschen und Gruppen vor, die sich seiner Meinung nicht angeschlossen haben. Und die Verteidigung Luthers mit dem Argument, Luther sei eben ein „Kind seiner Zeit gewesen“, ist scheinheilig und Unsinn. Denn das ändert nichts daran, wie blutig und menschenverachtend seine Ideologie war. Es stellt sich stattdessen die Frage: Welche Menschen aus dieser „Zeit“ sollen heute als vorbildlich gelten? Denn es gab auch in der damaligen Zeit aufrechte Friedensstifter, die Männern wie Luther, die im Machtkampf der Obrigkeiten ihre Ansichten mit dem Schwert durchsetzen wollten, die Stirn geboten haben, z. B. die Zwickauer Propheten. Martin Luther hatte sie massiv bekämpft und ihre kleine urchristliche Gemeinschaft und ihre gesellschaftliche Existenz zerstört, doch sie ließen sich nicht beugen. Doch heute sind sie leider fast in Vergessenheit geraten, so wie unzählige aufrechte Christen, die ihre Säuglinge noch nicht durch Taufe der Kirche einverleiben wollten, weil Jesus von Nazareth keine Säuglingstaufe lehrte, und deren Ermordung durch die Obrigkeiten Martin Luther deshalb forderte. Ihr Verfolger wird jedoch weiter mit Ehrungen überhäuft, und nach ihm, Martin Luther, benennen sich bis heute Millionen von lutherischen Kirchenmitglieder und machen sich damit selbst aus geistiger Sicht zu einem „Teil“ Martin Luthers (dieser Absatz stammt aus „Reformationsjubiläum - 500 Jahre Martin Luther sind genug“, in: Der Theologe Nr. 67, siehe www.theologe.de/500-jahre_reformation_jubilaeum_2017. htm)

Gottesdienste zu Bühnen machen

24.12.2001: In fünf Gießener Weihnachtsgottesdiensten taucht eine Theatergruppe auf und spielt, sauber eingepasst zwischen zwei Abschnitten im liturgischen Ablauf, im Altarraum ein christentumskritisches Stück. Die Reaktionen der Kirchenoberen sind sehr unterschiedlich - einige reagieren gar nicht, ein Pastor prügelt, in der katholischen Kirche stimmt die Gemeinde ein Weihnachtslied an, um die Theatergruppe zu übertönen. Überall verteilen sie beim Rausgehen Flugblätter, die ihre kritische Aktion erklären (Bericht unter www.projektwerkstatt.de/directaction/kirche.html).

Nicht nur Weihnachten (viel Publikum) und der Reformationstag bieten Anknüpfungspunkte. Wie wäre es mit Pfingsten? Das ist quasi das Gründungsfest des Christentums. Passend könnte eine Kranzniederlegung zum Gedenken an die Millionen Opfer dieser Religion von damals bis heute sein - provozierend im oder zumindest vor dem Gottesdienst?

Am Karfreitag kann in vielen Bundesländern sogar überall die kirchliche Ordnung durcheinander gebracht werden, denn vielerorts ist Tanzen, Kino, Feiern ganz oder zumindest in der Öffentlichkeit verboten.

Ein Hinweis ist noch wichtig, denn nach wie vor sind Kirchen bzw. Religion in diesem Land stark privilegiert. Dazu gehören spezielle Strafparagraphen, die jegliche Störung religiöser Handlungen unter Strafe stellen. Wo immer irgendwelche Menschen von irgendwelchen höheren Wesen in anderen Wel-



ten phantasieren, ist sogar das Versammlungsrecht ausgehebelt. Während alle anderen Teile der Gesellschaft laut Verfassungsgericht aushalten müssen, dass eine Protestkundgebung zu sehen und zu hören sein muss, ist die Kirche davon ausgenommen - eine seltsame Belohnung für 2000 Jahre Unterdrücken, Morden und Missionieren.

Es kann also zu Problemen mit der Staatsmacht führen, wenn das von dieser geliebte „Opium des Volkes“ (Karl Marx über Religion) in Frage gestellt wird. Direkte Aktionen können als solche oder als staatliche Gegenwehr angesichts zu hohem Nervfaktor zu Anzeigen und Gerichtsverfahren führen - egal ob die Aktion selbst strafbar war oder die Anzeige der Einschüchterung dient. Das sollte nicht gleich zu Panik führen. Die ist nämlich nicht nötig und außerdem wäre dann deren Ziel erreicht. Macht das Gegenteil draus Gerichtssäle sind Bühnen und bieten Handlungsmöglichkeiten, von denen wir im Leben oft nur träumen (z.B. unseren Kontrahent_innen unangenehme Fragen stellen und umfangreiche Akteneinsicht). Überall ist daher als Zweit“verwertung“ der Aktion möglich, die anstehende Gerichtsverhandlung zu einem Tribunal gegen Kirche und den sie verteidigenden Staat zu verwandeln. Lest mal www.prozesstipps.de.vu und besucht bzw. organisiert ein Gerichtsprozesstraining (www.vortragsangebote.de.vu)!

Bücher zu Aktionen

Mei Wu
Öffentlichkeitsbeteiligung an umweltrechtlichen Fachplanungen
(2013, Nomos in Baden-Baden, 268 S., 69 €)

Aarhus-Konvention und weitere internationale Beteiligungsrichtlinien, die Wasserrahmenrichtlinie und die Umweltverträglichkeitsprüfung als europäisches Recht sowie etliche nationale Gesetze von Schutzgebietsausweisungen bis zu Planfeststellungen für abfallwirtschaftliche Anlagen oder Wasserwirtschaft füllen jeweils ein Kapitel. Drumherum werden übergreifende Richtlinien der Öffentlichkeitsbeteiligung beschrieben. Trocken werden die rechtlichen Anforderungen geschildert, Gesetze, einschlägige Urteile und offizielle Leitfäden als Quellen benannt. Entstanden ist ein systematisches Werk, welches einen Überblick über den formalen Rahmen vermittelt.

Kampagne gegen religiöse Diskriminierung am Arbeitsplatz

Die sozialen Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft werden in der Öffentlichkeit stets als Pluspunkt für die Kirchen wahrgenommen. Was viele Menschen nicht wissen: Das finanzielle Engagement der Kirchen hält sich in Grenzen, viele Einrichtungen wie Krankenhäuser oder Altenheime werden zu 100% aus öffentlichen Mitteln unterhalten. Dafür ist der kirchliche Einfluss auf die Arbeitsverhältnisse umso größer. Denn dort gilt ein eigenes kirchliches Arbeitsrecht, das zahlreiche Grundrechte der Beschäftigten einschränkt und insbesondere Konfessionslose diskriminiert. Die Kampagne GerDiA organisiert Gegenwehr: www.gerdia.de.



Religionsfreie Zonen ausrufen

Jeder Platz, jedes Haus, jede Veranstaltung oder jeder andere beliebige tatsächliche oder virtuelle Ort kann als Zone ohne Unterwerfung unter wahrheitsverkündende Anstalten oder Glaube an externe Steuermänner der Welt definiert werden. Dabei geht es nicht um Denkverbote (das wäre wieder absurd, den Glauben an Gott oder seltsam gekleidete Verkünder seiner vermeintlichen Gedanken zu verbieten - es verbietet ja auch kein Mensch dem anderen die Überzeugung, dass es Weihnachtsmänner gibt oder Chemtrails ... ist halt alles durchgeknallt, aber nicht verboten). Stattdessen wäre die Ausrufung und Kennzeichnung der öffentlich sichtbare Akt - am besten nicht nur als christentumskritische Aktion, sondern zusammen mit Aussteiger_innen auch anderer Religionen.

Christoph Besemer u.a.: **Politische Mediation**
(2014, Stiftung Mitarbeit in Bonn, 212 S., 12 €)
Ein schwieriges Buch - aus doppelter Sicht. Zum einen bringt es zwar, was nützlich ist, konkrete Tipps, wie Mediationsverfahren in Konfliktsituationen ausgestaltet sein können und sollten. Dabei steht der Erfolg der Mediation im Sinne der dort verhandelten Sache im Vordergrund. Zumindest werden grundlegende politische Praxisprobleme wie der Vorrang des Vorentschiedenen kaum thematisiert. Stattdessen werden teils absurde Behauptungen aufgestellt, z.B. dass sich Verwaltung immer an Gesetze halten würde (S. 61). Der unkritische Blick auf Mediation steigert sich zu einem ziemlich unsachlich niedermachenden Kapitel gegen die vorhandene Kritik an der Dialogformen zwischen unterschiedlich Mächtigen. Das allein ist schon problematisch. Wenn dann die Autoren noch aus der Mitte strategischer Teile politischer Bewegung stammen, wird es noch zweifelhafter, ein Buch dieser Form zu machen. Insbesondere bei Besemer und seinem stets blauäugigen Glauben an das Gute in gewalt-, aber nicht herrschaftsfreie Gesprächsformen, ist das aber nicht überraschend.

Sivasailam Thiagarajan/Samuel van den Bergh
Interaktive Trainingsmethoden
(2014, Wochenschau in Schwalbach, 318 S.)
A4 groß und ziemlich dick - so präsentiert sich diese umfangreiche Sammlung von Methoden für Gruppen- und Bildungsveranstaltungen. Es werden Vorschläge für Kennenlern- und Auflockerungsübungen, kleine Spiele und Reflexionsmethoden, Konzentrationstraining und Konfliktaustragung übersichtlich vorgestellt. So ergibt sich eine praxisnahe Sammlung von Ideen, die auf Seminaren ebenso hilfreich sind wie in allen Gruppenprozessen.

Paul Ackermann/Ragner Müller
Bürgerhandbuch
(2015, Wochenschau in Schwalbach, 310 S.)
Ein übersichtlich gegliedertes, ansprechend aufgemachtes Buch über all die Beteiligungsmöglichkeiten, die das bestehende System seinen Bürger_innen bietet. Vom Wählen (als „Kernstück der Demokratie“ bezeichnet - eine entlarvende Formulierung für eine Staatsform, die keine wirkliche Mitbestimmung möglich macht) über das Gründen oder Mitmischen in Parteien und Verbänden, Beteiligungsverfahren in Kommunalpolitik oder Planungen und Akteneinsicht bis zur Einflussnahme als Verbraucher_in erhalten die Leser_innen Einblick in Handlungsmöglichkeiten. Abbildungen zeigen Verfahrensabläufe, allerdings führt die Kürze der Darstellung zu Lücken. Einiges ist so verkürzt, dass es falsch wird, z.B. das Recht auf Akteneinsicht (S. 242), welches ganz andere und viel weitergehende Rechtsgrundlagen hat. Protestformen des zivilen Ungehorsams fehlen im Buch.

Frank Kuschel: **Haushalten mit links?!**
(2015, VSA in Hamburg, 110 S., 7,50 €)
Kommunale Finanzen sind ein Thema, welches meist nicht im Mittelpunkt politischer Initiativen, Vorschläge oder Proteste steht. Dabei sind Finanz- und Personalverhältnisse die entscheidenden Stellschrauben moderner Politiken. Da ist es gut, wenn Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Das tut das vorliegende Buch aber leider nur ein wenigen, eher kurzen Kapiteln. Hauptthemen sind allgemeine Abhandlungen über Steuern, deren Aufteilung sowie - am Schluss des Buches - politischen Positionen zur Frage von Schulden oder privatwirtschaftlichen Kooperationen.





Ressourcenkonflikt lähmt Klimaschutz

(kardan) Kein Frieden mit der NATO. Während wir zu grünem Konsum und Stromsparen erzogen werden, konzentriert die NATO Raketenbasen an der EU-Ostgrenze und Obama sieht die Verteidigung Europas als Priorität des Transatlantischen Bündnisses an. Die NATO-Politik macht Europa nicht sicherer, sondern sorgt für Spannungen mit Rußland: „Moderne" Zivilisationen sehen Energiesicherheit als Schlüssel für Stabilität: Kohle als „Brückentechnologie“, langfristig den Zugang zu Gas sichern. Die Konkurrenz um fossile Energie ist Hauptpriorität. Ein doppelt gefährliches Konzept.

Was eine Zivilisation ausmacht ist nicht explizit emanzipatorisch: Arbeitsteilung, Urbanisierung, Nationalismus, hierarchische Verwaltung und institutionalisierte Rechtssprechung. Diese dominierenden Konzepte zu delegitimieren sollte zum Repertoire von Klimabewegungen gehören.

„Wenn der globale Temperaturanstieg tatsächlich auf deutlich weniger als 2°C, möglichst sogar 1,5°C, begrenzt werden soll, wie im Paris-Abkommen beschlossen, dann reicht unser globales CO_2-Budget nur noch wenige Jahre" Solche Sätze hören wir häufig von NGOs wie powershift. Der ehemalige NATO-Generalsekretär Rasmussen war 2010 deutlicher: „Selbst wenn wir morgen alle Emissionen stoppen, erwarten wir bis 2040 eine Erwärmung um 2 °C.". Es gehe nicht mehr um die Senkung von Emissionen, sondern Beratung, sich an die globale Erwärmung anzupassen und mit Sicherheitskrisiken fertig zu werden.

Heutige Konfliktgebiete wie Ukraine und Syrien unterliegen auch der Konkurrenz um Gas, speziell die Transportwege. Harvardprofessor Mitchell Orenstein sieht den Krieg in Syrien als Konflikt über die Frage, ob Gas aus dem Iran über Syrien zum Mittelmeer, oder von Qatar über die Türkei nach Europa geliefert werden wird. Rußland drängte Assad 2009 einen Vertrag mit dem von US-Truppen besetzten Quatar zu verweigern. Das 2011 angekündigte Alternativprojekt sollte 2016 fertig werden, der Vertrag zwischen Iran, Irak und Syrien wurde 2012 unterzeichnet. Doch der Arabische Frühling kam dazwischen. 2013 stoppte Rußland einen UN-legitimierten Putsch in Syrien. Hintergrund war Frankreichs (vermutlich fingierter) Vorwurf, Assad habe die Bevölkerung mit Giftgas bombardiert. Stattdessen entschied Putin, unter dem Vorwand, gegen den IS zu kämpfen, die Opposition in Syrien zu bombardieren.

Der „Krieg gegen den Terror" läuft auf Hochtouren und ist für viele in der Region unerträgliche Realität. Gleichzeitig rüsten NATO-Staaten ein Raketenabwehrsystem auf: Radar in der Türkei und Norwegen (NATO-Partner), Raketen gespickte Schiffe aus Spanien und stationäre Abfangraketen in Rumänien und Polen. Die USA verschieben F-22-Jäger ans Schwarze Meer. Putin stationiert ein Radar auf der Krim, Atomraketen nahe Kalinigrad und Moskau, mobile S400-Raketenabwehrsysteme von St. Petersburg bis Khmeimim (Syrien) - 56 Bataillone bis 2020. Wer hat da Kapazitäten für Klimaschutz?

natochannel.tv

Schon wieder Kalter Krieg?

Nach dem Abschuss einer SU-24 im November 2015 an der türkisch-syrischen Grenze kündigte Rußland das bilaterale Visa-Abkommen und zog eigene Truppen aus der Türkei ab. 25 Jahre nach dem Totrüsten der Sowjetunion beobachten wir eine neue Blockbildung mit alltäglichem Kräftemessen – ein erneutes bedrohliches Wettrüsten. Polen, Estland, Lettland, Littauen und Rumänien sind inzwischen auf Seite der NATO, Georgien und Montenegro erwarten dem Bündnis beizutreten.

In der Ukraine streiten verschiedene Gruppen seit Jahren um Hegemonie. Die NATO verstärkt die Präsenz in der Region und kündigt an, dass der Status der Krim nicht hinnehmbar sei. Vier Bataillone (4.000 Uniformierte) werden ab 2017 in Nachbarschaft zu Rußland stationiert: Vier „Führungsnationen" nehmen auf unbestimmte Zeit Stellung in Estland (UK), Lettland (Kanada), Littauen (Deutschland) und Polen (USA).

Was war passiert? Die Orange Revolution hatte einen prowestlichen Präsidenten an die Macht gebracht. Über Jahre wurde ein Freihandelsabkommen mit der EU vorbereitet, um vom historischen Bruder unabhängig zu werden, mit dem es immer wieder Streit über die Bezahlung von Gas gab. Der prorussische Nachfolger stoppte die Verhandlungen und löste damit gewaltsame Aufstände in Kiev aus, die Regierung wurde gestürzt und Neuwahlen vorbereitet. Westliche Kräfte stehen im Verdacht, dabei eng mit nationalistischen Gruppen zusammen zu arbeiten. Gleichzeitig sickerten russische Spezialkräfte in die Region um Donets und Krim ein und übernahmen diese. Das war 2013.

Am 13. Juli 2016 erklärt der NATO-Generalsekretär Soltenberg, der anhaltende Zustand sei nicht länger hinnehmbar („profound and persistant disagreement“). Wiederkehrend ist von der „Aggression Russlands“ und „Annexion der Krim" die Rede. Bündnispartner NATO nimmt zu Recht Anstoß daran, dass Rußland, die Grenze eines anderen Landes missachtet und dessen Souveränität verletzte. Doch mit der Argumentation gibt es ein Problem, denn was tut „der Westen"?

150 Mio. Euro fließen jährlich in parteinahe Stiftungen in Deutschland, welche damit Weiterbildungen finanzieren. Auch bei der Vernetzung mit Elite- und Oppositionsgruppen spielen sie eine wichtige Rolle, z.B. mit Veranstaltungen für Marktwirtschaft und Demokratie nach westlichem Modell, oder Unterstützung nationaler Kräfte wie in der Ukraine. Als die Regierung Ecuadors 2014 Transparenz über die Ziele und Finanzierung von Projekten der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) forderte, wurde aus Protest das Büro geschlossen.

Im März 2013 wurden in Moskau und St. Petersburg Büros der KAS durchsucht, der Büroleiter Andreas Jacobs habe sich in „Angelegenheiten des Landes eingemischt und gezielt Zwietracht gesät“.

Die Grüne Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) gab „sich „besorgt“ über die „unerfreuliche Erscheinung“, dass in Medienberichten der Stellenwert ukrainischer Rechtsradikaler in den Protesten „überbewertet“ werde. [...] Andreas Umland, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Euro-Atlantische Kooperation Kiew, schrieb in einem Beitrag der Stiftung, Begriffe wie „Faschisten“ oder „Nazis“ seien zur Bezeichnung der Swoboda-Anhänger unangebracht.“. Umlands Büro, von der HBS finanziert (der Tradition des Atomwaffengegners Böll verpflichtet), bezeichnete die Entscheidung der Ukraine, 1994 ihre Atomwaffen abzuschaffen, als Fehler: „Solange ein Land keinen nuklearen Schutzschirm hat – entweder seinen eigenen oder den eines engen Verbündeten – stehen seine Integrität, sein Territorium und seine Unabhängigkeit infrage.

Dieser Artikel ist ungekürzt im Wiki abrufbar: gruenes-blatt.de

Ausblick

Es ist zu erwarten, dass Clintons Außenpolitik aggressiver werden wird als die Obamas (Trump würde sich nach eigenen Aussagen eher um Zäune in Amerika kümmern, als um Krieg in Europa).

Fossile Industrie, Militär und der Kampf um fossile Ressourcen hängen untrennbar zusammen. Militär bietet keine friedliche Lösungsoption für Ressourcenkonflikte, sondern resultiert immer in Ressourcenverschwendung und verkürzt den Klima-Countdown. Doch Militär ist wie Polizei nur Exekutive, die Befehlskette beginnt in Parlamenten als Interessenvertretung der Industrie. Um die Situation in den Griff zu bekommen, braucht es Entscheidungen gegen Militär, den Kurs der NATO und das Primat der Energiesicherheit in der Außenpolitik. Aus emanzipatorischer Perspektive bietet sich Klima- und Friedensbewegungen im Bündnis gegen Militär die Chance, parlamentarische Entscheiden durchzusetzen, mit Erneuerbaren den globalen Wettlauf um Energie zu überwinden.

Mehr dazu auf den folgenden Seiten.

Emanzipation gegen globale Erwärmung

(kardan) Die globale Erwärmung betrifft alle, mit existentiellen Folgen für jene, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Diese Ungerechtigkeit wird verschärft durch den Umstand, dass die 90 hauptsächlich verantwortlichen Unternehmen ihre Emissionen nicht senken, sondern in einem Wettlauf sogar vergrößern. Ob sich die Verantwortung auf einzelne Unternehmen eingrenzen lässt, ist eine Frage für sich, aber in der Art wie die fossile Industrie ihren Einfluss auf die Politik geltend macht, verhindert sie wirksame Methoden zur Senkung von Emissionen und sorgt dafür, dass marktkonforme Lösungen wie CO_2-Zertifikate für sie keine Kosten verursachen. Weil Zertifikate kostenlos an die größten Verbraucher verschenkt werden, liegt der Preis pro Tonne im März beo 4,91 Euro / Tonne. Was sind mögliche Antworten?

Bundregierung hofiert fossile Industrie

RWE steht laut FAZ vor dem Aus, wird aber von der Bundesregierung gerettet mit 1,6 Mrd. für das Stillegung veralteter ineffektiver Kraftwerke. Die energiehungrige Industrie (in NRW) fordert langfristig biligen Strom, um mit chinesischen Exporten wettbewerbsfähig zu sein. Die Subventionen für die Stahlindustrie belaufen sich auf 2 Mrd. pro Jahr, 900 Mio allein für Zertifikate. Ingenieur*innen haben im Land der Hochtechnologie einen großen Einfluss, so groß, dass die IG BCE durch erfolgreiches Lobbying erreicht, dass die Bundesregierung gegen den Vertrag von Paris verstößt. Dieser enthält freiwillige und nicht bindende Zusagen von Teilnehmden Staaten, Emissionen einzuschränken, um die Erwärmung bis 2100 auf 1,5°C zu begrenzen. Doch dies ist Sand in die Augen der Allgemeinheit, weil bereits ohne weitere Emissionen ein Anstieg um ein weiteres Grad (ingesamt 2 °C) bis 2040 zu erwarten ist.

Wenn Industrieunternehen mehr als 17% ihres Umsatzes für Strom rausschmeißen, werden sie dafür mit der Befreiung von der EEG-Umlage belohnt. Gleichzeitig werden Unternehmen für Einsparungen bestraft, wenn sie z.B. durch effektivere Technik oder Prozessoptimierungen unter diese Grenze fallen. Daher fordert die IG BCE eine 80%-ige Befreiung von CO_2-Äquvalenten wenn der Anteil über 14 % liegt. Zu rechtfertigen wäre eine solche Befreiung aber nur, wenn es für Verträge mit Ökostromanbietern.

Chemie- und Stahlindustrie (in NRW) bestehen auf günstigen, steuerbefreiten Strom ohne Belastung durch CO_2-Äquivalente. Die Stahlinudstrie sieht in einem Preiskampf mit China und droht wie gewöhnlich wird mit Standortverlagerungen ins Ausland. Das sind Nebelkerzen, denn nur größere Player können sich dies überhaupt leisten und die Erfahrungen nach zahlreichen Rückverlagerungen zeigen, dass Zugang zu qualifiziertem Personal, Partizipation, Produktqualität und Lebensqualität als wichtigere Erfolgsaktoren gegenüber Stückkosten und Lohnniveau anzusehen sind. Die Vertretung von Partikularinteressen der fossilen Industrie macht auch volkswirtschaftlich keinen Sinn, den „unser“ Wohlstand begründet sich auf Automatisierung, hohe Qualifizierung und steuerbasierte Sozialversicherungen. Dem Ruf zum Erhalt von Arbeitsplätzen wird aber meist nur nachgekommen, wenn die Gewinnspanne stimmt und Steuern zu erwarten sind. Gefördert werden also eher Großunternehmen, als der Mittelstand. Wenn ein Autokanzler eine Branche bevorzugt gilt dies als vertretbar, wenn auch etwas anrüchig. Dafür werden auch ungenutzte Halden produzierter aber nicht nachgefragter Neuwagen hingenommen.

Auch wenn wir durch diese Prozesse durch Konsumverhalten nicht direkt steuern können, profitieren wir alle von der Überproduktion. Dieser sogenannte Trickle Down-Effekt führe dazu, dass Wohlstand nicht nur der besitzenden Elite und qualifizierten Beschäftigten zu Gute kommt, sondern auf Umwegen auf die ganze Gesellschaft niederregne. Das ist teilweise wahr, auch wenn dadurch nicht alle finanziell über der Armutsgrenze leben können und viele trotz Job(s) zu wenig verdienen, um sich die Produkte zu kaufen, die sie mitproduziert haben. Allerdings beschreibt Armut eher einen Mangel sozialer Interaktion und Möglichkeiten der Selbstverwirklichung, das Einkommen ist dabei eher sekundär und spielt für Menschen, die ohne Geld leben, keine Rolle.



Klimaschutz nach dem Geschmack von IG BCE und Bundesregierung: Kahlschlag für den Tagebau Hambach im Frühjahr 2016. Sind Arbeitsplätze wichtiger als Ökosysteme?

Fossile Infrastruktur zerstören!

Wer sind die größten Emittenten? Wer in der Politik unterstützt diese? Was können wir dagegen tun? Neben Onlinepetitionen, Protestbriefen, zivilem Ungehorsam wäre das irreversible Abschalten von Kraftwerken das effektivste Mittel, Emissionen zu senken. Da wir nicht entschlossen genug sind, Angst vor langjährigen Haftstrafen haben, bzw. die Organisiertheit fehlt, geschieht das nicht, obwohl wir wissen, dass es notwendig ist. Tun was wir wissen!

Extraktivismus ist nicht nur eine Frage des Klimaschutzes, sondern ein Zeichen mangelnder Gerechtigkeit und Partizipation. Der Diskurs darüber sollte auf fundamentale Änderungen der Entscheidungsstrukturen abzielen, statt brav die vorgegebenen Nicht-Kommunikationsmuster zu bedienen.

Neben sinnvollen Projekten wie Klimaschutzwettbewerbe für Kitas, Schulen und Kommunen fördert die Energieagentur NRW den Industrieaustausch und bringt im September beim Workshop „Untertageprozesse und Automation im chilenischen Kupferbergbau“ Produktionsunternehmen von Bergbautechnik mit dem staatlichen Kupferkonzern Chiles Codelco zusammen. Dieser betreibt in Chuquicamata den größten Tagebau der Welt s. Foto) mit einer Tiefe von 1.100 Metern (Kupfer wurde bis 1,8 km Tiefe nachgewiesen. Geplant sind 45 Mio. Tonnen Erzförderung pro Jahr). Außerdem untersucht Codelco das Regenwaldgebiet Intag in Ecuador. Chilenische Kupfervorkommen machen 40% der Weltreserven aus.



Sieht aus wie Kunst muss aber weg: Kupfertagebau Chuquicamata in Chile

Kooperation als politische Strategie

Wie kommen wir raus aus der Logik, Klimaschutz von oben organisieren zu wollen? Traditionell gibt es in der radikalen Linken eine Skepsis gegenüber Parlamenten. Die außerparlamentarische Opposition (APO) prägte diese Verweigerungshaltung gegenüber demokratischer Politik. Zu Recht, denn diese setzt einen Rahmen, der echte Lösungen vereitelt und Menschen zur Anpassung zwingt.
Ein Beispiel: Der aktuelle Bundesverkehrswegeplan der Bundesregierung priorisiert Straßenbau. Besser wäre es, Güterverkehr über Schienen zu fördern. Es hätte enormes Potential, Autobahnen mit Solaranlagen zu überdachen. Ein solches steuerbasiertes Programm wäre eine Antwort auf den Ruf nach sicheren Arbeitsplätze, würde den Verkehr sicherer machen und wäre ein Infrastrukturprojekt, das Elektromobilität auf Jahrzehnte nachhaltig stärken würde. Es liegt daher nahe, eine parlamentarische Lösung anzustreben, um fossile Industrie gesetzlich zu begrenzen. Darin besteht die Gefahr für soziale Bewegungen, weil sie Vielfalt einschränkt und Selbstwahrnehmung über die eigene Wirkmächtigkeit an den Erfolg beim Ändern von Wahlergebnissen koppelt. Protest zu organisieren und Parlamente zu etwas aufzufordern, ist kein ausreichender Umgang damit, sondern selbst gewählte Unmündigkeit.
Mit Klimacamps hat sich eine neue Kommunikationskultur etabliert. Im August gab es auf dem Camp Gespräche mit der Initiative „Schnauze voll“. Bei Demos um den Tagebau waren parlamentarische Beobachter*innen dabei. Deutschlandradio Kultur interessierte sich für die Technik des systemischen Konsensierens, eine Entscheidungsform, welche die Widerstände gegen mögliche Ausgänge in den Vordergrund stellt, anstatt wie in demokratischen Prozessen üblich Mehrheiten über Minderheiten zu bilden. Solche praktischen Alternativen gelebter Herrschaftskritik sind nötige Risse im demokratischen Machtapparat.
Nötig ist ein fundamentaler kultureller Wandel. Transparenz als Basis für Vertrauen und Kooperation. Bei Debatten lohnt es sich, zuzuhören, anstatt nur den eigenen Standpunkt anbringen zu wollen. Dem geforderten Kohleausstieg im Rheinland und der Lausitz wird häufig der Erhalt von Arbeitsplätzen entgegen gehalten, um „Strukturbrüche" zu vermeiden. Dies einfach abzutun verspielt die Chance für einen Dialog. Menschen mit Ingenierabschluss können meist mehr, als Bagger fahren, es fehlt oft nur die Motivation, sich auf etwas Neues einzulassen. Durch ein Eingehen auf die Situation lassen sich evtl. Perspektivenwechsel erreichen - auf beiden Seiten. Um neue Projekte entstehen zu lassen, sollte versucht werden, Potentiale in Handlungsmöglichkeiten zu verwandeln.
So sinnvoll es ist, sich an Debatten zu beteiligen, Bewegungen sollten konkreten Widerstand dabei nicht unterlassen, oder ihre Systemkritik verwaschen. In Pressemitteilungen kann ein radikaler Wandel beschrieben werden, gerade weil miteinander nach Lösungen gesucht wird. Dies ermöglicht das Verständnis der Forderung nach einem Systemwechsel.

NETs statt „Klimaschutz“?

Hans-Josef Fell, Autor des EEG-Gesetzes von 2000, beschreibt in seinem Buch "Globale Abkühlung" Methoden, Kohlendioxid zu binden und die Wirtschaft gerechter zu gestalten – mit Erneuerbaren Energien. Ein interessantes Modell ist die erfolgreiche Mikrokreditvergabe durch die Grameenbank z.B. für Solarhome-Systeme in Bangladesh. Während milliardenschwere Kohle- und Nuklearenergie-Förderung bei den ärmsten kaum ankommt, beschreibt Nancy Wimmer in „Innovation und Energie für Millionen Dörfer“ wie Solartechnik und energiesparende Beleuchtung ein effektives Mittel gegen Armut sind und Kindern auch nach Sonnenuntergang ermöglicht, zu lernen. Der Zugang zu Energie wird auch in den UN Millenniumzielen als Schlüssel gegen Armut angesehen, denn in der Regel kommt das soziale Leben mit dem Einbruch der Dunkelheit für Milliarden Menschen zum Erliegen.
Statt dessen setzen Industrienationen nicht (mehr) auf das Einsparen von Emissionen, sondern auf Adaption und „negative emission technologies“ (NETs). Das meint ein späteres (teureres) Binden von Kohlendioxid mit Hilfe moderner z.T. unausgereifter Technik wie Kohlenstoff bindenden Bakterien (10 kg pro Anlage und Jahr), oder BECCS: Energiepflanzen erzeugen in BHKW Strom und Wärme, spalten dabei energieintensiv Kohlenstoff ab, welcher unter der Erde oder im Meer entsorgt werden soll. Die Anlagen und der Transport sorgen dabei für weitere Emissionen. Es gibt Forschungsansätze, Kohlenstoff im Boden anzureichern, indem Grasmischungen statt Energiepflanzen zum Einsatz kommen. Eine andere Option ist der maschinelle Humusaufbau mit Häcksler und Wendemaschinen. Statt Biomasse zu wenden, wobei auch Kohlenstoff entweicht, kann in großen Mieten Wärme erzeugt werden. Doch auch dafür brauchen Maschinen Energie, bisher fossilen Treibstoff. Selbst mit Solarstrom betrieben, bliebe zu vermuten, dass Kompostierung im Rahmen kleinteiliger Permakultur oder Fruchtfolgen effektiver ist.
Weitere Formen des Geoengeneerings sind unausgereifte Großprojekte für Science Fiction-Fans wie Spiegel im Weltall oder künstliche Bäume. Die Frage bleibt, ob und wie innerhalb von hundert Jahren eine Terra-Tonne (10^12 Tonnen) Kohlenstoff aus der Athmosphäre gebunden werden kann. Selbst wenn weltweit auf 500 Mio. Hektar jährlich 10 bis 50 Tonnen Biomasse zum Humusaufbau ausgetragen würden, wären das jährlich nur 5 bis 25 Mrd. (10^9) Tonnen CO_2. Pro Jahr werden 35 Gt ausgestoßen und die globale Anbaufläche von Getreide beträgt 700 Mio. Hektar, jährlich gehen davon etwa 10 Mio. Hektar verloren. Diese mit Agroforst und Humusaufbau wieder in kultuvierbares und bewohnbares Land zu verwandeln, wäre eine sinnvolle Entwicklungs-Aufgabe – im Gegensatz zu Hermes-Bürgschaften zur Förderung von Atomkraft.

Alternative Strukturen gründen

Es ist keine Frage, die Industrielandschaft muss gewandelt werden, angefangen bei der Verschwendung von steuerbebfreitem Strom, bis hin zur Frage nach der Motivation für Produktion - Export oder lokale Bedürfnisbefriedigung.
Denk- und Handlungsspielräume sind in Aktiengesellschaften zu klein für nötige Umgestaltungen. Der Profitzwang diktiert ein höher, schneller weiter. Weg damit!
Kann es helfen, anders zu wählen, grüner zu konsumieren, andere zum Divestment zu bewegen, Abgeordnete zu überzeugen oder selbst im Parlament zu sitzen? Schrittweise vielleicht, aber es sind strukturelle Änderungen nötig.
Wenn wir Produktion und Verteilung von Gütern und Geld an sich kritisieren, brauchen wir eine Alternativstruktur für die gesamte Kette. Partiizipationsprobleme staatlicher Einrichtungen und repressive Strukturen erforden den Aufbau unabhängiger Infrastruktur.
Hört mensch auf, in marktwirtschaftlichen und staatlichen Logiken zu denken, fallen Steuern, Subventionen, Krankenversicherung, vermutlich auch Privatbesitz an Automobilen, Geld, Zins- und Profitzwang weg. Stattdessen baut bedürfnisorientierte Wirtschaft Produktionseinheiten nach Bedarf von unten auf: intelligente stromsparende Produktionsprozesse mit minimalen Ressourcenbedarf und Rohstoffimporten.
Bedeutende Veränderungen beginnen mit naiv klingenden Ideen, doch Energiegenossenschaften sind bereits Realität geworden. Die regierungsnahe Energieagentur NRW zählt 1.000 Energiegenossenschaften in Deutschland und hat mit dem Projekt ENERKON zur Analyse von Konflikten in Energiegenossenschaften einen Leitfaden und Fragebogen veröffentlicht, um Ziel-, Prozess- und Verteilungskonflikte früh zu erkennen und auszuräumen.
Unabhängigkeit von Einkommen beginnt mit Gemeinschaftsbesitz und autarker Produktion von Nahrung, Energie, Werkzeugen bis hin zu Fahrzeugen, Batterien, Solarpanels und Elektronik. Genossenschaftliche Instratuktur kann z.B. Konkursunternehmen übernehmen und Beschäftigte, Betroffene von Umweltprobleme und potentielle Käufer*innen an einen Tisch bringen. Das öffnet den Weg zu gemeinsamer Teilhabe und Prosumption (Produktion und Konsum) im lokalen Rahmen. Ob gewinn- und exportorientiert gewirtschaftet wird, definiert nicht mehr eine kleine Führungsgruppe, sondern die Basis einer Region. Das Ideal ist freiwilliges Beitragen statt Zwangsstrukturen, bei finanziellen Engpässen kann gemeinsam nach Lösungen gesucht werden. Der Mehrwert bleibt in der Gemeinschaft. Dies läuft auf eine Umgehung klassischer Zwangsfinanzierung öffentlicher Einrichtungen und Sozialleistungen (Steuern) hinaus, was sinnvoll ist, denn nur was wir freiwillig geben, macht uns auch glücklich.
Parallell bleibt es nötig, auf Parlamente Einfluss zu nehmen, aber nicht als gelähmte Opposition, sondern als Sprachrohr kreativer Alternativbewegungen. Diese Entwicklung könnte Jahrzehnte dauern, doch wir können jetzt anfangen (und sind nicht die ersten). Kein Grund also, sich von großen Zielen lähmen zu lassen. Nötige neue effektivere Kommunikationstechniken können wir auf dem Weg entwickeln.

Schon wieder ein Kinofilm, dessen Beliebtheit als seiner Beliebigkeit resultiert

Welt ändern? Lieber „tomorrow" ...

_jb_ Der nächste bitte ... Nach „Projekt A", der aus der revolutionären Idee des „Anarchismus" einen gepflegten Bettvorleger der Bürgerlichen machte (siehe grünes blatt Frühjahr 2016), füllt ein neuer Film die Kinos. Seine Mission ist etwas anders, aber ähnlich fatal und dem gleichen Ziel folgend: Widerstand ist nicht mehr nötig – ein bisschen Begrünung des kapitalistischen Wahns reicht.

Auch in der Werbung für den Film: Die Nutznießenden der ungerechten Verteilung auf der Welt sind die Guten und stehen im Vordergrund.

Die Protagonist_innen des Films kommen aus gesellschaftlichen Eliten, sind dort auch nach wie vor aktiv (z.B. ist Mélanie Laurent laut Wikipedia Klima-Botschafterin für Ex-UNO-Chef Kofi Annan) und verhalten sich auch so. „Als die Schauspielerin Mélanie Laurent („Inglourious Basterds", „Beginners") und der französische Aktivist Cyril Dion in der Zeitschrift „Nature" eine Studie lesen, die den wahrscheinlichen Zusammenbruch unserer Zivilisation in den nächsten 40 Jahren voraussagt, wollen sie sich mit diesem Horror-Szenario nicht abfinden", steht als Eigenwerbung auf www.tomorrow-derfilm.de. Frage: In welchem Elfenbeinturm haben die eigentlich seit 1972 bzw. seit ihrer Geburt gelebt? Noch mehr deutet auf ein wohlbehütetes Aufwachsen in Reichenschichten hin. Denn: „Schnell ist ihnen jedoch klar, dass die bestehenden Ansätze nicht ausreichen, um einen breiten Teil der Bevölkerung zu inspirieren und zum Handeln zu bewegen. Also machen sich die beiden auf den Weg." Und zwar mit dem Flugzeug und vor allem zu Menschen, die jung, schön und gebildet wirken. Zusammen mit den Filmemacher_innen, die sich ausgiebig auch selbst zeigen, entsteht dort, wo sie filmen, eine Atmosphäre von Dauerparty für eine bessere Welt – inmitten von viel Elend, welches die Kamera nur auf den Reisen nebenbei streift. „Was sie finden, sind Antworten auf die dringendsten Fragen unserer Zeit." Dazu gehören die regionalen Währungen, ohne dass kritische Stimmen an solcher Verwertungsausdehnung in kleinste Lebensbereiche zu Wort kommen. Dann bekommen wir Briefumschläge aus dünnerem Papier als Weltlösung präsentiert. Neben dem ziemlich platten product placement (eingebettete Werbung) beeindruckt die lange Kamerafahrt durch riesige Kartonstapel - sie alle sind in Plastik eingeschweißt, was offenbar niemandem aufgefallen ist. Daneben gibt es Mikrokredite, die schon als Fehlschlag entlarvt waren, als das Filmprojekt startete, und Komposthaufen.

Viele Passagen des Films wirken nicht nur oberflächlich, sondern schlampig. O-Ton: „Erneuerbare Energie ist also möglich, wenn wir Energie sparen und gleichzeitig weniger verbrauchen". Aha. Bei Aussagen, dass menschliche Gemeinschaften „wie eine Zelle im Körper" funktionieren würden, fehlt nicht nur – wie im gesamten Film – jegliche Herrschaftsanalyse, sondern hier füllt platter Biologismus das Denken. Am Applaus für den Film, der bis ins linke Lager (z.B. die Zeitung SoZ) reicht, ändert das nichts. Einziger Lichtblick: Ein Interviewter im Film berichtet von einem Forum über erneuerbare Energie in Texas. Den Erfolg führt er darauf zurück, dass die Mitwirkenden nicht gewählt, sondern ausgelost wurden. Das riecht ein bisschen anarchisch, aber die Filmemacher_innen scheinen es gar nicht bemerkt zu haben. So ist es kein Wunder, dass der Bewerbungsspruch oben auf www.tomorrow-derfilm.de von David Nabarro, dem UN-Beauftragten für Klimapolitik und nachhaltige Entwicklung, stammt. Die Herrschenden wird freuen, dass Umweltschutz, der Kampf für eine bessere Welt und selbst die Idee der Anarchie jetzt in den globalen, bürgerlichen Kapitalismus eingemeindet ist. Sie sind sozusagen die Kreide, die bei der Zerstörung der Welt neuerdings tonnenweise gefressen wird.

Ein Beet vor der Polizeistation, ein gießender Cop – fertig ist die Weltrettung.

Nachrichten aus Herrschaft und Widerstand

Direct Action Kanal auf Youtube

War es anfangs nur die Verfilmung des Vortrags „Direct Action" zur Kunst des kreativen Widerstands (5.12.2015 in Köln, Link: https://youtu.be/cruXcOk1egw), so ist inzwischen ein ganzer Kanal mit Tutorials und Erklärungen zu kreativen Widerstandsmethoden entstanden. In ihm werden kleine Anleitungen und Beispiele für Aktionsformen und -methoden gesammelt. Zu finden ist er unter https://youtube.com/channel/UCuH9U3DEearzplYkBQy8OaQ bzw. mit den Suchbegriffen „direct action kanal" auf Youtube oder Suchmaschinen.

Traditionell verfolgt - keine Entschädigung!?

Zwangssterilisierten und "Euthanasie"-Geschädigten wurde in der Bundesrepublik bis 1980 jegliche Entschädigung als NS-Opfer verweigert. Die immer wiederkehrende Argumentation dafür war, dass ihr Leid "kein typisches NS-Unrecht" sei und sie somit nicht unter den § 1 des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) - Verfolgung aus Gründen der Rasse - fallen würden. Man schloss Zwangssterilisierte und "Euthanasie"-Geschädigte aus dem BEG aus.

Mehr Infos einschließlich des Appells zur Anerkennung Zwangssterilisierter und Euthanasie-Geschädigter als NS-Verfolgte stehen auf http://euthanasiegeschaedigte-zwangssterilisierte.de.

Gegen jegliche Repression – und trotzdem für die Fußfessel (statt Haft)

„Ich selbst bin ein Gegner sämtlicher staatlicher Kontrolle", so beginnt André Moussa seinen Appell für eine konsequente antirassistische Linie und Gefängniskritik – aber gleichzeitig dafür, jeden Schritt raus aus dem ummauerten Leben als Fortschritt zu sehen: „Vorschläge wie eine Fußfessel, also eine elektrische Fußfessel bei Tätern wie z.B. Sexualstraftätern (die freiwillig die Fußfessel wählen sollen) sind hier zu überlegen, es ist doch legitim von mir, dies auch zu fordern! Alle Reformer vom Volljurist bis hin zu Kollegen innen, Genossen_innen und Freunde_innen im Kampf gegen Haft, sind viele nicht selbst von Haft betroffen, da kann man natürlich auch anderes fordern. Doch wer hier in der BRD, wie ich (z.B.) mit Willkür, Repressalien Tag für Tag leben muß, der krank gemacht wird, weiterhin nicht im Liegen schlafen kann, da ich unter solchen Schmerzen leide, die nicht einmal mit der Einnahme des Substitut (10 ml Methadon) lindern ...". Der ganze Appell unter http://de.indymedia.org/node/9421.

Bessere-Welt-Romantik als Buch

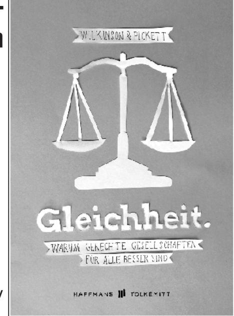
***jb* Gut geförderte Filme, in denen Oberschichtmenschen mit wohlgeformten Körpern und Sprechweisen den bessergestellten Zuschauer_innen in bequemen Kinosesseln weichgespülte Weltrettungsideen zeigen, sind nur eine Variante der geistigen Verwirrung, die Umwelt- und andere politische Bewegungen in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten gegangen sind. Überall ist in Mode gekommen, die Metapher der Revolution und den Schreckbegriff der Anarchie in Bessere-Welt-Ideen zu integrieren und das gute Gefühl vermitteln, dass Weltrettung ganz einfach ist. Mitunter kommen dabei sogar brauchbare Einzelideen heraus, doch die Ansätze im Gesamten fallen zum Haareraufen aus.**

Eine andere Art, mit der Idee der Anarchie umzugehen, wählt James C. Scott, Professor für Politikwissenschaften an der Yale University, mit seinem „Applaus dem Anarchismus" (2014, Peter Hammer in Wuppertal, 175 S., 24 €). Er reiht Gedankensplitter und Beispiele aneinander, vor allem Beobachtungen aus seinem eigenen Leben, aber auch einige weltgeschichtliche Ereignisse über die er quasi schreibend nachdenkt. Rein intuitiv entdeckt er, die Geschehnisse nach eigener Meinung durch eine Art anarchistischer Lupe betrachtend, das Grauen von Bürokratie und Machtgebrauch in allen Lebensbereichen. Aufklärerisch erläutert er, welchen Schaden diese in der Welt anrichten. Leider schreitet er von dort nicht weiter und unterzieht seine Beobachtungen einer genaueren Herrschaftsanalyse. So verliert er sich in Details und schont zudem die ökonomischen Machtverhältnisse. Auch wenn er sich schon zu Beginn von der abstrusen Ideenwelt des Anarchokapitalismus distanziert, liefert er mit seinem Buch doch eher eine Werbeschrift genau dafür ab: Der Staat soll sich zurückziehen und die Welt dem freien Spiel der Kräfte überlassen. So lobt Scott Verstöße gegen starre Verkehrsregeln, hinterfragt aber nicht das herrschaftstriefende System „Autoverkehr". An anderen Stellen bejubelt er das Kleinbürgertum aus Grundbesitzern und Ladeninhabern – alles durchgehend ohnehin frei von Belegen und Quellen (außer einigen Zitaten). Anarchie muss mehr sein.

Scotts Gedanken könnten auch Rainer Fischbach gefallen. Der ist ein typischer Technikfetischist, der in der weiteren Entfesselung der Produktivkräfte die Hoffnung wittert. Weil er geschickt Marxsche Gedanken in seine Weltsicht einpflegt, wurde er selbst in linken Kreisen hoffähig. Sein Buch „Mensch, Natur, Stoffwechsel" erschien dieses Jahr im linken Papyrossa-Verlag in Köln (285 S., 19,90 €). Seine Kritik an den bestehenden Verhältnissen lohnt die Lektüre, bei seinen Vorschlägen für eine ingenieursgerechte Gesellschaft scheut er aber selbst vor einem Pakt mit den Kapitalisten nicht zurück (S. 208): „Ein entsprechendes, hegemoniefähiges linkes Projekt, das die Aufgabe des Re-Engineerings des menschlichen Stoffwechsels mit der Natur unter einer humanistischen Zielsetzung aufnimmt, wird auf Diskursangebote, die die Funktionseliten des industriellen Systems nicht von vornherein als dilettantisch abzuweisen vermögen, nicht verzichten können. Ein linkes Projekt mit der Aussicht, das Bündnis der Führungsschichten der Finanz- und der Industriesphäre, das konstitutiv für das neoliberale Regime war, aufzulösen, wird es ohne einen, wenigstens partiellen, Einbruch in die industriellen Führungsschichten nicht geben."

Effektiver Altruismus

Gleich zwei neue Bücher bieten Tipps für alle Menschen, die nicht Ursachen bekämpfen, sondern die Folgen besser lindern wollen. Der eine, Peter Singer, setzt sich schon lange mit solchen Fragen auseinander. Frühere Gedanken unter anderem zur Frage, ab wann menschliches Leben erhaltenswert ist, haben ihm viel Kritik eingebracht, ihn aber auch zur Ikone mancher Tierrechler_innen und missionarischer Humanst_innen werden lassen. Im neuen Werk mit dem Untertitel „Eine Anleitung zum ethischen Leben" (2016, Suhrkamp in Berlin, 237 S., 24,95 €) präsentiert er seine Leitlinien, wie Geldspenden gezielter eingesetzt werden können. Sein Plädoyer ist hoch-moralisierend, sämtliche Machtverhältnisse und Optionen zu deren Veränderungen werden ausgeblendet - so als hätten Unterdrückung, Ausbeutung und Zerstörung von Mensch und Umwelt keine strukturellen Ursachen. In seinem Fahrwasser schwimmt William MacAskill mit „Gutes besser tun" (2016, Ullstein in Berlin, 288 S., 18 €). Er steigert den Ansatz dann zu einer grundlegenden Kritik, dass persönliche Verhaltensänderungen und nachhaltiger Konsum nichts bringen, um am Ende genau solche Vorschläge zu machen – und dazu auch noch welche, die zeigen, dass der noch recht junge Autor vor allem eines hat: Gar keine Ahnung von politischen Kämpfen und Handlungsmöglichkeiten. Effektiver Altruismus ist die Krönung der Idee, die Machtlosen zu modernen Schadensbegrenzungstruppen des Weltkapitalismus zu machen.



Lieber an die Ursachen gehen!

Der beschriebenen Realitätsverweigerung oder, schlimmer, bewussten Manipulation des Denkens zugunsten einer Akzeptanz der bestehenden Verhältnisse setzen Richard Wilkinson und Kate Pickett einen entschiedenen Ruf nach „Gleichheit" (2016, Haffmans/Tolkemitt in Berlin, 336 S., 12,92 €) entgegen. Sie entlarven den „Pritzelkram" (Hermann Löns vor vielen Jahrzehnten zu Umwelt- und Eine-Welt-Konzepten, wie sie heute wieder in Mode sind) als wirkungslos und fordern eine radikale Demokratisierung der Wirtschaft. Zwar bleiben sie in der alten Klassenidee hängen und wollen vor allem die Arbeiter_innen beteiligen – aber immer stellen sie die Machtfrage und beschreiben die Folgen der Ungleichheit selbst in den gesellschaftlichen Bereichen, die in den Gute-Miene-zum-bösen-Spiel-Filmen und -Büchern immer weggelassen werden: Soziale Ränder, Gefängnisse usw. Darüber muss mensch sich heute schon freuen, dass es überhaupt noch geschieht.

Einen konkreten Vorschlag unterbreiten Georgios Zervas und Peter Spiegel mit „Die 1-Dollar Revolution" (2016, Pipier in München, 256 S., 20 €). Sie schlagen einen „Globalen Mindestlohn gegen Ausbeutung und Armut" (Untertitel) vor und zeigen, welch bemerkenswerte Auswirkungen eine solch klein erscheinende Maßnahme hätte. Ein solcher Vorschlag wäre immerhin der Anfang einer Umverteilung, die nicht nur auf die Gnade der Bessergestellten setzt. Da die Kaufkraft eines Dollars in vielen Ländern sehr hoch ist, untergräbt der Vorschlag auch nicht die Mindestlohn- und Grundeinkommensdebatte in Deutschland, sondern fügt dieser eher ein Plädoyer für eine weltweite Umsetzung an.

Der folgende Text wurde als Leserbrief an die ÖDP verfasst

Sinn von Regeln falsch eingeschätzt

***jb* Im Organ der Ökologisch-Demokratischen Partei names „ÖkologiePolitik“ (Aug. 2016, S. 18) schrieb der langjährige bayrische Vorsitzende Bernhard Suttner einen Text, der für Ordoliberalismus, eine staatlich regulierte Marktwirtschaft werben soll.**

Die Grundaussagen des Textes sind wenig neu und basieren auf der durch stetige Wiederholung nicht richtig werdenden Behauptung, dass radikale Marktwirtschaft und Planwirtschaft zwei Pole bilden, zwischen denen ein Aus- und dritter Weg gefunden werden sollte. Tatsächlich sind sich die beiden vermeintlichen Pole in vielen Punkten sehr ähnlich. So brauchen beide eine machtvolle Institution wie den Staat, um die Menschen davon abzuhalten, einfach selbst ihre Bedürfnisse zu befriedigen und dafür ihre Belange zu koordinieren, sei es in Abgrenzung oder durch Kooperation.

Der Text von Bernhard Suttner ist aus einem anderen Grunde interessant – nämlich hinsichtlich der vier Thesen am Anfang. Wie aus der Formulierung „relativ leicht als absurd zu erkennen“ hervorgeht, hält Suttner alle Aussagen der Thesen für unsinnig und glaubt, dass auch die Leser_innen ihm dort folgen – bei den ersten drei Thesen sofort und bei der vierten spätestens nach seinen Erläuterungen. Doch schauen wir uns die Thesen mal genauer an. Es ist nämlich ganz anders. „These 1: Verkehrsteilnehmer wollen ihre Ziele schnell erreichen. Das geht am besten, wenn die Straßenverkehrsordnung weitgehend abgeschafft wird.“ Suggerieren will Suttner, dass stattdessen ein geregelter Verkehr sinnvoller ist. Aber schon bei dieser These zeigt ein genauerer Blick, dass das nicht stimmt. Regeln und Verkehrsschilderwald tragen wenig zu mehr Verkehrssicherheit und schnellem Vorankommen bei. Im Gegenteil sind die Unfallzahlen niedriger, wenn die Fahrer_innen mehr aufeinander achten. Verkehrskreisel sind z.B. günstiger als Ampelkreuzungen. Hier liegt Suttner aber immerhin noch nicht ganz daneben, auch wenn vieles dafür spricht, dass er die These formuliert hat, ohne sich wirklich zu informieren. Sehr viel deutlicher wird das bei „These 2: Sportler wollen Wettkämpfe gewinnen und Freude erleben. Deshalb sollte es keine einengenden Vorschriften wie z.B. das Dopingverbot geben.“ Es gibt ein spannendes, seit Jahren andauerndes Experiment, was eigentlich eher aus der Not geboren wurde, nicht genügend Schiedsrichter_innen zu haben. So wurden in einigen Ligen des Jugendfußballs Spiele ohne solche ausgetragen. Die Mannschaften mussten sich einigen. Das Beeindruckende: Die Spiele verliefen harmonischer – störend waren nur die Eltern am Rande, die für Regelgenauigkeit statt Vereinbarung eintraten und immer wieder die gute Stimmung versauten. Das ist ein beeindruckender Beleg, dass Regeln und vor allem Kontrolle nicht immer oder vielleicht auch nie die Lage verbessern, sondern dass die Menschen in freien Vereinbarungen besser miteinander klar kommen - vorausgesetzt, dass niemensch von Anderen beherrscht wird. Ähnlich zweifelhaft ist auch die „These 3: Menschen wollen angenehm wohnen. Aus diesem Grund sollten alle Hausbewohner ohne Hausordnung tun und lassen können, was ihnen gefällt.“ Hausordnungen werden von jemensch erlassen, die_der Abweichungen auch sanktionieren kann. Das verlagert Verstöße ins Geheime, fördert falsche Darstellungen und gegenseitiges Misstrauen. In den 70er Jahren gab es gute Erfahrungen mit regellos gemeinsam gestalteten Innenhöfen. Bleibt „These 4: Die Wirtschaft funktioniert dann am besten, wenn das freie Spiel der Marktkräfte ungehindert ablaufen kann.“ Die ist aus einem ganz anderen Grund falsch, wie auch der nachfolgende Satz: „Einflussreiche Teile der internationalen Wirtschaftswissenschaft plädieren für eine weitgehende De-Regulierung.“ Die behaupten das zwar, aber tatsächlich fordern sie eine Veränderung staatlichen Handelns, nicht dessen Rückzug. Denn der sogenannte freie Markt braucht eine stark und, wenn nötig, brutal agierende Macht. Sie muss das Eigentum sichern gegen die, die es zum Leben brauchen. Sie muss Privilegien sichern, u.a. den Zugang zu Produktionsmitteln (Maschinen, Boden, Wasser, Luft, Energie, Patente usw.). Deshalb ist De-Regulierung kein weniger an Regulierung, sondern nur eine, die sich mehr gegen die Ausgebeuteten richtet. Sie ist stets verbunden mit mehr Kontrolle, Strafen, Druck auf Arbeitnehmer_innen und Arbeitslose usw. Der Satz „Ohne Regeln oder ohne Sanktionen bei Regelverletzung würde aber z. B. beim Fußball unweigerlich das Chaos ausbrechen“ ist purer Unsinn – herrschaftstheoretisch nicht haltbar und in der Praxis widerlegt.



Und so funktioniert die Fair-Play-Liga:

- Bei den F-Junioren ist das **Spielfeld** abgesteckt, es wird um mehr als 20 Prozent verkleinert. Die kleinen Kicker spielen auf 40 Meter Breite, das Feld ist 30 bis 35 Meter lang.
- Auf dem Platz stehen nur **sechs statt sieben Spieler**, an der Seitenlinie nur die Auswechselspieler und die beiden Trainer.
- Ein **Schiedsrichter** fehlt ebenso wie die Eltern, die in mindestens 15 Metern Abstand Platz nehmen müssen.
- Die **Spielentscheidungen** treffen allein die Kicker der Juniorenteams, sie erklären sich im Bedarfsfall auch die Regeln.

Fairplay soll insbesondere beim jüngsten Fußballnachwuchs (links der Treburer BenHoffmann) deutlicher als bisher Einzug halten. De
Groß-Gerau hat damit gute Erfahrungen gemacht. Foto: Uwe Krämer

Teilen Twittern G+1

Ohne Schiedsrichter, ohne Ergebnisdenken

Fair-Play-Liga für G- bis E-Junioren hat sich bewährt für Eigenständigkeit und Spielintelligenz

Bücher zur Macht

Edgar Morin
Der Weg
(2012, R. Krämer in Hamburg, 333 S., 26 €)
In der begleitenden Werbung wird das Buch als Ergänzung zu Hessels „Empört Euch!“ gefeiert. Doch diesen Anspruch erfüllt es nicht. Zwar sind fleißig Zahlen über die Absurditäten konkreter Politiken zusammengetragen. Zudem werden viele Auswege genannt – aber überwiegend solche, die schon bekannt, benannt und vielfach diskutiert sind. Das macht sie nicht falsch, aber das Buch langweilig. Es reiht sich ein in die lange Liste der Veröffentlichungen, in denen empörte Menschen schreiben, was sie gehört ha- ben und auf den ersten Blick gut finden. Außer dem ersten Buch, welches lange zurückliegt, waren alle anderen überflüssig. Dieses auch.

José Antonio Marina
Die Passion der Macht
(2011, Schwabe AG in Basel, 189 S., 17,50 €)
„Theorie und Praxis der Herrschaft“ lautet der Untertitel des kleinen Buches – eine etwas verwirrende Gleichsetzung von Macht und Herrschaft auf dem Umschlag. Im Inneren geht es stringenter zu, und hier eher um Macht. Sie wird beschrieben und analysiert in den unterschiedlichen Kontexten sozialen Lebens, z.B. in Hierarchien wie dem Staat, in direkten Beziehungen wie Familien und Liebespaare oder in den Fiktionen der Gesellschaft. Absatz für Absatz werden die dortigen Machtverhältnisse seziert, bis das Buch mit dem überraschenden und enttäuschenden Vorschlag endet, die Art der Betrachtung und Beziehung zum Mächtigen zu verändern, die Strukturen der Macht aber zu belassen. Das wirkt seltsam unvollendet.

Helmut Bock
Freiheit – ohne Gleichheit
(2013, dietz berlin, 413 S., 34,90 €)
Spannende Geschichtenerzählung aus vielen Jahrhunderten voller Freiheitskämpfe. Auf- stand und oftmals das Scheitern werden geschildert, um dabei einen kritischen Blick auf die Frage zu werfen, wieweit hier eigentlich tatsächlich alle und besonders die unterdrückten bzw. sozio-ökonomisch unterprivilegierten Schichten ihre Lebenslage verbessern konnten. Vielfach war das gar nicht das Ziel, weil nur bürgerliche Freiheiten, nicht aber soziale Umverteilung und Veränderungen in der Logik von Eigentum im Allgemeinen oder zumindest an den Produktionsmitteln im Blickpunkt standen. Insofern trägt das Buch neben seinen spannenden Reportagen zur Aufklärung über die Begrenztheit manch revolutionär daherkommender Aufstände bei.

Dieter Gosewinkel
Schutz und Freiheit?
(2016, Suhrkamp in Berlin, 772 S., 29 €)
Ein dickes Buch über die „Staatsbürgerschaft in Europa im 20. und 21. Jahrhundert“ (Untertitel). Die verschiedenen Traditionslinien europäischer Mächte werden verglichen. Unterschiede gibt es nicht nur zwischen Territorial- und Abstammungsrecht oder je nach Betonung vermeintlicher Rassenunterschiede, sondern auch im Verlaufe der verschiedenen Epochen. Denn was zu Kolonialzeiten mit starken Auswanderungstendenzen aus Europa wirkungsvoll war, führte in den Zeiten umgekehrter Migrationsflüsse zu Abschottungsreaktionen der Staaten.

Der erste Chef eines Gefängnisses redet endlich Klartext

Knäste machen alles schlimmer

jb **Das ist spannend: Der Chef des Gefängnisses in Zeithain (Sachsen), Thomas Galli, tritt seit Monaten in den Medien auf mit einer grundlegenden Kritik am Knast. Aus seiner Innenperspektive stellt er alles in Frage, was das Gefängnis angeblich an Wohltaten für die Gesellschaft bringen soll. Sein Fazit: „Das Gegenteil ist der Fall". Wir veröffentlichen Auszüge aus seinen verschiedenen Schriften, Interviews und Vorträgen.**

„Was will der Staat mit einer Gefängnisstrafe erreichen? Zunächst vor allem eines: Vergeltung. Schuld und begangenes Unrecht sollen vergolten werden, indem dem Täter ein Übel zugefügt wird. Allerdings funktioniert diese Vergeltung auf einer sozialen Ebene nicht. Das würde nämlich voraussetzen, dass jemand, der seine Haft verbüßt hat, wieder als gleichwertiges Mitglied der Gesellschaft auf Augenhöhe aufgenommen wird. Das Gegenteil ist der Fall. Je länger jemand in Haft war, desto größer wird sein Makel, desto weniger wert ist er in den Augen vieler, wahrscheinlich der meisten." So schreib Galli in der Freien Presse am 18.3.2016. Und greift die Befürworter_innen von Haftstrafen an: „Wer meint, „denen ginge es noch viel zu gut", hat noch nie versucht, sich vorzustellen, wie es wäre, Jahre und Jahrzehnte in einem Raum eingesperrt zu sein und diesen nur verlassen zu dürfen, wenn jemand anderes aufsperrt, und auch dann nicht weit zu kommen. Der Kontakt zu Familie und Freunden ist auf wenige Stunden im Monat beschränkt, partnerschaftliche Beziehungen sind fast unmöglich. Nun wird oft eingewandt, die Gefangenen seien ja selbst schuld, und das Leid, das sie ihren Opfern zugefügt hätten, sei oft noch viel größer. Über 90 Prozent aller Inhaftierten sind jedoch keine Mörder oder Vergewaltiger. Und sehr viele haben, meist schon von Kindheit an, mit großen Problemen zu tun gehabt. Das rechtfertigt überhaupt nicht, dass sie nun ihrerseits anderen Schaden zufügen, macht es aber erklärbar." Er stellt die Frage: „Gibt es in unserer aufgeklärten Moderne keine sinnvolleren und humaneren Möglichkeiten der staatlichen Interventionen?"

Eine umfangreiche Kritik trug Galli im Eröffnungsvortrag auf der Tagung: „Macht Gefängnis Sinn?" am 2.2.2015 in Tutzing vor. Er nannte die Idee der Resozialisierung in Gefangenschaft einen „logischen Widerspruch", da „ein Leben in sozialer Verantwortung voraussetzt, Teil der Gesellschaft zu sein, aus der der Gefangene aber gerade ausgeschlossen wird." Dann zählte er fünf Gründe auf, warum Gefängnisse unsinnig seien:

a) Manche Inhaftiere kommen erst im Gefängnis so richtig auf falsche Ideen oder geraten in falsche Kreise. Aktuelles Beispiel sind die Attentäter von Paris, die erst im Gefängnis radikalisiert worden sein sollen.

b) Der Selbstwert der Inhaftierten wird durch und in Haft eher zerstört. Instinktiv neigt man ja dazu, Menschen die andere verletzen oder ihnen sonst Schaden zufügen, kleiner zu machen. In aller Regel erreicht man damit aber nicht, dass deren schädigendes Verhalten weniger wird, sondern das Gegenteil. Wir müssen versuchen, Selbstwert und andere positive Ressourcen aufzubauen, und das ist unter den Bedingungen der Haft oft nur schwer möglich.

c) Beziehungen können zerstört werden. Allgemein wird die soziale Einbindung, die ja nicht immer nur kriminogenen Charakter haben muss, sondern auch präventiv wirken kann, in vielen Fällen zerstört (gerade bei langen Freiheitsstrafen oft unwiderruflich).

d) Oft ist es gar nicht so sehr die Tat an sich, sondern die Gefängniszeit, die zum Makel wird: Der Makel der Freiheitsstrafe macht die Wiedereingliederung schwierig. Vergeltung „funktioniert" auf einer sozialen Ebene nicht, die Schuld kann eben nicht verbüßt werden. Niemanden sagt zu einem Entlassenen: „Du hast jetzt 15 Jahre in Straubing verbüßt, jetzt sind wir wieder gut, wir fangen wieder bei Null auf Augenhöhe an". Wir wissen alle, genau das Gegenteil ist der Fall.

e) Selbst wenn wir davon ausgingen, dass alle Ziele, die der Staat mit dem Gefängnis verbindet, erfüllt würden, bleibt ein humanistisches Problem, ein Problem, mit dem sich jeder Mitarbeiter im Strafvollzug konfrontiert sieht, der nicht selbst sadistische Neigungen hat (und das sind die allerwenigsten)."

Viele Inhaftierte seien selbst Opfer gewesen, z.B. bis zu 35% der Sexualstraftäter hätten sexuellen Missbrauch erlitten. Viele Inhaftierte kämen aus schwierigen familiären Verhältnissen. In solchen Fällen den moralischen Zeigefinger zu erheben, sei unangebracht. Zudem gäbe es bundesweit etwa 60 Suizide in Haft pro Jahr. Damit seien die Zahlen etwa 6-mal so hoch wie die der „Normalbevölkerung". Auch Gewalt im Gefängnis sei immer wieder ein Thema. Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen hätte 2012 eine Studie vorgelegt, nach der jeder vierte Gefangene innerhalb eines Monats Opfer von Gewalt würde. Galli schlägt Alternativen vor: „Es dürfte auch unstrittig sein, dass es sinnvoller ist, langfristiger und nachhaltiger dazu beizutragen, schädigendes Verhalten Einzelner zu reduzieren, als erst zu reagieren, wenn der Schaden schon angerichtet ist." Dies sei ein Plädoyer dafür, soziale Strukturen zu hinterfragen, die zu schädigendem Verhalten führen. „Fehlende Zuwendung oder gar Missbrauch im Kindesalter, Ausgrenzung und Ungerechtigkeit sind immer noch der beste Nährboden für Gewalt! ... Durch das Gefängnis haben wir gelernt, dass ein Auslebung des Vergeltungsdranges auf staatlicher Ebene oft keine Probleme löst, sondern neue schafft." Außerdem sieht Galli eine Ungerechtigkeit in der Strafverteilung: „Ich weiß nicht, ob Sie auch die Erfahrung gemacht haben, aber mancher Straftäter hat einen besseren Charakter als mancher Mensch, der nie gegen das (Straf-) Gesetz verstößt, sondern sich vielleicht die Gesetze zu Eigen macht, um seine Interessen auf Kosten Anderer durchzusetzen."



Schwere Vorwürfe gegen Rechtshilfegruppen

Pit Scherzl ist Bundessprecher der Interessenvertretung Inhaftierter. Im Januar wurde er in Koblenz wegen Nachdenkens (!) über einen Überfall zu einer erneuten Haft mit anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt. Die Revision läuft noch. Im aktuellen Rundbrief der Iv.I. erhebt er nun harte Vorwürfe gegen Rechtshilfe-Funktionär_innen, die ihm jegliche Unterstützung verweigerten und stattdessen öffentlich diffamierten. Rücksprachen dazu verweigerten sie. War das Ziel, einen Kritiker oder vermeintlichen Konkurrenten durch den Staat aus dem Weg räumen zu lassen? Mehr Informationen und der Link zum Rundbrief auf http://de.indymedia.org/node/9657 und www.ivi-info.de. Linksunten.Indymedia zensierte den Text des Knastaktivisten sofort.

Karlheinz Deschner:

Abermals krähte der Hahn

fb Mit weit mehr als Zweitausend Quellenangaben ist dieser tausendseitige Wälzer ein gut belegtes Werk zur kritischen Aufarbeitung der zweitausendjährigen Geschichte des Christentums. Dem Autor Karlheinz Deschner gelingt es den Stoff trotz der schwierigen Thematik interessant und leicht lesbar zu vermitteln. Es ist eine beeindruckende Auseinandersetzung mit der Frage nach historisch verlässlichen Grundlagen der christlichen Religion, wobei deutlich herausgestellt wird, dass von Anfang an in der Überlieferung Geschichten zu Jesus' Wirken erfunden, Worte in den Mund gelegt und vor allem die christliche Religion historisch nachweisbar immer wieder an die neuerlichen Herausforderungen der nach Anerkennung und Machtsicherung strebenden Kirche angepasst wurde.

Zu Beginn erläutert Deschner verschiedene Ansätze kritischer Theologieforschung und stellt dar, warum diverse Theolog*innen und andere Persönlichkeiten zu vielen Zeitpunkten der Geschichte davon ausgingen, dass Jesus als historische Persönlichkeit überhaupt nicht existierte. Dann macht er einen Bogen zu der Grundannahme seiner Arbeit, dass es vermutlich einen Menschen gab, der in begrenzten Kreisen beeindruckend auftrat und Viele inspirierte, aber dessen Taten bei weitem nicht übernatürlich waren und der auch von sich nie behauptete Sohn Gottes zu sein.

In chronologischer Vorgehensweise und unter Verweis auf die diversen kritischen Theologiediskurse und Forschungsarbeiten wird belegt, wie regelrecht alles, was die Kirche zu großen Teilen bis heute Jesus in den Mund legt oder von seinem Handeln berichtet, von deutlich späteren historischen Persönlichkeiten erdacht und teils dichterisch ausgeschmückt wurde. Deschner erklärt dabei auch, dass sowohl Wundertaten als auch die krassen Übertreibungen in den Biographien von Persönlichkeiten dieser Zeit allgemein üblich waren, der Glaube an wundersame Heilungen, Wiederauferstehungen und Anderes verbreitet war und dass sämtliche Wundertaten und Begebenheiten im Leben Jesus' Kopien aus den Geschichten anderer, älterer Religionen bzw. Glaubensrichtungen waren.

Herausfordernd ist allerdings der Seitenumfang, der trotz des angenehmen Lesens und der interessanten Schilderungen und Erklärungen manchmal das Gefühl vermittelt im Buch nicht voranzukommen. Das zwar stabile, aber sehr dünne, Papier verstärkt diesen Eindruck, obwohl es sicherlich mit dickeren Seiten unmöglich gewesen wäre das Buch in nur einem Band herzustellen. Auch wenn es als Spielerei erscheinen mag, wären die Lesebändchen, die in manchen anderen hochwertigen Hardcover-Produktionen eingeflochten werden, hilfreich gewesen, um leicht zwischendurch zwischen dem allein schon 150 Seiten umfassenden Quellenangaben- und Erläuterungsteil und dem Haupttext wechseln zu können.

Mensch erfährt hier viel über wenig bekannte oder zumindest von der christlichen Kirche wenig der allgemeinen Öffentlichkeit vermittelten Geschichte der ersten Jahrhunderte des Christentums, was sicherlich auch im Zusammenhang damit steht, dass vieles angesichts der nachgewiesenen Fälschungen und offensichtlich widersprüchlichen Dogmendarstellungen peinlich sowie die christliche Religion diskreditierend ist.

In diesem Buch gibt es auch viel über andere noch heute relevante, ebenso wie inzwischen fast vergessene Glaubensrichtungen zu lernen. Hintergrund ist zum einen, dass die christliche Geschichte viele damals übliche religiöse Überzeugungen übernahm, wohl um Anhänger*innen zu gewinnen, aber auch weil manche Argumentationen gegen die insbesondere katholische Sichtweise durch Gelehrte anderer Religionen aufbereitet wurden.

Karlheinz Deschner: "Abermals krähte der Hahn. Eine Demaskierung des Christentums von den Evangelisten bis zu den Faschisten"; Alibri Verlag, Aschaffenburg, 2015; 1.019 Seiten, Hardcover, 44 EUR; ISBN 978-3-86569-188-0

Lieber tot als so verwahrt

jes Das *grüne blatt* erreichte ein Schreiben von Arne A., der sich in so genannter Sicherheitsverwahrung befindet. De facto eine Haft ohne Entlassungsperspektive, die es seit 1933 gibt. In diesem beschreibt der Mensch aus der Sicherheitsverwahrung seinen Kampf um das Recht auf eine adäquate Behandlung oder eine Alternative und, wenn dies nicht möglich gemacht wird, um das Recht auf den Tod, entweder durch die Todesstrafe oder durch aktive Sterbehilfe.

Das Leben in der Sicherheitsverwahrung, ohne Aussicht auf ein Leben danach, stellt für ihn eine unerträgliche Qual dar und einen Gegensatz zu seinem verfassungsmäßigen Recht auf „Würde“ (Artikel 1. GG). Dabei hat er alles versucht, um sich nach den Taten zu ändern. Erst hat er jahrelang für eine Therapie gekämpft, die ihm eigentlich gesetzlich zusteht und ihm auch zugesichert worden war und diese dann auch erfolgversprechend durchgeführt (sogar mit Freigang), bis er aufgrund des Ausbruchs eines anderen Sicherheitsverwahrten als Kollektivbestrafung die Therapie abbrechen musste. Eine Perspektive sieht er nach den langen Kämpfen nicht mehr. Auch Schreiben an Justiz und Politik auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene von ihm und seinem Anwalt verliefen bisher im Sande.

Auch der Antrag eines zweiten Menschen, der sich in Sicherheitsverwahrung befindet, auf die „Todesstrafe bzw. ersatzweise aktive Sterbehilfe“ (Zitat aus dem Brief) wurde mitgeschickt.

Dieser ist sogar zu 70% schwerbehindert und größtenteils bettlägrig. Aufgrund der vorurteilsbehafteten Angst der Öffentlichkeit, welche mit Menschen in Sicherheitsverwahrung einhergeht und der fehlenden Therapieangebote, die für eine Änderung der Situation nötig wären, hat auch er keine Option auf eine Lebensperspektive außerhalb von Gefängnissen.

Auch für ihn gibt es im Moment nur noch die Perspektive Tod oder Haft bis zum Tod.

Auf den ersten Blick könnte man annehmen, dass dies eine reine Provokation ist, mit der die Gefangenen auf ihre Lage hinweisen möchten. Im Anschreiben ist aber klargestellt, dass der Antrag ernst gemeint ist. In anderen Ländern wurden ähnliche Anträge auch schon angenommen und ein belgischer Gefangener war kurz davor zu sterben, bevor der Justizminister doch noch für ihn eine Alternative ermöglicht hatte. Weitere Häftlinge in Belgien kämpfen aber noch immer für ein Recht lieber sterben zu dürfen, als für alle Zeit im Gefängnis zu sitzen.

Das moralische Problem das sich aus der Situation ergibt, entsteht erst dadurch, dass es in der Realität kaum Möglichkeiten für Sicherheitsverwahrte gibt, eine ernsthafte psychologische Behandlung zu beginnen und, selbst wenn sie nach einer solchen Therapie für relativ ungefährlich erklärt werden, trotzdem keine Aussicht auf Entlassung bekommen. Dadurch haben die Gefangenen auch keinerlei Perspektive auf ein Leben danach oder auch nur auf neue Impulse in ihren Leben im Gefängnis. Dass sich daher einige Sicherheitsverwahrte, wie im Brief gefordert, lieber den Tod wünschen als für weitere Jahre bis zum Tod gefangen verwahrt zu werden, scheint mir absolut verständlich.

THIS IS A CALL
TO END SLAVERY
IN AMERICA

NATIONAL PRISON STRIKE
SEPTEMBER 2016

SLAVERY IS ALIVE AND WELL
IN THE PRISON SYSTEM,
BUT BY THE END OF THIS YEAR,
IT WON'T BE ANYMORE.



- https://itsgoingdown.org/ -

Graphic Novels von „Madgermanes" bis zum Atomgau

reka Graphic Novels sind längere, meist einbändige Comics, die epische, teilweise komplexe Geschichten erzählen. Mit dem Begriff verbindet sich oft die Vorstellung eines ernsthaften Comics, der wie ein literarisches Werk eine Geschichte aufbaut und sich damit von Comics für Kinder und Jugendliche unterscheidet, wobei Kritiker*innen vermuten, dass hinter dem Begriff rein kommerzielle Interessen stecken und mensch den Leser*innen mit dem Begriff suggeriere, dass eine Graphic Novel automatisch anspruchsvoller als ein herkömmlicher Comic sei.

Die Wurzeln der modernen Graphic Novels sind in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts zu finden, als das Genre der woodcut novel entstand.

Ausbeutung von Arbeiter*innen in der DDR

In der Graphic Novel „Madgermanes" gelingt es der Autorin Birgit Weyhe die durch Gespräche mit Zeitzeug*innen recherchierten Fakten außergewöhnlich gut in berührender und informativer Weise auf die drei fiktiven Charaktere anzuwenden und einen angenehmen Erzähl- und somit Lesefluss zu erzeugen. Der Begriff „Madgermanes" ist eine Konstruktion aus „Made in Germany", welcher als Schimpfwort entstand und jetzt aber als Selbstbezeichnung der afrikanischen Vertragsarbeiter*innen der ehemaligen DDR genutzt wird. Das Buch handelt von drei fiktiven Schicksalen von Mosambikaner*innen, welche zu DDR-Zeiten als Vertragsarbeiter*innen mit dem Versprechen auf Bildung aus dem bürgerkriegsgeschüttelten Mosambik in die DDR geholten wurden, aber statt dessen hier als einfache Hilfsarbeiter*innen ausgenutzt wurden, die in separierten Wohnheimen leben mussten, kaum Kontakt zur Bevölkerung bekamen, mit Rassismus kämpfen mussten und deren Lohn nur zu 40 Prozent ausgezahlt wurde. Die restlichen 60 Prozent wurden in Form von Devisen an die mosambikanische Regierung gezahlt mit dem Versprechen an die Arbeiter*innen sie bei der Rückreise zu bekommen. Das ist aber nie geschehen und die Betroffenen kämpfen noch heute für ihre Löhne.

Zu den historischen Hintergründen: Seit 1964 kämpfte die marxistische FRELIMO-Bewegung für die Befreiung Mosambiks von der portugisischen Kolonialmacht, aber erst die Nelkenrevolution in Portugal führte dann 1975 zur Unabhängigkeit. So wurde der Bürgerkrieg beendet, die FRELIMO-Partei kam an die Macht und diese begann ein sozialistisch-brüderliches Verhältnis mit den Ostblockstaaten.

Birgit Weyhe gelingt die graphische Umsetzung der Stories, gemischt mit der Darstellung der historischen und persönlichen Ereignisse, sehr gut.

Obwohl für eine Graphic Novel die Darstellung der verschiedenen Kulturen und historischen Umstände recht ausführlich gelingt, kommt manches auch etwas klischeehaft daher, was natürlich zu kritisieren ist. Das Interessante an dem Buch ist, dass ein bisher wenig beachteter Teil der DDR-Geschichte etwas beleuchtet wird und neben den historischen Aspekten auch der gesellschaftliche Rassismus in der DDR und BRD gezeigt wird, gegen den die Protagonist*innen zu kämpfen haben. Beispielsweise durften die afrikanischen Vertragsarbeiter*innen keine Kinder bekommen, sonst wurden sie sofort zurückgeschickt, sie wurden in öffentlichen Räumen wie Kneipen etc. teilweise nicht bedient und sollten möglichst keinen Kontakt zur lokalen Bevölkerung haben.

In „Madgermanes" wird auch auf den inneren Konflikt der Heimatlosigkeit von Menschen, die zwischen zwei Kulturen aufgewachsen sind oder leben, und sich in keiner von beiden so richtig akzeptiert und zu Hause fühlen, eingegangen. Denn die Arbeiter*innen wurden meist sehr jung mit 17 oder 18 Jahren in die DDR zum Arbeiten geholt, haben sich hier eingelebt und sich eine Perspektive erhofft. Aber nach der Wende verloren fast alle ihre Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis und wurden wieder zurückgeschickt, wo sie nichts hatten, da der größte Teil ihrer Löhne einbehalten worden war.









Foto: avant Verlag



Foto: Egmont Verlag

Die Graphic Novel besticht durch klare Zeichnungen, welche die Gefühle und Eindrücke der Protagonist*innen anschaulich machen und den Leser*innen einerseits die historischen Ereignisse, und anderseits die menschlichen Schicksale nahe bringen ohne dabei pathetisch, kitschig oder übertreibend zu wirken. Somit gelingt das Einfühlen in die Figuren sehr leicht und der/die Leser*in bekommt gleichzeitig einen kleinen Eindruck vom Alltagsleben in der DDR.

Birgit Weyhe: „Madgermanes"; avant Verlag, 2016; 240 Seiten, 24,95 €; ISBN 978-3-945034-42-2

Alltagsleben nach Tschernobyl und Fukushima

Da dieses Jahr auch das Jubiläum der beiden bisher größten Atomkatastrophen, Tschernobyl 30 Jahre und Fukushima 5 Jahre, ist, hat der Egmont-Verlag eine Graphic Novel mit dem Thema und Titel „Tschernobyl" sowie den Manga „Daisy aus Fukushima" auf den Markt gebracht. Während erstere für jung wie alt geeignet scheint, jungen und alten die Gefahr welche von Atomkraft ausgeht, nahe zu bringen, scheint letzteres vom Stil her eher für jüngere Menschen geeignet zu sein, wobei das natürlich auch Geschmackssache ist.

Die Graphic Novel „Tschernobyl – Rückkehr ins Niemandsland" von Natacha Bustos und Francisco Sánchez wartet mit klaren Zeichnungen und Bildsprache auf, welche den/die Leser*in schnell in die Geschichte einsaugt und von drei Generationen einer Familie handelt, die von der Atomkatastrophe betroffen ist und diese sogar auseinander reißt. Das Buch ist in drei Abschnitte gegliedert, die jeweils eine Familiengeneration und ihre Erfahrungen durch die Katastrophe beschreibt.

Durch die sehr gut verständliche Bildsprache, die die verschiedenen Charaktere, Situationen und Gefühle sehr eingängig darstellt und somit ein Mitfühlen der Geschichte ermöglicht, wird das Nacherleben dieser unvergleichlichen Katastrophe etwas greifbarer für den/die Leser*in. Somit wird auch die große Gefahr, die von Atomkraft ausgeht und damit auch die immense Relevanz, sich auch heute gegen die Atomindustrie einzusetzen, deutlich. Schade, dass es an einem Aufruf dazu am Ende des Buches fehlt und der/die Leser*in mit dem Eindruck zurückgelassen wird, dass das einerseits Geschichte ist und andererseits keine praktischen Handlungsoptionen für jedeN aufgezeigt werden, von Stromanbieter*in wechseln zu Protest auf der Straße und selbstorganisierte, dezentrale Energieversorgung, um den Leser*innen den Schritt von passiven Konsument*innen hin zu aktiv Handelnden zu erleichtern.

Dennoch glänzt das Buch mit einer guten Hintergrundrecherche der Autor*innen und Zeichner*innen, die das Sperrgebiet unter anderem auch selber besucht haben. Beispielsweise wird die gespenstige Stimmung der verlassenen Stadt Prypjat gut herüber gebracht.

Des Weiteren thematisiert das Buch die auch heute aktuellen Themen Flucht und Vertreibung, die durch die Evakuierung der Bevölkerung, dargestellt von den Protagonist*innen, verursacht wird.

„Tschernobyl" gibt außerdem einen kleinen Einblick in die Zeitgeschichte der damaligen Sowjetunion und des Alltagslebens, sowie die desaströse Informationspolitik der Regierung, d.h. Informationsverheimlichung bzw. späte Weitergabe.

Sánchez, F. u.a.: „Tschernobyl – Rückkehr ins Niemandsland"; EGMONT Verlag, Köln, 2016; 189 Seiten, 19,99 €; ISBN 978-3-7704-5525-6

Der Manga „Daisy aus Fukushima" von Reiko Momochi behandelt vor allem den Versuch der Menschen im Umgang mit der Katastrophe wieder einen normalen Alltag zu finden und der Freundschaft zwischen vier Oberschüler*innen, die durch den Atomgau auf harte Proben gestellt wird. Die Folgen des Atomunfalls auf das Leben der Menschen variieren dabei von einem verzweifelten Suizidversuch bis hin zum Verlassen von Fukushima und damit den Freund*innen.

Der Manga basiert auf Interviews der Autorin mit vielen Schüler*innen und Anwohner*innen nach dem Atomgau in Fukushima sowie Recherchen. Als Grundlage dient außerdem der Roman „Pierrot" von Teruhiro Kobayashi, Darai Kusanagi und Tomoji Nobuta. Es gelingt, den Leser*innen die vielen Folgen des Unglücks auf unpathetische oder kitschige Weise nahe zu bringen. Beispielsweise dürfen Kinder nicht mehr draußen spielen, es gibt verheerende Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft, Tourismus und Landwirtschaft, sowie damit einhergehend die sozialen Strukturen u.s.w.

Durch die Protagonistin Fumi wird die innere Zerrissenheit veranschaulicht zwischen einerseits von Fukushima weg an einen sicheren, unver-

strahlten Ort flüchten zu wollen und andererseits dem daraus resultierenden schlechten Gewissen, dann die Freunde und Nachbar*innen im Stich zu lassen. Auch wird deutlich, wie durch die Katastrophe die Gedanken über die Gefahr der Radioaktivität und die Ungewissheit, wie groß die Gefahr/Strahlung wirklich ist, jeden Moment des Tages durchziehen: „Jeden Tag Sorgen und Angst“. Auch in diesem Buch wird die Entwurzelung der Menschen durch Evakuierung und die damit einhergehende Traurigkeit und Verzweiflung deutlich: „Während der langen Flucht sind viele alte Menschen noch vor dem Sommer gestorben.“. Der große Verlust der Heimat bzw. des Zuhauses und die daraus entstehenden inneren Schmerzen münden auch in Selbstmord. Die positive und überraschende Wendung ist, dass Fumi beschließt politisch aktiv zu werden, um etwas in der Welt zu verändern, so dass so etwas möglichst nicht mehr passieren kann: „Wer immer nur schweigt und jammert, kann nichts verändern.“.

Vom Zeichenstil her ist es ein typischer Manga und die Umschlaggestaltung macht die jugendliche Zielgruppe deutlich. Da das Thema aber generationsübergreifend wichtig ist und es weder grausame noch extrem langweilige Zeichnungen gibt, scheint es für alle Altersgruppen, die sich für das Thema oder Manga interessieren, geeignet und mensch sollte sich nicht von dem teeniestyligen Layout des Umschlages abschrecken lassen.

Foto: Egmont Verlag

Reiko Momochi: „Daisy aus Fukushima“; EGMONT Verlag, Köln, 2016; 13,99€; ISBN 978-3-7704-9162-9

Da die meisten in Deutschland erscheinenden Graphic Novels von bürgerlichen Verlagen und der herrschenden bürgerlichen Klasse verlegt werden, können natürlich in dem Sinne keine emanzipatorischen Ansprüche an die Auswahl gelegt werden. Aber zur allgemeinen Bildung und zum Genießen von zeitgenössischer Kunst im Alltag, in dem mensch normaler Weise weder die Zeit noch die finanziellen Möglichkeiten hat Galerien oder anderes zu besuchen, können Graphic Novels eine leicht erreichbare Konsummöglichkeit sein. Zwar lassen sich Graphic Novels auch nicht als gerade günstig bezeichnen, aber immerhin stehen sie theoretisch durch Bibliotheken allen Menschen zur Verfügung.

dabei geblieben – vom Älterwerden und Weiterkämpfen

reka Anscheinend kommen viele Aktive früher oder später zu der Frage: wie weiter? Nach jahrelangem Aktivismus und Versuchen den Kapitalismus zu stürzen, Abwehrkämpfe gegen Neonazis zu führen, Freiräume zu erkämpfen und dem gleichzeitigen Entlanghangeln am Existenzminimum, ist ein Teil entweder ausgebrannt, desillusioniert oder zieht sich komplett ins Private zurück, wodurch viele Erfahrungen, Fähigkeiten, Ideen und Stärke der Bewegung verloren gehen.

Die Autorin Rehzi Malzahn versucht dieser und weiteren Fragen im Buch „dabei geblieben“ mittels 25 Interviews mit älteren Aktivist*innen auf den Grund zu gehen.

Mirko, ein Interviewter, meint: „Die Frage ist: Was kann man im Leben als Revolutionär erreichen? Und da würde ich sagen, man kann Linker bleiben und man kann gelebter Widerspruch sein. Man kann das Beste dafür tun, dass sich die Verhältnisse ändern.“

Ziel der Autorin ist es, herauszufinden, wie es ältere Aktivist*innen geschafft haben, ihre Energie und den Willen zur gesellschaftlichen Veränderung von der Lebensphase des jugendlichen Rebellierens hin zu einem 'lebenslänglichen' Aktivismus zu bewahren. Dabei ist Rehzi Malzahn gleichzeitig ein kleines Zeugnis der deutschen Bewegungsgeschichte gelungen, da viele der Interviewten aus ganz unterschiedlichen Teilen der Bewegung kommen und aktiv sind.

Ich persönlich mag an dem Buch, dass es keine fertige Lösung bietet, sondern die vielen verschiedenen Erfahrungen dazu einladen, auch seine eigenen Erfahrungen genauer zu reflektieren und dass Denkanstöße gegeben werden, die einem vielleicht weiter helfen können, eine eigene Lösung für diese Fragen zu finden. Dennoch wird nicht außer acht gelassen, dass es trotz allem wichtig ist, dass wir es noch mehr schaffen, solidarische Netzwerke zu bilden, um uns gegenseitig zu stützen und uns auch in den alltäglichen Kämpfen zu unterstützen. Beispiele dafür wären Kommune oder andere Wohnprojekte, gemeinsame Ökonomien, soziale Zusammenhänge u.s.w.

Eine wichtige Stelle in dem Buch nimmt 'die' Szene ein, mit der sich viele der älteren Aktivist*innen auf Grund der Überidentifizierung durch Kleidungscodes etc. nicht mehr identifizieren können und in welcher durch beispielsweise unsolidarisches Verhalten oder sogenanntes Mackertum auch viele schlechte Erfahrungen gemacht wurden. Die ständige Bezeichnung von 'der' Szene ist etwas fragwürdig, da es meines Erachtens 'die' Szene gar nicht gibt. Es gibt eine antikapitalistische Bewegung, die viel zu vielfältig und bunt ist, als das mensch von 'der' einen Szene reden könnte.

Rehzi Malzahn: „dabei geblieben“; Unrast Verlag, Münster, 2015; 250 Seiten, 16 €; ISBN 978-3-89771-576-9

GELD - der vertrackte Kern des Kapitalismus

fb Motivator für die Veröffentlichung dieses Buches von Lucas Zeise war die 2007 begonnene und bislang höchstens stagnierende Weltwirtschaftskrise. In dem Buch werden Theorien, Grundlagen, Wechselwirkungen und Auswirkungen von Geld, Kapital und Finanzsektor aufeinander und insbesondere auf die Gesellschaften, in denen sie wirken und von denen sie zehren, beschrieben.

Das Buch versucht die abstrakte Welt der Kapitalwirtschaft verständlich zu erläutern und hierbei verschiedene Ökonomieschulen voneinander abzugrenzen. Trotzdem bleibt der Stoff anstrengend und ein "nebenbei"-Lesen ist kaum möglich. Aber es lohnt sich, weil hier Einblicke und Erkenntnisse vermittelt werden, die wahrscheinlich den meisten nicht ökonomisch geschulten Menschen fremd oder zumindest im Detail schwer nachvollziehbar sind. Auch wenn Zeise sicherlich nicht für eine tauschlogikfreie Produktionsweise plädiert - zumindest fokussieren seine Forderungen immer nur auf eine seiner Meinung nach richtigere Kontrolle der Wirtschaftssphäre - vermittelt das Werk deutlich, wie absurd diese Logik ist und welch unnötig komplizierte Prozesse mit ihr - selbst bei wohlwollender Betrachtung - einherkommen. Und dass es überlegenswert ist, eine Gesellschaft ohne diese Denkensweise zu entwickeln.

In einem angenehm zu lesenden Stil stellt Zeise Kernelemente gängiger Wirtschaftstheorien vor und macht deren innere Widersprüche sowie ihre Widerlegung in der Praxis ihrer jahrzehntelangen Anwendung deutlich. Einschränkend muss gesagt werden, dass mensch um ein zweites Lesen kaum herumkommt, da die rasche Übernahme und Anwendung gerade eingeführter oder vorausgesetzter Wirtschaftsdenkkonstrukte ein Verstehen und Nachvollziehen schwer macht. Trotzdem ist gerade diese Bezugnahme und Verwendung gängiger Wirtschaftstheoreme und -termini hilfreich, um deren Einsatz im politischen, medialen oder wissenschaftlichen Kontext besser einordnen zu können. Es gelingt dem Autor, zu verdeutlichen, dass - egal was die Anhänger*innen der dominierenden Ökonomieideologie behaupten - der Gewinn oder Erfolg der Umsetzung dieser Konzepte immer bei den Reichen liegt. Seine Erklärung: Inflationstheorien deklarieren bei steigender Zahlungsfähigkeit den Geldwertverlust vor allem bei allgemeinen Wirtschaftsgütern. Im Finanzkapitalsektor steigen zwar auch die Preise, aber das Geld wird dadurch nicht unbedingt abgewertet, denn einerseits werden ständig neue kreative Umverpackungen bestehender Produkte und damit neue Investitionsmöglichkeiten geschaffen und andererseits gewährt die unbegrenzte Kreditschöpfung den Nachschub an Geld. Aus diesem Grund sind die Geldnutzungsmuster der Reichen weniger inflationsfördernd als der Konsum der Unterschicht. Außerdem wird zur Finanzierung des ökonomischen Konzepts gern auf die Masse, also die weniger Reichen, zurückgegriffen. Die dominierende Ökonomieideologie funktioniert somit nur, wenn die Reichen mehr bekommen.

Dass die wachsende Schere von Reichtumsverhältnissen letztlich in der Krise enden muss, egal ob die ökonomische Ideologie die herrschende neoklassische oder eine sozialer angehauchte ist, macht Zeise ebenfalls deutlich. An diesem Punkt sollte weiter gegangen werden: und statt, wie vom Autor vorgeschlagen, mittels reformhafter Veränderung der Medikation die Krankheit "Krise" bekämpfen zu wollen, sotte ihre Basis - z.B. die Eigentums- und Tauschmarktlogik - in Frage gestellt werden. Eine derartige Fortsetzung des Gedankenganges wird in diesem Buch nicht vorgenommen, schadet seinem Wert aber nicht. Stattdessen kann es als hilfreiche Einführung zum Verständnis der Theorien und Instrumente der Ökonomie sowie häufig gebrauchter Begrifflichkeiten dienen.

Lucas Zeise: "GELD - der vertrackte Kern des Kapitalismus. Versuch über die politische Ökonomie des Finanzsektors", PapyRossa Verlag, Köln, 2013, ISBN 978-3-89438-444-9, 223 Seiten, Taschenbuchformat, 14,90 EUR

Moderne Interpretationen

Ich hatte schon viele Jobs in meinem Leben. So war ich Metzger in einer veganen Gemeinschaft, Schneeschieber in der Sahara und Balljunge beim Speerwerfen. Leider hatte mich keiner dieser Jobs reich gemacht und so war ich gezwungen, auch Berufe anzunehmen, die eigentlich nicht meiner Neigung entsprechen.

Da in letzter Zeit einfach zu viele Pfarrer verrentet, verhaftet oder vernünftig wurden, suchte die Kirche händeringend nach neuen Angestellten. Als dann einer dieser Ringer mich erwischt hatte, musste ich mich der Realität fügen und Pfarrer werden.

Man teilte mir gleich zu Beginn mit, dass man nichts wirklich Neues erwarten würde, da die Jugend nicht mehr für die Kirche zu begeistern wäre.

„Aber ich könnte mit modernen Interpretationen vielleicht ja doch noch jemanden erreichen." versuchte ich den Kirchenoberen zu überzeugen.

„Von mir aus," sagte der Kirchenobere gelangweilt „solange Sie bei der Bibel bleiben, ist mir das egal."

So motiviert, landete ich auf der Kanzel einer kleinen Kirche, welche die einzige Kirche von gleich zwei kleinen Städten mit den Namen „Reich" und „Himmel" war, und hielt meine erste Predigt vor drei alten Leuten und einem jungen Mann. Der war versehentlich in der Kirche gelandet, weil er auf dem Weg von Reich nach Himmel vor einem Unwetter Unterschlupf gesucht hatte.

Das Thema der Predigt war noch vom Vorgänger ausgewählt worden und so predigte ich voller Leidenschaft: "Und wer nicht sein Kreuz auf sich nimmt und folgt mir nach, der ist meiner nicht wert." Die alten Menschen in der Kirche nickten bedächtig, aber der junge Mann fragte irritiert: „Das verstehe ich nicht, was ist damit gemeint?".

Ich kannte mich damit auch nicht sonderlich aus und interpretierte ganz frei: „Äh, damit ist gemeint, dass man sich auch irgendwelche Probleme anderer Menschen ans Bein binden soll, damit man anderen Christen folgen darf."

„Wie bescheuert.", meinte der junge Mann. "Da such ich mir doch lieber einen anderen Regenschutz." und machte sich auf, zu gehen. Aber ich wollte nicht ein Viertel meiner Zuhörer gleich beim Ersten Auftritt verlieren und interpretierte daher neu „In echt bedeutet es, dass du, wenn du mit deiner Beziehung kommst, heute Abend bei mir eingeladen bist."

„Echt jetzt?" sagte der junge Mann. „Klingt interessant.", und blieb auch noch die zwei folgenden Lieder, das Glaubensbekenntnis und das Vaterunser, auch wenn er alles nicht richtig mitbekam, weil er lieber seine eigene Musik über Kopfhörer hörte.

Am Abend kam er dann wirklich mit seiner Freundin vorbei und wir hatten einen netten Abend, an dem wir, wenn ich mich recht entsinne, über bessere Musik für den Gottesdienst und ähnliches diskutierten. Ganz genau erinnerte ich mich leider nicht mehr daran, dafür musste ich am nächsten Tag neuen Messwein bestellen.

Der Erfolg gab mir aber recht. In der nächsten Woche hatte sich mein Publikum verdoppelt. Es waren zwei alte Menschen und ganze sechs Jungendliche da. Unter anderen der junge Mann vom letzten Mal mit seiner Freundin und irgendwelche seiner Bekannten. Wieder ging ich auf die Kanzel und weil ich mich aufgrund eines langen Katers genau so wenig auf die Predigt vorbereitet hatte wie letztes Mal, las ich einfach per Zufall: „Und er nahm die fünf Brote und zwei Fische und sah auf gen Himmel, dankte und brach die Brote und gab sie den Jüngern, und sie aßen alle und wurden satt."

„Hä?", fragte eine der jungen Frauen, „Kapier ich nicht.". „Das bedeutet, wenn man das, was man hat teilt, bekommen alle genug.", versuchte ich eine Erklärung. „Ich will nicht teilen," sagte die Frau, „ich dachte, hier gäb es was umsonst." Die Jugend in der Kirche schaute enttäuscht und so bemühte ich mich weiter zu erklären: „Da die Kirche aber so viel mehr besitzt als ihr, bekommt ihr nur und müsst nichts geben."

„Wieder bei dir zu Hause?" fragte die Freundin, die schon mal bei mir gewesen war.„Natürlich, wenn Gott, oder ihr es so wollt.", sagte ich und nachdem wir auch noch zwei Christenrock-Lieder gehört hatten und ich dann noch ein Vaterunser vorgebetet hatte, feierten wir am Abend eine kleine aber feine Party. Am nächsten Tag versetzte ich erst einmal das Kirchensilber, um mir wieder was zu Essen zu kaufen, da alle Vorräte leer geworden waren, inklusive Messwein und Kirchenschnaps, aber ich schien auf dem rechten Weg zu sein.

In der nächsten Woche war die Kirche dann schon halb voll. Zwar waren die Alten bis auf einen alle weg, aber dutzende Menschen der jungen Generation hatte ich mit meinen Neuinterpretationen erreicht. Die Eltern der Kleinstadt versuchten noch ihre Kinder vom Gang in die Kirche



abzuhalten, um sie vor einer Alkoholvergiftung zu bewahren, aber die Kinder waren so gläubig geworden, dass sie trotz aller Widerstände kamen.

Ich selbst musste aber einsehen, dass ich etwas zu weit gegangen war. Ich und die Kirche besaßen fast keine Ressourcen mehr zum Verteilen. Und eine Party für so viele Menschen wäre ruinös. Deshalb hatte ich mir diesmal gezielt einen Abschnitt aus der Bibel für die Predigt herausgesucht, der den jungen Menschen klar machen sollte, dass unser Leben nicht nur aus Partys bestehen konnte. So predigte ich: „Der Knecht aber bleibt nicht ewiglich im Hause; der Sohn bleibt ewiglich."

„Was bedeutet das?" rief jemand von hinten. „Was soll das?" jemand von vorne und aus der Mitte fragte jemand demütig: „Wann geht die Party jetzt los?". „Das bedeutet, dass ich hier noch häufiger hinkommen muss, ihr aber auch woanders feiern könnt." schmetterte ich meine Interpretation der Jugend entgegen.

„Oder aber, dass dein Haus heute für alle offen steht." interpretierte einfach jemand selbst. „Genau, und dass wir nicht aufräumen müssen, weil wir ja wieder gehen.", ging die Interpretation weiter. „Und das wir Pizza und Bier auf Rechnung bestellen dürfen, weil das ja alles an dein Haus geht.", rief noch eine junge Frau hinterher. Ich versuchte noch dagegen zu argumentieren, aber der Sound des folgenden Punkliedes übertönte mich um Längen. Danach zog die Gemeinde in mein Haus und grölte dabei irgendwas mit: „Pastor im Himmel, gib uns unser Bier wie auch wir Saufen mit dir."

Zwei Tage später war ich wieder nüchtern und in die Kirche eingezogen, weil die Rechnungen den Wert meines Hauses überstiegen hatten. Ich musste der Sache ein Ende setzen. Und diesmal für die Ewigkeit. Daher las ich die ganze Bibel bis ich eine passende Zeile für den nächsten Sonntag gefunden hatte. Diesmal war die Kirche brechend voll, nur alte Personen konnte ich nicht mehr entdecken. Etwas mulmig trat ich auf die Kanzel und predigte in höchster Not: „Wachet und betet, daß ihr nicht in Versuchung fallet! Der Geist ist willig; aber das Fleisch ist schwach."

Im Chor riefen die jungen Menschen: „Und was bedeutet das?".

„Das ihr stark sein müsst und diese Woche nichts bekommt.", rief ich zurück. Die Reaktion war vernünftig und gläubig. Man diskutierte darüber mich zu kreuzigen. Nur ein paar Altchristen waren, friedfertig wie sie sind, für Steinigung, während moderne Interpretationen auch den Scheiterhaufen in Betracht zogen. Ich sah mich schon auf dem Weg zu meinem Schöpfer, aber da ich meinen Vater noch nie sehr leiden konnte, fiel mir im letzten Moment noch ein: „Das kann man natürlich auch so interpretieren, dass ich die Stärke haben soll die Kirche zu verkaufen, damit ihr eure Riesenparty haben könnt." Und die Gemeinde schrie laut wie aus einer durstigen Kehle „Amen.", legte ein paar Deathmetal Scheiben auf und startete die Feier direkt in der Kirche.

Die Party dauerte drei Tage und drei Nächte. Noch mal so lang dauerte es bis die meisten wieder aufstanden. Sie wirkten wie schon mal gestorben, lächelten aber wie erleuchtet, was wohl daran lag, dass sie die Kirchenglocken gegen gutes Hasch getauscht hatten. Vier Tage später war es ruhig geworden in der Kirche. Und da ich keinen Zutritt mehr hatte, die alten Leute, welche die Kirche gekauft hatten, ließen mich nicht mehr rein, konnte ich keine neuen Predigten mehr riskieren. So teilte ich der großen jungen Gemeinde vor der Kirche mit, dass meine Kirche pleite sei und im Weggehen las ich ihnen noch ein bisschen aus meiner Bibel vor, das einzige Objekt was mir geblieben war: „Selig sind die geistig Armen, denn ihnen gehört das Himmelreich.".

Die Krawalle die darauf ausbrachen und die beiden Städte vernichteten, waren verständlich. Die Jugend war sich sicher, dass sie in Himmel und Reich lebten und, da sie ja geistig und arm waren, es auch verkaufen, versetzen oder anzünden durften. Ich hatte mich diesmal aber rechtzeitig aus den Staub gemacht. Und wenn Sie zufällig noch einen Pfarrer suchen, der auch ihre Gemeinde „erleuchtet", melden Sie sich. Bei mir ist selbst das Armageddon kein leeres Versprechen, sondern nur eine Frage der Interpretation.

Jean Trauerweide

*Der Autor hat eine Menge Kurzgeschichten und mehrere Bücher verfasst. Das meiste davon sind Originalausgaben, die bislang nur einem exklusiven Kreis von Freund*innen zugänglich sind. Im grünen blatt dürfen wir die eine oder andere der aus dem Politleben des Schreibers gegriffenen und oft witzig überzogenen Geschichten abdrucken, von denen Jean Trauerweide in einer Inhaltsangabe sagt: "Manche dieser Geschichten sind politisch korrekt. Oder überhaupt politisch. Dies ist keine ernsthafte Literatur." Und: "Sämtliche Rechtschreibfehler stammen aus Freilandhaltung und sind antiautoritär erzogen worden."*

grünes blatt 2017:

Ausgabe	Redaktions-schluss	Versand
Frühjahr	27.01.	ab 27.02.
Sommer	05.05.	ab 05.06.
Winter	01.09.	ab 02.10.

Termine und Veranstaltungen

7.–9.10.16 in Mainz
EXIT!-Seminar 2016 „Landnahme – Ausgrenzungsterror – Rechtsruck“
http://exit-online.org/

18.–24.10.16 in Döbeln:
„Ökologisches Bauen“ (Seminar)
https://projekthaus-doebeln.org

29.10.16 in Lingen:
„Atomkraft jetzt den Saft abdrehen! Uranfabriken schließen!“ (Demo)
http://www.lingen-demo.de



31.10.–6.11.16 in Döbeln:
„Tar Sands“ (Seminar)
https://projekthaus-doebeln.org

2.11.16 in Starnberg:
Prozess wegen der Aktions-Schwarzfahrt am 2. März 2015
http://projektwerkstatt.de/schwarzstrafen/

12.11.16 in Hannover:
„Tierproduktion stoppen! Klima retten!“ – Demonstration gegen die EuroTier
http://animal-climate-action.org/demo

16.11.16 in Erkelenz:
Strafprozess wegen Kletteraktion bei „Ende Gelände“ 2015

21.11.–27.11.16 in Döbeln:
„Archivworkshop“
https://projekthaus-doebeln.org

5.12.–11.12.16 in Döbeln:
„Atomgefahren im Ostseeraum“ (Seminar)
https://projekthaus-doebeln.org

8.3.17 überall:
internationaler Frauenkampftag

18.3.17 in Berlin:
„Gipfel der Prekären aus ganz Europa in Berlin“
https://blockupy.org/6446/

Juni 2017 nahe Gdansk, Polen:
Internationales Anti-Atom-Sommercamp
http://upcoming.nuclear-heritage.net

Juli 2017 Hamburg:
Let's smash G20-Gipfel!

ISSN 1612-2186